OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

KONJUNKTUR AKTUELL

Berichte und Analysen zur wirtschaftlichen Lage

September 2021

Stabilität durch Sicherheit.

Die Publikation gibt eine kompakte aktuelle Einschätzung zur Konjunktur der Weltwirtschaft, des Euroraums, der CESEE-Staaten und Österreichs und berichtet über Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Die Quartalsausgaben (März, Juni, September und Dezember) sind um Kurzanalysen zu wirtschafts- und geldpolitischen Themen erweitert.

Medieninhaberin und Herausgeberin	*Oesterreichische Nationalbank* *Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien* *Postfach 61, 1011 Wien* *www.oenb.at* *oenb.info@oenb.at* *Tel. (+43-1) 40420-6666* *Fax (+43-1) 40420-6698*
Schriftleitung	*Doris Ritzberger-Grünwald*
Koordination und Redaktion	*Manfred Fluch*

© Oesterreichische Nationalbank, 2021

ISSN 2310-5216

Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Redaktionsschluss: 2. September 2021

Inhalt

Bericht über die wirtschaftliche Lage 4

Überblick 5

Unsicherheit über weiteren Pandemieverlauf prägt Weltwirtschaft 6

EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Konjunkturaufschwung hält im zweiten Quartal an 11

Österreich: Höhepunkt der Konjunkturerholung im Sommer erreicht 14

Die geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats 19

Starker Anstieg des aggregierten Periodenergebnisses der österreichischen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute im ersten Quartal 2021 32

Steigende Neukreditvergaben bei Unternehmens-krediten in Österreich – Jahreswachstum jedoch unter dem Vor-Pandemie-Niveau 34

Spezielle Kurzanalysen 37

Rasche Erholung am österreichischen Arbeitsmarkt, aber Anzeichen für gestiegenen Mismatch 38

Inflationsentwicklung in den USA und im Euroraum im Vergleich 43

Bisherige und zukünftige Arbeiten der EZB zum digitalen Euro 49

Kreditmoratorien in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Welche Haushalte haben sie beansprucht und wie vulnerabel sind diese Haushalte? 52

Nachhaltiges Finanzwesen und Standard für grüne Anleihen 57

Annex 62

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 17. Juni bis 25. August 2021 63

Wirtschaftsindikatoren – Grafiken und Tabellen 68

Bericht über die wirtschaftliche Lage

Überblick[1]

Die Weltwirtschaft ist auch im dritten Quartal 2021 auf Erholungskurs, wenngleich Abwärtsrisiken durch die Ausbreitung von Virusvarianten sowie zunehmende Handelsfriktionen bestehen. Die Europäische Kommission revidierte in ihrer Interimsprognose vom Juli 2021 die Aussichten für das globale Wirtschaftswachstum für 2021 um 0,3 Prozentpunkte auf 5,9% nach oben. Grund dafür sind die globalen Anstrengungen in der Pandemiebekämpfung, die in vielen Ländern Lockerungen zulassen. Gleichzeitig dämpfen angebotsseitige Friktionen wie Lieferengpässe und fehlende Kapazitäten bei Frachtschiffen die wirtschaftliche Expansion.

Die Inflation in den USA hat sich zuletzt deutlich beschleunigt; der Consumer Price Index stieg im Juli um 5,4% im Jahresabstand. Das BIP-Wachstum lag im zweiten Quartal 2021 bei 1,6% (zum Vorquartal) und war damit gleich stark wie im ersten Quartal. Die US-Notenbank Fed sieht derzeit – bedingt durch die weitere Entwicklung der Pandemie – noch Unsicherheiten bei der wirtschaftlichen Erholung. Die Geldpolitik bleibt daher unverändert expansiv, obwohl zuletzt erste Überlegungen im Hinblick auf ein Rückführen der Anleihekäufe kommuniziert wurden. . Die Wirtschaft in China wuchs im zweiten Quartal zwar kräftig, im Juli und August blieb die wirtschaftliche Entwicklung aufgrund der unsicheren pandemischen Situation jedoch unter den Erwartungen. Durch die Null-Covid-Strategie der chinesischen Regierung führten kleinere Ausbrüche in Häfen zu Sperren mit spürbaren Folgen für den Welthandel.

Die Wirtschaft im Euroraum wuchs im zweiten Quartal erstmals seit dem Ausbruch der Pandemie wieder substanziell. Mit 2% verglichen zum Vorquartal wuchs sie zuletzt sogar stärker als die chinesische und die US-amerikanische. Die Europäische Kommission revidierte in ihrer Interimsprognose von Juli 2021 die Wachstumserwartungen für den Euroraum für 2021 um 0,4 Prozentpunkte auf 4,8% und für 2022 um 0,7 Prozentpunkte auf 4,5% nach oben. Die unter den Erwartungen liegenden Impfquoten in zahlreichen europäischen Ländern in Verbindung mit einer hochansteckenden Virusmutation könnten jedoch im Herbst wieder zu Restriktionen mit weitreichenden wirtschaftlichen Auswirkungen führen.

Die österreichische Wirtschaft ist im zweiten Quartal mit einem Plus von 4,3% gegenüber dem Vorquartal kräftig gewachsen, getragen von Nachholeffekten im privaten Konsum und einer starken Expansion im Export. Während die vom Lockdown betroffenen Dienstleistungsbranchen stark expandierten, zeigten Industrie und Bau bereits Abschwächungstendenzen. Die internationale Konjunktur verliert an Kraft, was sich in sinkenden Auftragseingängen der Exporteure widerspiegelt. Lieferengpässe im globalen Handel sowie die bevorstehende vierte Infektionswelle stellen auch in Österreich ein Risiko für die Konjunktur dar. Für das Gesamtjahr 2022 rechnen die Prognoseinstitute mit einem Wachstum im Bereich von 4-5%, was aufgrund des schwachen Starts ins Jahr 2021 über den Prognosen für 2021 (3½ - 4%) liegt. Die Teuerung in Österreich ist seit Jahresbeginn deutlich angestiegen. Im Juni und Juli lag die HVPI-Inflation bei 2,8%. Für den Inflationsanstieg im bisherigen Jahresverlauf waren zu drei Viertel die Energiepreise verantwortlich. Annähernd ein Viertel des Preisauftriebs geht auf Industriegüter ohne Energie und Nahrungsmittel zurück, während die Teuerungsrate bei Dienstleistungen zuletzt leicht niedriger war als zu Jahresbeginn. Im August 2021 belief sich die HVPI-Inflationsrate laut Schnellschätzung von Statistik Austria auf 3,1 %.

[1] Autor: Martin Schneider (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

Unsicherheit über weiteren Pandemieverlauf prägt Weltwirtschaft[2]

Weltwirtschaft: Welthandel durch Verschiffungsengpässe unter Druck

Auch im dritten Quartal 2021 ist die Weltwirtschaft auf Erholungskurs, wenn auch die Ausbreitung von Virusvarianten sowie zunehmende Handelsfriktionen Abwärtsrisiken darstellen. Da der Anteil der geimpften Bevölkerung weltweit eine starke Heterogenität zeigt, können lokale Ausbrüche und Virusmutationen neuerlich zu globalen Verwerfungen führen. Insgesamt verzeichnen auch Staaten mit hohen Durchimpfungsraten, wie beispielsweise Israel, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten erneut steigende Fallzahlen.

Diese Entwicklung bildet sich auch im umfragebasierten Konjunkturindikator *des globalen Composite Purchasing Manager Index* (PMI) ab, der nach einem kontinuierlichen Anstieg im Juli mit 55,7 Punkten auf ein Viermonatstief gefallen ist. Der aktuelle Rückgang wird hauptsächlich durch den abnehmenden Optimismus, welcher die Unsicherheit über die Virusentwicklung in den nächsten Monaten reflektiert, sowie durch steigende Inputpreise verursacht. Obwohl der Indikator seit 13 Monaten durchgehend auf einem Niveau von über 50 Punkten und damit im expansiven Bereich notiert, zeigt sich mittlerweile eine Verlangsamung der Expansion sowie eine starke Heterogenität im Ländervergleich. Während Deutschland, Spanien und die Vereinigten Staaten starke Verbesserungen verzeichneten, fielen China, Brasilien, Russland und Indien im Zuge erneuter Virusausbrüche hinter den globalen Durchschnitt zurück.

Prognosen zum Wirtschaftswachstum

Wachstum des realen BIP in Prozent

	Europäische Kommission 12.05.2021		OECD 31.05.2021	
	2021	2022	2021	2022
Euroraum	**4,8** *)	**4,5** *)	4,3	4,4
Ver. Königreich	5,0	5,3	7,2	5,5
Japan	3,1	2,5	2,6	2,0
China	7,9	5,4	8,5	5,8
USA	6,3	3,8	6,9	3,6
Welt gesamt	**5,9** *)	**4,2** *)	5,8	4,4

*) Sommerinterimsprognose vom 7.7.2021

Die Aussichten auf das Wirtschaftswachstum bleiben dennoch positiv. Die Europäische Kommission revidierte in ihrer Sommerinterimsprognose von Juli 2021 die Aussichten für das weltweite Wirtschaftswachstum für 2021 um 0,3 Prozentpunkte auf 5,9% nach oben. Grund dafür sind die globalen Anstrengungen in der Pandemiebekämpfung, die in vielen Ländern Lockerungen der Beschränkungsmaßnahmen zulassen. Dennoch bestehen durch Virusvarianten bedingte Abwärtsrisiken, die sich auch durch nachgelagerte Wirkungen, wie zum Beispiel durch höhere Insolvenzquoten, negativ auf das weltweite Wirtschaftswachstum auswirken könnten. Hervorzuheben sind derzeit die angebotsseitigen Friktionen, wie Lieferengpässe und fehlende Kapazitäten bei Frachtschiffen mit stark einschränkender Wirkung auf die Wirtschaftsaktivität und damit auf die generelle wirtschaftliche Expansion.

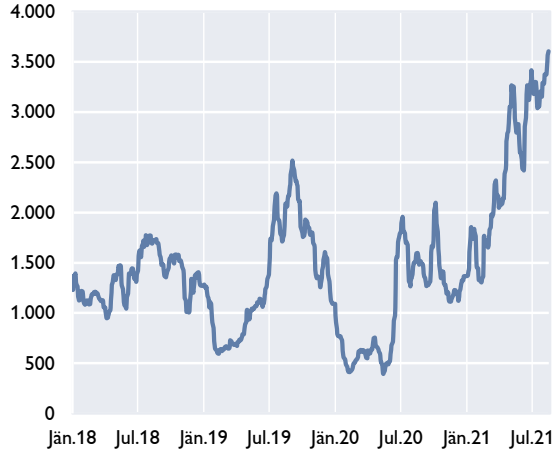
So erreichte der *Baltic Dry Index*, welcher die Frachtkosten für Hauptindustrierohstoffe misst, am 20. August mit 4092 Punkten den höchsten Stand seit Mitte 2010. Als Hauptgründe sind die durch erneute Infektionen mit dem Coronavirus verursachte Schließung eines chinesischen Frachthafens sowie die ungebrochen starke Nachfrage nach Gütern anzuführen. Ebenfalls wird

[2] Autoren: Michael Langer und Thomas Zörner (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland).

von einer Knappheit an Frachtcontainern und von nicht abgefertigten Schiffen berichtet, die zu einer ernstzunehmenden Störung des globalen Warenverkehrs führen. Dies hat weitreichende Auswirkungen auf globale Lieferketten, sodass auch weiterhin mit angebotsseitigen Engpässen gerechnet werden muss, die als konjunkturelle Abwärtsrisiken eingestuft werden können.

Baltic Dry Index

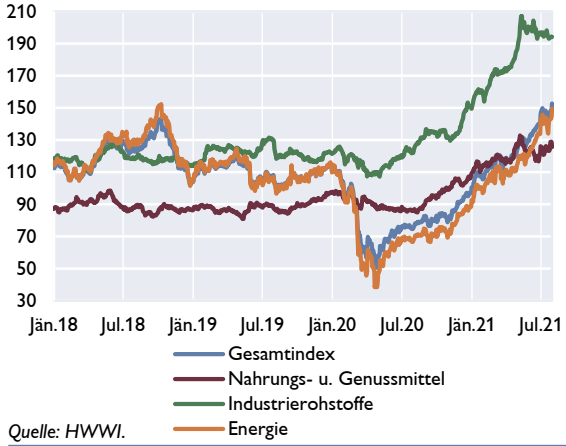
letzter Wert: 20.8.2021



Quelle: Macrobond.

Weltmarktpreise für Rohstoffe

HWWI-Index 'Euroland' 2015=100, Euro-Basis; Tagesdaten



Quelle: HWWI.

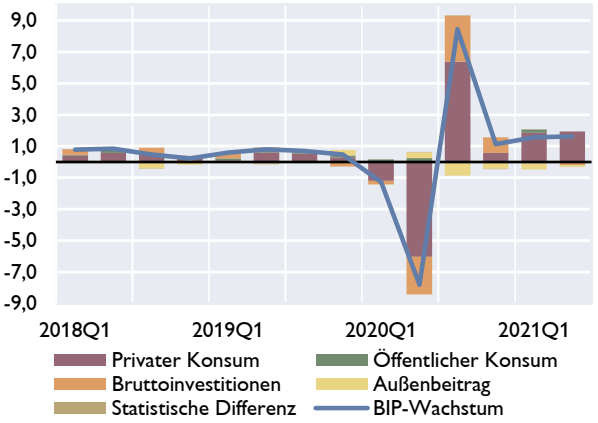
Während der Ölpreis u.a. durch die OPEC+ Fördermengeneinigung seit Mitte Juli unter 60 EUR gefallen ist, zeigt sich beim Energieindex, welcher weitere Energierohstoffe der Industrie beinhaltet, eine nur minimale Entspannung. Der Index der Industrierohstoffe hat sich seit Anfang Juni auf hohem Niveau stabilisiert, wohingegen der Gesamtindex einen ungebrochenen Aufwärtstrend zeigt. Zusätzlich zu der derzeitigen Warenverkehrssituation und den Basiseffekten (v.a. bei Energie) könnte sich daher der Aufwärtsdruck auf die globale Inflationsentwicklung verstärken.

USA: Wirtschaftliche Erholung von weiterem Pandemieverlauf abhängig

Die Vereinigten Staaten wiesen mit einer annualisierten Wachstumsrate von 6,5% im zweiten Quartal 2021 (ggü. 6,3% im Vorquartal; revidiert) ein hohes Wachstum auf, wobei der private Konsum nach wie vor den Hauptwachstumsbeitrag lieferte. Allerdings deuten die monatlichen Veränderungen auf eine abnehmende Wachstumsdynamik hin. Die *Purchasing Manager Indices* zeigen für das produzierende und für das nicht-produzierende Gewerbe im Juli die geringsten Zuwächse seit Februar, nach einem deutlichen Aufschwung im Frühjahr. Als Gründe werden u.a. Auftragsüberhänge durch starke Nachfrage angeführt, die durch Kapazitätsengpässe bei Arbeitskräften oder wichtigen Ausgangsprodukten für die Produktion (z.B. Halbleiter) verursacht werden.

USA: Beiträge zum BIP-Wachstum

%-Veränderung gegenüber Vorquartal

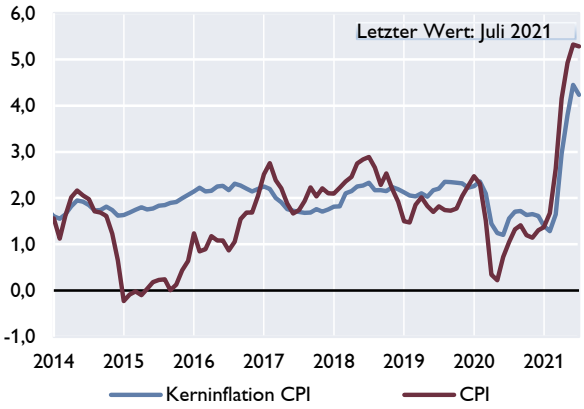


Quelle: Macrobond/Bureau of Economic Analysis.

Die Inflationsentwicklungen im Juli 2021 zeigen einen substanziellen Anstieg des *Consumer Price Index* auf 5,4% ggü. dem Vorjahr, wobei die monatlichen Änderungsraten mittlerweile auf einen langsameren Anstieg hindeuten. Weiterhin stellen gebrauchte Kraft- und Lastkraftfahrzeuge, Energiepreise sowie Nachholeffekte im Konsum die Preistreiber dar. Ein Blick auf den Arbeitsmarkt zeigt, dass trotz erneut positivem Beschäftigungswachstum und einer weiter sinkenden Arbeitslosenquote auf 5,4% im Juli die Beschäftigung noch unter dem Vorpandemieniveau liegt. Während marktbasierte Erwartungen weiterhin stabil verlaufen, fiel der von der *University of Michigan* erhobene *Consumer Sentiment Index* von Juli auf August um 13,5% auf 70,2 Punkte und liegt damit unter dem Wert von April 2020. Als Hauptgrund wird die Sorge um die Verbreitung der infektiöseren Deltavariante des Coronavirus angeführt.

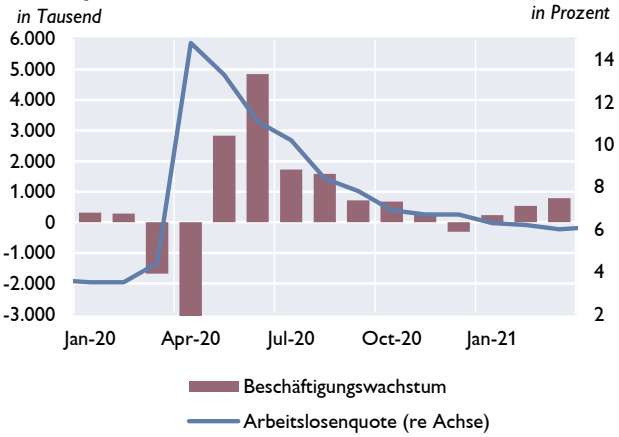
USA: Entwicklung der Verbraucherpreise (CPI)

%-Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat



Quelle: Macrobnod, BLS.

USA: Beschäftigungswachstum und Arbeitslosenquote



Quelle: Macrobond. Wert April 2020: –20.679

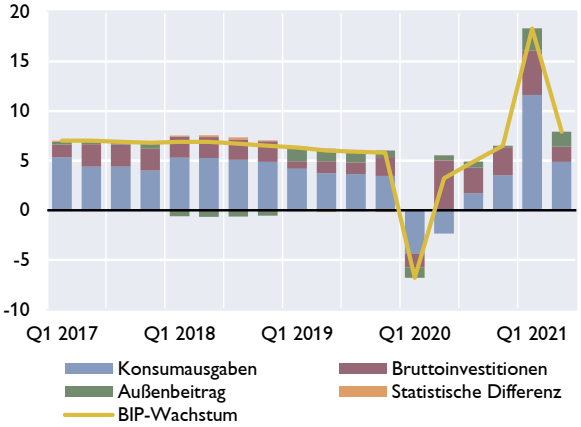
Die US-Notenbank Fed sieht derzeit, bedingt durch die weitere Entwicklung der Pandemie, noch Unsicherheiten bei der wirtschaftlichen Erholung. Die Geldpolitik bleibt daher unverändert expansiv, obwohl erste Überlegungen zu einem Start der Rückführung der Anleihekäufe noch vor Jahresende zunehmend kommuniziert werden (zuletzt von Jerome Powell in Jackson Hole). Die Zinsstrukturkurve der USA flachte sich nach einem kurzen Anstieg erneut ab, da die gestiegene globale Unsicherheit eine zusätzliche Nachfrage nach US-Staatsanleihen bewirkt hat.

Durch eine überparteiliche Einigung im US-Senat wurde Anfang August ein Gesetz zu Investitionen in die Infrastruktur beschlossen, welches nach Ratifizierung im Repräsentantenhaus bereits Ende des Jahres umgesetzt werden könnte. Insgesamt sind Infrastrukturprojekte mit einer Gesamtsumme von einer Billion US-Dollar über die nächsten fünf Jahre geplant. Der Hauptteil soll in Transport-, Versorgungs- sowie Kommunikationsinfrastruktur investiert werden, mit dem Ziel, die Kapazität der Wirtschaft der Vereinigten Staaten nachhaltig zu erhöhen. Die Finanzierung dieses Fiskalpakets soll hauptsächlich durch Budgetumschichtungen (z.B. durch nicht abgerufene Covid-19 Hilfen) sowie durch Effizienzsteigerungen der Steuerbehörden bewerkstelligt werden. Ausgeschlossen wurden hingegen Steuererhöhungen, weshalb das *Congressional Budget Office*, eine überparteiliche Behörde, mit einer Zunahme des Staatsdefizits über die geplante Investitionsdauer rechnet. Es ist zu erwarten, dass sich dieser Fiskalimpuls langfristig über zahlreiche Kanäle positiv auf die amerikanische und durch internationale Verflechtungen auch auf die europäische Wirtschaft auswirkt.

China: Virusvariante bedroht Rückkehr zu Trendwachstum

Die chinesische Wirtschaft wuchs im ersten Quartal 2021 um 18,3% yoy, im zweiten Quartal um 7,9%. Diese Werte sind jedoch auf den starken Einbruch im ersten Quartal 2020 zurückzuführen. Bei Betrachtung der Wachstumsraten in aufeinanderfolgenden Quartalen werden das verhaltene Wachstum in Q1/21 und die deutliche Steigerung in Q2/21 besser sichtbar. So wuchs die chinesische Wirtschaft im ersten Quartal um nur 0,4% qoq, während sie im zweiten Quartal um 1,3% qoq zulegte, was nahe am langfristigen Trendwachstum liegt. Der mit Abstand wichtigste Wachstumsfaktor ist dabei erneut der private Konsum. Im Juli und August 2021 verblieb die wirtschaftliche Entwicklung aufgrund der unsicheren pandemischen Situation jedoch unter den Erwartungen. Durch die Null-Covid-Strategie der chinesischen Regierung führten kleinere Ausbrüche zu strengen Lockdowns und damit einhergehend zu einem Rückgang des Konsums. Darüber hinaus veranlasste die Regierung die Teilschließung der zwei größten Häfen im Osten Chinas, Yantian im Mai für vier Wochen sowie Ningbo-Zhoushan am 11. August bis voraussichtlich Anfang September, mit Auswirkungen auf die gesamte Weltwirtschaft. Zusätzlich führten Überflutungen in der zentralchinesischen Provinz Henan zur weiteren Verlangsamung der wirtschaftlichen Aktivität. So blieben im Juli die Wachstumsraten von Einzelhandelsumsätzen, der Industrieproduktion und den Exporten deutlich unter den Erwartungen und rezente BIP-Prognosen wurden zumindest leicht nach unten korrigiert.

CHINA: Beiträge zum BIP-Wachstum
%-Veränderung gegenüber VJQ



Quelle: Macrobond.

Die Inflationsrate, welche seit dem Frühjahr einen Aufwärtsdruck erfahren hat, befindet sich weiterhin auf – für chinesische Verhältnisse – hohem Niveau. Im Juli 2021 lag die Kerninflation bei 2,1%, während die Produzentenpreise gar um 9% stiegen. Ebenso befindet sich die Arbeitslosigkeit nach offiziellen Daten mit 3,9% im Juni über dem Vorkrisenniveau.

Auch der chinesische Finanzmarkt zeigte in den letzten Monaten eine verstärkte Volatilität. Neue, striktere Regulierungen bezüglich Datenverarbeitung und -weitergabe, sowie striktere Regulierungen der Fintech-Industrie führten zum stärksten Abfall des *Nasdaq Golden Dragon China Index* (-23% im Juli 2021) seit der Finanzkrise 2008. Dabei ist auffallend, dass vor allem Aktien jener chinesischen Unternehmen, die im Ausland gelistet sind, an Wert verloren haben. Auch deshalb zeigten sowohl der *Shanghai Stock Exchange Composite Index* als auch der *Shenzhen Stock Exchange Component Index* im letzten halben Jahr kaum eine negative Veränderung. Eine mögliche Erklärung kann die erhöhte Nachfrage nach Aktien von Unternehmen, die derzeit im Fokus der chinesischen Industriepolitik stehen, liefern. So verzeichneten die Aktien von Halbleiterherstellern sowie von Herstellern von grüner Energie einen starken Preisanstieg an den Börsen.

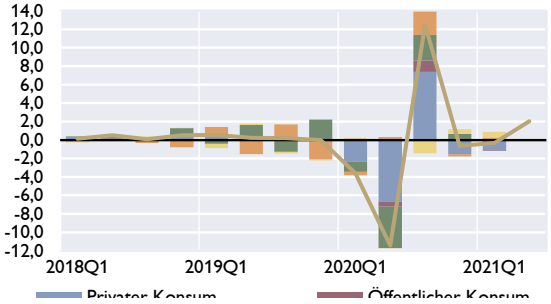
Euroraum: starkes zweites Quartal

Die Wirtschaft im Euroraum wuchs im zweiten Quartal erstmals seit dem Ausbruch der Pandemie wieder substanziell. Mit 2% verglichen zum Vorquartal wuchs sie zuletzt sogar stärker

als die chinesische und die US-amerikanische. Das starke Wachstum ist auf die Aufhebung aller Beschränkungsmaßnahmen im Mai und steigende Zuversicht der Konsumenten zurückzuführen. Nichtsdestotrotz hätte das bereits über den Erwartungen liegende Wachstum sogar noch stärker ausfallen können, würden keine angebotsseitigen Engpässe bestehen (z. B. Halbleiterindustrie).

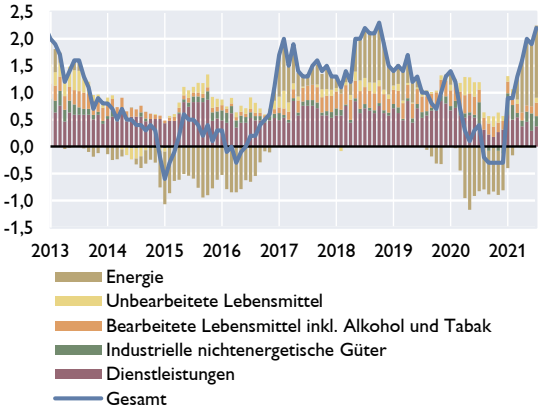
Euroraum: Wachstumsbeitrag zum realen BIP

in % zum Vorquartal (saison- und arbeitstägig bereinigt)



Euroraum: HVPI-Inflation und ihre Komponenten

Jahresänderungsrate



Quelle: Eurostat.

Der *Composite PMI* im Euroraum stieg im Juli 2021 erstmals seit September 2000 auf über 60 Punkte, wobei diese Entwicklung weiterhin stark vom Dienstleistungssektor getragen wird. Die erfreuliche Entwicklung des PMI wird auch vom *Eurocoin Index* der Banca d'Italia mit 0,88 bestätigt, der damit nahe dem kürzlich erreichten 10-Jahres-Hoch liegt. Die Kapazitätsauslastung entwickelt sich ebenfalls stabil und liegt derzeit bei über 82%. Dies beflügelte den Optimismus und bewirkte eine weitere Aufwärtsrevision der Wachstumsaussichten. Die Europäische Kommission revidierte in ihrer Sommerinterimsprognose von Juli 2021 die Aussichten für das Wirtschaftswachstum für 2021 im Euroraum um 0,4 Prozentpunkte und für 2022 um 0,7 Prozentpunkte auf 4,8% respektive 4,5% nach oben. Grund dafür waren die sich damals abzeichnenden positiven Entwicklungen hinsichtlich der allgemeinen Gesundheitssituation. Dennoch liegen die größten Abwärtsrisiken dabei nach wie vor unverändert bei Produktionsverknappungen, der Wirkung der vierten Welle der Pandemie sowie bei der möglichen Entstehung von neuen Virusvarianten. Die unter den Erwartungen liegenden Impfquoten in zahlreichen europäischen Ländern in Verbindung mit einer hochansteckenden Virusmutation könnten im Herbst wieder zu Restriktionen mit weitreichenden wirtschaftlichen Auswirkungen führen. Angebotsverknappungen und die damit verbundenen Teuerungen der Rohstoffe sind mit ein Grund dafür, dass die Inflation im Juli 2021 mit 2,2%, den höchsten Wert seit drei Jahren erreichte. Allerdings ist der Großteil der aktuellen Entwicklung immer noch Basiseffekten (v.a. Energie) geschuldet, weshalb die Kerninflation mit 0,9% deutlich niedriger ausfällt. Sowohl Zentralbanken als auch führende Wirtschaftsforschungsinstitute gehen davon aus, dass die Inflation sich in diesem und im nächsten Jahr stabil um 2% bewegen wird.

Die gute wirtschaftliche Entwicklung schlägt sich auch am Arbeitsmarkt nieder. Die Arbeitslosenquoteist im Euroraum im zweiten Quartal 2021 auf 7,9% gesunken und liegt somit nur mehr 0,5 Prozentpunkte über dem Vorkrisenniveau. Auch die Jugendarbeitslosigkeit sank im zweiten Quartal, lag mit 17,9% jedoch immer noch 2 Prozentpunkte über dem Vorkrisenniveau.

EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Konjunkturaufschwung hält im zweiten Quartal an[3]

Vorlaufindikatoren und erste BIP-Zahlen deuten auf robustes Wachstum hin

Die Konjunkturerholung in den EU-Mitgliedstaaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas (CESEE) hat sich im zweiten Quartal 2021 fortgesetzt. Darauf deuten erste verfügbare Daten zum Wirtschaftswachstum sowie wichtige Vorlaufindikatoren hin. So berichtete die Mehrzahl der Länder, für die es bereits Daten gibt, ein höheres Wachstum als im ersten Quartal 2021. Besonders stark war die Dynamik in Lettland und Ungarn.

BIP-Wirtschaftswachstum in CESEE

Reales Wachstum in % gegenüber dem Vorquartal

	2020q3	2020q4	2021q1	2021q2
Bulgarien	4.3	2.2	2.5	0.4
Estland	2.7	2.8	4.8	..
Kroatien	5.9	4.1	5.8	..
Lettland	6.7	0.9	−1.5	3.7
Litauen	6.1	−0.3	2.2	0.4
Polen	7.7	−0.3	1.3	1.9
Rumänien	5.5	4.6	2.9	1.8
Slowakei	9.9	0.8	−2.0	2.0
Slowenien	12.6	−0.6	1.4	..
Tschechische Rep.	6.8	0.7	−0.3	0.6
Ungarn	10.6	1.6	2.0	2.7
Gesamte Region	**7.3**	**1.3**	**1.5**	**..**

Quelle: Eurostat.

Die wirtschaftliche Erholung dürfte weiter auf der robusten Exportkonjunktur beruhen, welche das international orientierte verarbeitende Gewerbe der Region befeuert. Die Industrieproduktion erreichte im regionalen Durchschnitt bereits im Oktober 2020 wieder ihr Vorkrisenniveau und wuchs seitdem weiter. Im Juni 2021 war der Output des Sektors im Durchschnitt immerhin noch um 14,9% höher als im Vorjahresmonat, nachdem im April mit +48,2% sogar ein historischer Rekordzuwachs berichtet wurde. Obwohl diese besonders hohen Werte zum Teil auf Basiseffekte zurückzuführen sind, unterstreichen sie doch auch die derzeit herrschende Dynamik in der Industrie. Diese wird auch durch die robusten Vertrauenswerte belegt: So verbesserte sich etwa das Industrievertrauen aus der Konjunkturerhebung der Europäischen Kommission in den letzten Monaten deutlich und lag im zweiten Quartal merklich über dem Jahresschnitt von 2019. Die verfügbaren Einkaufsmanagerindizes deuten allesamt auf eine robuste wirtschaftliche Expansion hin, in Polen und der Tschechischen Republik erreichten sie im Juni sogar historische Höchststände (bevor sie im Juli marginal schwächer notierten). Statistiken zur Umsatzentwicklung in der Industrie belegen, dass das Wachstum vor allem von Umsätzen in Exportmärkten getrieben wurde. Im März drehte vor dem Hintergrund einer beginnenden Erholung der Binnennachfrage aber auch das Umsatzwachstum in den Inlandsmärkten in den positiven Bereich und beschleunigte sich seitdem substanziell.

Tatsächlich deuten auch die zunehmende Kapazitätsauslastung in der Region sowie die wachsenden Einzelhandelsumsätze auf stärkere binnenwirtschaftliche Konjunkturimpulse hin. Die Kapazitätsauslastung stieg seit dem Frühjahr 2020 um rund 9 Prozentpunkte und lag zuletzt mit 79,5% nur etwa 2 Prozentpunkte unter dem historischen Höchststand von Mitte 2018. Dies lässt auf einen aufgestauten Investitionsbedarf schließen. Das Wachstum der Einzelhandelsumsätze nahm in den letzten Monaten merklich zu und betrug im Juni 2021 8,1% im regionalen Durchschnitt. Neuwagenzulassungen legten im selben Monat um mehr als 17% zu. Auch das Vertrauen hellt sich zunehmend auf, wobei die erhobenen Werte für Konsumenten, Dienstleistungen und den Einzelhandel – im Unterschied zur Industrie – ihr Vorkrisenniveau noch

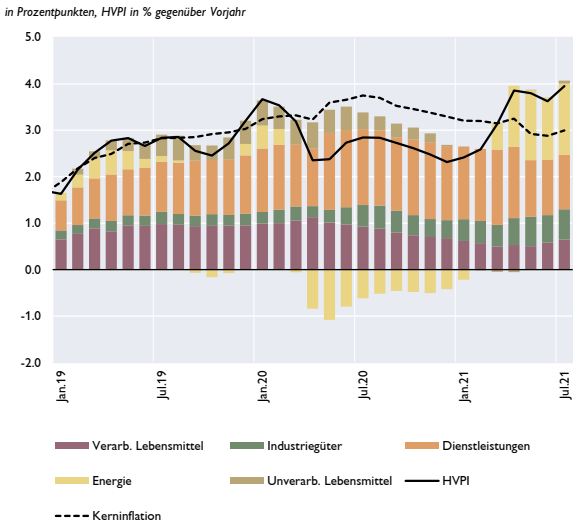
[3] Autor: Josef Schreiner (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland)

nicht ganz wieder erreicht haben. Zum Teil dürfte das mit der zeitverzögerten Reaktion der Arbeitsmärkte auf die wirtschaftliche Erholung zusammenhängen, wenngleich sich auch in diesem Bereich zuletzt die positiven Nachrichten häuften: Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit in der Region ging zwischen April und Juni 2021 um 0,3 Prozentpunkte auf 4,5% zurück. Umfragen lassen auf eine steigende Arbeitskräftenachfrage aus der Industrie, dem Dienstleistungssektor und der Bauwirtschaft schließen.

Preisdruck bleibt unvermindert hoch

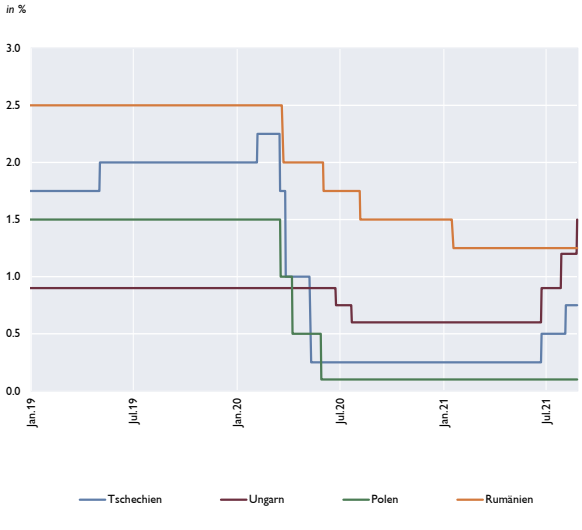
Die Teuerung in den CESEE EU-Mitgliedstaaten stieg seit Jahresbeginn deutlich an und erreichte im April 2021 mit durchschnittlich 3,9% den höchsten Wert seit neun Jahren. Nach einem leichten Rückgang im Mai und Juni stieg die Teuerungsrate im Juli 2021 auf ein neues Hoch von 4%.

Inflationsentwicklung in den CESEE EU-Mitgliedstaaten



Quelle: Eurostat.

Leitzinssatzentwicklung in CESEE EU-Mitgliedstaaten



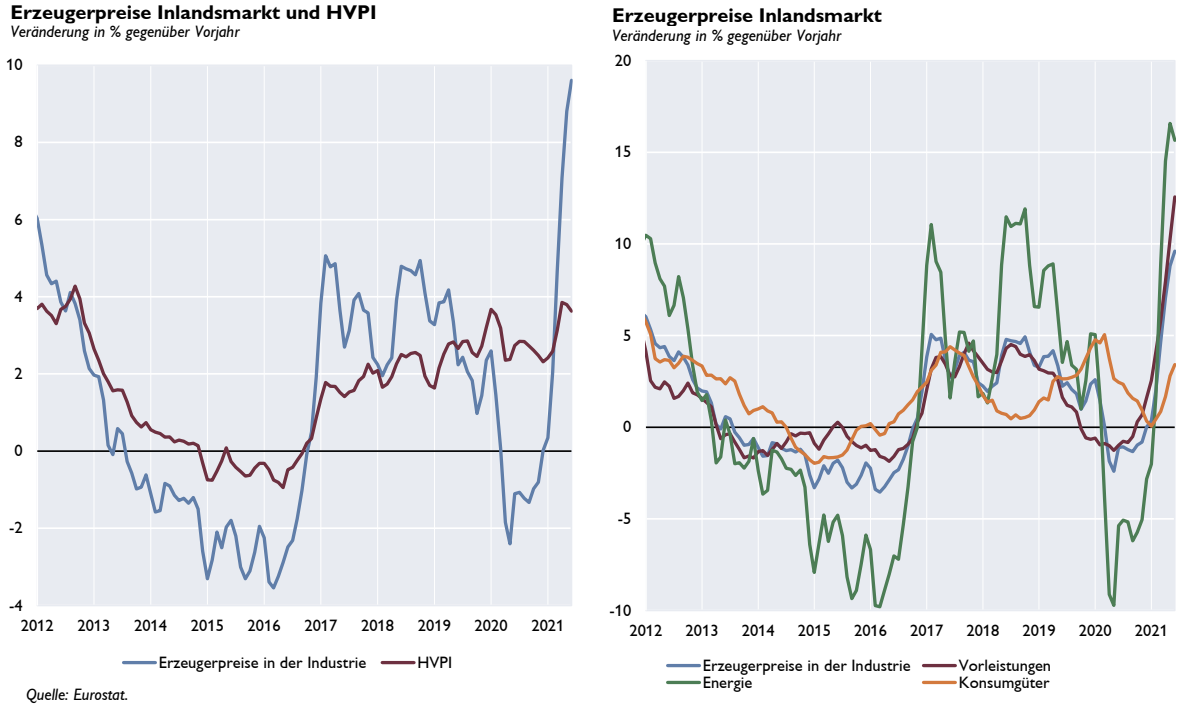
Quelle: Macrobond.

Die Gründe für den hohen Preisdruck sind vielfältig, dafür verantwortlich ist aber primär die Entwicklung der Energiepreise. Der Beitrag von Energie zum HVPI nahm in den letzten Monaten stark zu und erhöht seit Februar 2021 die allgemeine Preisdynamik. Neben Basiseffekten war dafür auch ein genuiner Preisanstieg verantwortlich: So zogen etwa die Rohölpreise nach dem pandemiebedingten Verfall ab März 2020 in den letzten Monaten deutlich an und der Preis für ein Barrel der Sorte Brent (gemessen in Dollar) lag Ende Juli 2021 um knapp 20% über dem Jahresdurchschnitt von 2019. Der Rohölpreis sank allerdings zwischen Ende Juli und 23. August wieder um fast 9% (in US-Dollar).

Die globale wirtschaftliche Erholung und der damit einhergehende Nachfrageüberhang spiegelt sich auch auf anderen Rohstoffmärkten wider. Dieser globale Preisdruck schlägt zunehmend auf die heimischen Produzentenpreise durch, welche noch zusätzlich durch Engpässe in der Produktion gewisser Vorleistungsgüter (z.B. Halbleiter), knappe internationale Transportkapazitäten (insbesondere in der Schifffahrt) und eine höhere Nachfrage in bestimmten Branchen befeuert werden. Im Juni 2021 stiegen die Erzeugerpreise deshalb auch bereits um 9,6% im regionalen Durchschnitt Das entspricht dem höchsten Zuwachs seit Mitte 2008. Innerhalb des Erzeugerpreisindex wiesen die Vorleistungskomponente und die Energiekomponente die stärkste Preisdynamik auf (+12,6% bzw. +15,7% im Juni 2021 im regionalen Durchschnitt). Die Inflationsrate der eng mit den Konsumentenpreisen verbundenen Erzeugerpreise für

Konsumgüter hinkt dieser Entwicklung noch merklich hinterher, beschleunigte sich in den letzten Monaten aber bereits merklich (+3,4% im Juni 2021). Auch die noch nicht vollständig wiederhergestellten internationalen Wertschöpfungsketten tragen zur Teuerung bei: So belegen Umfragen unter Einkaufsmanagern, dass längere Lieferzeiten für Vorleistungen und Rückstaus bei abzuarbeitenden Aufträgen mit höheren Preisen einhergehen.

Indikatoren der vorgelagerten Preiskette in den CESEE EU-Mitgliedstaaten



Quelle: Eurostat.

Verwerfungen in den vorgelagerten Preisketten dürften zusammen mit Wechselkurseffekten mitunter auch dafür verantwortlich sein, dass die Kerninflation in der Rezession des Jahres 2020 nicht stärker zurückgegangen ist. Im Durchschnitt der CESEE-Region lag diese im Juli 2021 bei 3,0% und damit auf dem Niveau von Ende 2019. Der binnenwirtschaftliche Preisdruck wird darüber hinaus von der Normalisierung der Preise in stark von Lockdowns betroffenen Sektoren, teilweise erfolgten Anpassungen bei regulierten Preisen, Reibungsverlusten beim Wiederhochfahren der Wirtschaften (etwa aufgrund kurzfristig fehlenden Personals) sowie einer aufgestauten Nachfrage nach den erfolgten Geschäftsschließungen verstärkt. Die letzten beiden Faktoren könnten kurzfristig noch stärker wirksam werden, da substanzielle Öffnungsschritte meist erst ab Mitte Mai erfolgten.

Obwohl trotz der überraschend robusten wirtschaftlichen Erholung und der anhaltenden global inflationär wirkenden Faktoren mit keinem weiteren starken Inflationsanstieg gerechnet wird, dürfte der Preisdruck auch in den nächsten Monaten hoch bleiben. Vor diesem Hintergrund haben die Notenbanken in Ungarn und der Tschechischen Republik seit Ende Juni bereits mehrmals ihren Leitzins erhöht (die ungarische Notenbank in drei Schritten um insgesamt 90 Basispunkte auf 1,5% bzw. die tschechische Notenbank in zwei Schritten um insgesamt 50 Basispunkte auf 0,75%). Die Notenbanken der Region, welche ein eigenständiges Inflationsziel verfolgen, erwarten allgemein, dass die Teuerungsraten im weiteren Verlauf des Jahres weiter am oberen Rand des Inflationsbandes entlangschrammen bzw. diesen sogar überschreiten werden. Inflationsrisiken werden meist als aufwärtsgerichtet gesehen und eine Rückkehr zum Inflationsziel wird nicht vor (meist Mitte) 2022 erwartet. Weitere Zinserhöhungen sind vor diesem Hintergrund nicht ausgeschlossen.

Österreich: Höhepunkt der Konjunkturerholung im Sommer erreicht[4]

Kräftiges BIP-Wachstum im zweiten Quartal 2021: +4,3% gegenüber Vorquartal

Die österreichische Wirtschaft ist laut der vom WIFO berechneten VGR-Schnellschätzung im zweiten Quartal 2021 um 4,3% gewachsen (gegenüber dem Vorquartal; real, saison- und arbeitstägig bereinigt). Die Erholung wurde von allen Nachfragekomponenten getragen. Am stärksten expandierten mit einem Plus von 14,9% die Exporte, gefolgt vom privaten Konsum (+3,8%) und den Bruttoanlageinvestitionen (+2,1%). Der öffentliche Konsum stagnierte nahezu (+0,2%). Die Importe stiegen mit + 9,8% ebenfalls kräftig.

Auf der Entstehungsseite zeigen sich große Unterschiede zwischen den einzelnen Branchen. Die Öffnungsschritte haben im Handel (NACE I) im zweiten Quartal zu einem Anstieg der Wertschöpfung um 20,5% (gegenüber Q1, saison- und arbeitstägig bereinigt) geführt. Die wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (NACE M-N) zeigten mit einem Plus von 7,1% ein überdurchschnittliches Wachstum. Die Dienstleistungen insgesamt (NACE G-U) legten um 6,5% zu. Die Sachgütererzeugung, die im ersten Quartal keinen Produktionseinschränkungen aufgrund des Lockdowns unterworfen war, wuchs mit +1,0% deutlich schwächer. Die Wertschöpfung im Bau (NACE F) nahm nach einem kräftigen Wachstum im ersten Quartal sogar leicht ab (-0,6%).

Ergebnisse der VGR für Österreich vom 30.7.2021 (Q2 Flash)

	BIP	Privater Konsum	Öffentlicher Konsum	Bruttoanlage-investitionen	Exporte	Importe	Inlands-nachfrage (o. Lager)	Netto-exporte
	Veränderung zur Vorperiode in %						*Wachstumsbeiträge zum BIP in %-Punkten*	
Q1 20	–2.6	–4.6	+0.6	–1.5	–4.2	–0.4	–2.6	–2.2
Q2 20	–10.6	–11.6	+1.3	–7.2	–18.2	–16.2	–7.3	–1.7
Q3 20	+11.6	+12.4	+0.8	+7.0	+17.3	+12.6	8.1	2.6
Q4 20	–3.1	–3.9	+1.4	–0.3	+1.2	+2.0	–1.7	–0.4
Q1 21	–1.1	–3.5	+1.0	+3.3	–7.0	–1.0	–0.7	–3.4
Q2 21	**+4.3**	**+3.8**	**+0.2**	**+2.1**	**+14.9**	**+9.8**	2.4	2.7
2019	+1.4	+0.8	+1.4	+3.9	+2.9	+2.5	1.6	0.3
2020	–6.4	–9.1	+2.3	–5.6	–10.6	–9.5	–5.6	–1.0

Quelle: WIFO, Statistik Austria.

Im Vergleich zur OeNB-Prognose vom Juni 2021 (+2,1%) ist die Wirtschaft im zweiten Quartal damit doppelt so stark gewachsen. Das schwache Wachstum in der Prognose ist jedoch als Korrektur für die bereits aus damaliger Sicht zu optimistischen Daten für Q1 (+0,2%) zu sehen. Eine Fortschreibung der aktuellen VGR-Zahlen mit den Wachstumsraten der Prognose für Q3 (+2,4%) und Q4 (+1,1%) ergibt mit +3,9% das gleiche Jahreswachstum, wie im Juni erwartet wurde. Die Juniprognose der OeNB für 2021 ist damit nach wie vor gültig. Im Jahresabstand weist die aktuelle VGR-Schnellschätzung für das zweite Quartal 2021 ein

[4] Autoren: Friedrich Fritzer und Martin Schneider (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

Wachstum des österreichischen BIP von 11,4 % aus (saison- und arbeitstägig bereinigt, gegenüber dem zweiten Quartal 2020).

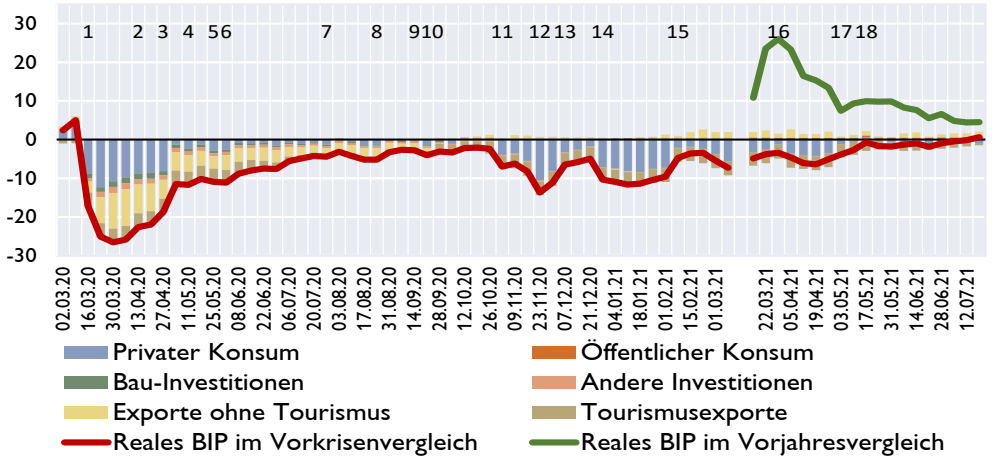
BIP Ende Juli erstmals wieder knapp über dem Vorkrisenniveau

Zu Beginn des dritten Quartals setzte sich der leichte Aufwärtstrend der österreichischen Wirtschaft laut den aktuellen Ergebnissen des wöchentlichen BIP-Indikators der OeNB fort. In Kalenderwoche 29 (19. - 25. Juli 2021) lag die Wirtschaftsleistung in Österreich mit +0,6 % erstmals seit Ausbruch der COVID-19-Krise wieder knapp über dem Vorkrisenniveau, d.h. über dem Niveau der Vergleichswoche 2019. Im Durchschnitt der Kalenderwochen 25 bis 29 (21. Juni - 25. Juli 2021) lag das BIP aber noch um 0,6 % unter dem Vorkrisenniveau.

Maßgeblich zur Verbesserung beigetragen haben die gestiegenen Übernachtungen ausländischer Gäste in Österreich. Die Ausgaben ausländischer Gäste mit Zahlungskarten lagen in Kalenderwoche 29 „nur“ noch 15 % unter dem Vorkrisenniveau. Insbesondere Gäste aus Deutschland, dem mit Abstand wichtigsten Herkunftsland, zeichnen für diese positive Entwicklung verantwortlich. Auch in der exportorientierten Industrie ist in den letzten 5 Wochen ein Aufwärtstrend festzustellen. Sowohl die LKW-Fahrleistungsdaten als auch der Stromverbrauch sind leicht gestiegen. Die Industriekonjunktur entwickelt sich aber weiterhin schwächer als es die Stimmungsindikatoren signalisieren. Kapazitäts- und Transportengpässe bei Vormaterialien dürften eine stärkere Ausweitung der Produktion verhindern. Die Daten zu Bargeldeinlieferungen und Zahlungskartenumsätzen deuten auf eine Seitwärtsbewegung der realen Konsumausgaben der österreichischen Haushalte hin. Dabei wirkte der jüngste Anstieg der Inflation dämpfend auf den realen Konsum.

Wöchentlicher BIP-Indikator für Österreich

Veränderung des realen BIP ggü. der entsprechenden Kalenderwoche im Vorkrisenzeitraum bzw. der entsprechenden Kalenderwoche des Vorjahres in %



1: Lockdown (16. März) 2: Öffnung kleiner Geschäfte (14. April) 3: Öffnung aller Geschäfte (2.Mai)
4: Öffnung Gastronomie (15. Mai) 5: Öffnung Hotels (29. Mai) 6: Schrittweise Grenzöffnung (4. Juni)
7: Wiedereinführung Maskenpflicht (24. Juli) 8: Reisewarnungen (Kroatien, Balearen... schrittweise ab 17.Aug)
9: Reisewarnungen für Österreich (ab 16.Sept) 10: Verschärfte Schutzmaßnahmen (ab 21.Sept bzw. ab 25.Okt)
11: Teillockdown (3.Nov) 12: Lockdown (17.Nov) 13: Teillockdown (7.Dez) 14: Lockdown (26.Dez)
15: Teillockdown (8.Feb) 16: Lockdown Ostösterreich (1.Apr) 17: Lockdown Ostösterreich endet (3.Mai)
18: Öffnung Gastronomie, Tourismus- und Freizeitbetriebe (19.Mai)

Quelle: OeNB.

Beim Vergleich zur jeweiligen Vorjahreswoche ergeben sich aktuell aufgrund eines ausgeprägten Basiseffektes stark positive Wachstumsraten (grüne Linie in der Grafik, siehe methodische Erläuterungen weiter unten). In Kalenderwoche 29 lag die Wirtschaftsleistung 4,5 % über dem Wert der entsprechenden Vorjahreswoche.

Ergebnisse des OeNB-Exportindikators vom August 2021: Anhaltend gute Exportperformance im Sommer

Laut aktueller Veröffentlichung von Statistik Austria lagen die österreichischen Güterexporte im Mai 2021 nominell um 31,5% über dem Wert des Vorjahresmonats. Damit war das Exportwachstum geringfügig stärker als im Rahmen des letzten OeNB-Exportindikators erwartet wurde (+27,2%).

Gemäß den aktuellen Ergebnissen des auf LKW-Fahrleistungsdaten basierenden OeNB-Exportindikators konnte die hohe Exportperformance im Juni und Juli (-0,9 % bzw. +0,0 % zum Vormonat, saison- und arbeitstägig bereinigt) gehalten werden. Im Jahresabstand ergibt sich ein Wachstum von 25,8 % bzw. 12,6 % (nicht bereinigt). Durch die starken Einbrüche im Vorjahr sind diese Wachstumsraten nur bedingt aussagekräftig. Vergleicht man die Monate Juni und Juli 2021 mit den entsprechenden Monaten des Jahres 2019, so zeigt sich, dass die nominellen Güterexporte (bereinigt um Arbeitstagseffekte) nur um 9,4% bzw. 7,9% darüber liegen.

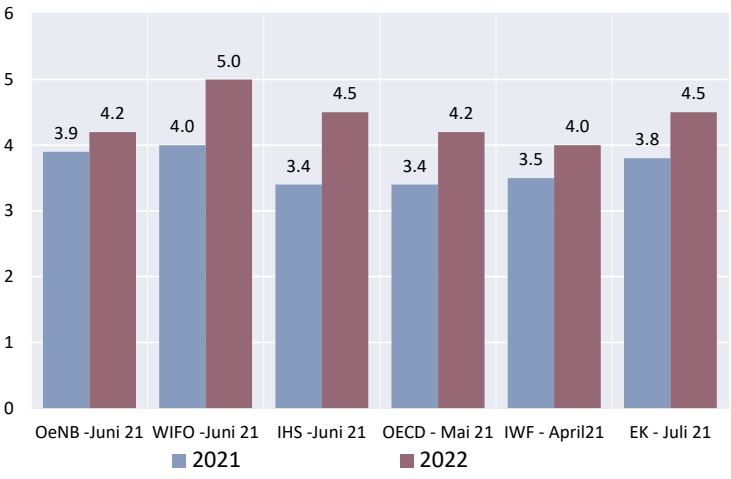
Die derzeit verfügbaren Vorlaufindikatoren geben erste Zeichen für eine möglicherweise bevorstehende Abschwächung im Außenhandel. Die von der Europäischen Kommission monatlich erhobene Einschätzung der Auftragsbestände stieg im Juli weiterhin an. Die quartalsweise verfügbare Einschätzung der Exporterwartungen ist im dritten Quartal nach dem historischen Höchststand des zweiten Quartals (20,7 Punkte) zwar leicht gesunken, liegt jedoch mit 8,7 Punkten noch leicht über dem langfristigen Durchschnitt. Der Index der Exportauftragseingänge lt. Bank Austria ist hingegen im Juli stark gefallen (57,4 Punkte nach 66,4 Punkten im Juni) und spiegelt die vorhandenen Kapazitätsprobleme im internationalen Handel (Logistikprobleme, Containermangel, Schließungen von Containerhäfen und Frachtflughäfen in China u.a.) wider.

Wirtschaftsprognosen lassen für 2022 BIP-Wachstum von 4-5% erwarten

Der Konjunkturaufschwung nach dem COVID-bedingten Wirtschaftseinbruch im Jahr 2020 fällt kräftig aus. Für das Jahr 2021 liegen die Prognosen für das reale BIP-Wachstum in Österreich in einem Bereich von 3½ bis 4%. Für 2022 wird mit einem noch stärkeren Wachstum im Bereich von 4 – 5 % gerechnet. Aktuelle Konjunkturindikatoren wie der wöchentliche BIP-Indikator der OeNB signalisieren gegenüber der Juni-Prognose der OeNB ein Aufwärtsrisiko für das Wachstum im dritten Quartal. Dem steht ein Abwärtsrisiko in Folge der vierten Infektionswelle im Schlussquartal gegenüber.

Prognosen für das reale BIP-Wachstum in Österreich

Veränderung zum Vorjahr in %



Quelle: OeNB, WIFO, IHS, OECD, IWF, EK.

Inflation seit Jahresbeginn deutlich angestiegen

Nach einem markanten Anstieg der österreichischen HVPI-Inflationsrate in den ersten fünf Monaten dieses Jahres, verharrte die Teuerungsrate im Juni und Juli 2021 bei 2,8 %. Im August 2021 belief sich die HVPI-Inflationsrate laut Schnellschätzung von Statistik Austria auf 3,1 %. Die bis Juli 2021 vorliegenden Detailergebnisse zeigen, dass für den seit Jahresbeginn beobachteten

Inflationsanstieg zu drei Viertel die Energiepreise verantwortlich waren. Annähernd ein Viertel des Preisauftriebs geht auf Industriegüter ohne Energie und Nahrungsmittel zurück, während bei Dienstleistungen die Teuerungsrate zuletzt leicht niedriger war als zu Jahresbeginn. Die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflationsrate stieg bis Juli 2021 auf 2,2 % und war damit um 0,2 Prozentpunkte höher als im Jänner 2021.

Der Abbau restriktiver Maßnahmen im Zusammenhang mit der COVID-Pandemie führte dazu, dass im Juli und August 2021 wieder alle Preise im österreichischen HVPI-Warenkorb erhoben werden konnten. Anfang dieses Jahres mussten noch 20 % der im Warenkorb enthaltenen Produktpreise fortgeschrieben werden, da auf Grund von Geschäftsschließungen keine Preise verfügbar waren.

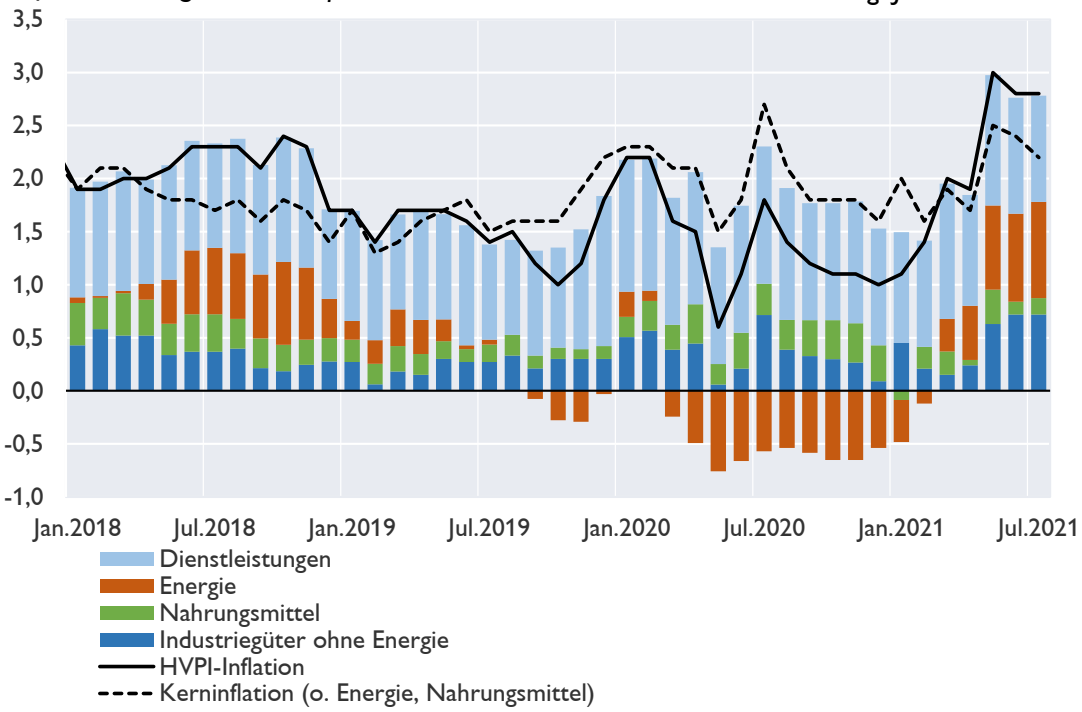
Im Juli 2021 belief sich die Inflationsrate von Energie auf 12,1 % während sie im Jänner 2021 mit –5,3 % noch tief im negativen Bereich lag. Anfang dieses Jahres notierte der Rohölpreis mit 45,2 EUR pro Barrel rund 1/5 unter dem Preis vom Jänner 2020. Bis Juli 2021 kletterte der Rohölpreis allerdings auf 60,8 EUR pro Barrel (rund 68 % über dem Wert vom Juli 2020). Zudem trieben Basiseffekte des Rohölpreisverfalls im Vergleichszeitraum des Vorjahres die Inflationsrate von Energie nach oben. Innerhalb der Energiekomponente wiesen im bisherigen Jahresverlauf vor allem Treibstoffe und Heizöl deutliche Preissteigerungen auf. Die Teuerungsraten anderer Energieträger (Gas, feste Brennstoffe, Elektrizität, Wärmeenergie) erhöhten sich vergleichsweise moderat. Die Preise für Dienstleistungen stiegen im Juli 2021 um 2,2 % gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres (Jänner 2021: 2,3 %). Seit Jänner 2021 beschleunigte sich vor allem die Jahresteuerung für Gastronomie- und Beherbergungsdienstleistungen, Freizeit und Sportdienstleistungen, Kulturdienstleistungen sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen. Demgegenüber verringerte sich der Preisauftrieb bei Mieten seit Jänner dieses Jahres deutlich (Juli 2021: 1,2 %; Jänner 2021: 5,5 %). Teilweise dürfte der Rückgang auf einen Basiseffekt zurückzuführen sein, da im Jahr 2020 die Preisentwicklung am Mietmarkt hohe Teuerungsraten verzeichnete.[5] In den letzten Jahren wurden sehr viele neue Mietwohnungen fertiggestellt. Der starke Anstieg des Angebots könnte die Preisentwicklung am Mietmarkt gedämpft haben.

[5] Der Nationalrat hatte zudem beschlossen, die mit April 2021 anstehende Erhöhung der Richtwert- und Kategoriemieten auszusetzen, um Mieterinnen und Mieter zu entlasten.

Beiträge der Komponenten zur HVPI-Inflation

Jahresinflationsraten;
Inflationsbeiträge in Prozentpunkten

Letzte Beobachtung: Juli 2021.



Quelle: Statistik Austria.

Die Inflationsrate von Industriegütern ohne Energie stieg im Juli 2021 auf 2,4 % (Jänner 2021: 1,5 %). Für diese Entwicklung waren vor allem Preise für Bekleidungsartikel und Schuhe, Möbel und Einrichtungsgegenstände sowie andere dauerhafte Konsumgüter wie Fahrzeuge, Glaswaren und elektrische Geräte für die Haushaltsführung maßgebend. Dabei hat sich bei Bekleidung und Schuhen die Verschiebung der Ausverkaufsperiode zuletzt inflationssteigernd ausgewirkt. Im Vorjahr führten pandemiebedingt volle Lager im Bekleidungshandel ab Mai zu Abverkäufen. Da der Saisonschlussverkauf heuer bis zuletzt weit schwächer als im Vorjahr ausfiel, führten Basiseffekte zu Inflationsanstiegen in dieser Produktgruppe. Bei den angeführten dauerhaften Konsumgütern könnte der Preisauftrieb durch die Übertragung der hohen Rohstoffkosten auf die Endverbraucherpreise zurückzuführen sein.

Die Inflationsrate von Nahrungsmitteln (einschließlich Alkohol und Tabak) fiel zu Jahresbeginn markant (Jänner 2021: −0,5 %). Im Juli 2021 belief sich die Teuerungsrate auf 0,9 %. Vor allem die Teuerung von Fleischwaren und Getränken stieg zuletzt deutlich an. Dafür könnte die Öffnung der Gastronomie und Hotellerie im Mai 2021 ausschlaggebend gewesen sein.

Die geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats[6]

EZB-Rat am 22. Juli 2021

Auf seiner heutigen Sitzung konzentrierte sich der EZB-Rat auf zwei Kernthemen: Erstens, die Implikationen unserer Strategieüberprüfung für unsere Forward Guidance zu den EZB-Leitzinsen. Und zweitens, unsere Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und unserer Pandemiemaßnahmen.

Im Zuge unserer kürzlich abgeschlossenen Strategieüberprüfung haben wir uns auf ein symmetrisches Inflationsziel von mittelfristig 2% verständigt. Unsere Leitzinsen liegen seit einiger Zeit nahe ihrer Untergrenze, und die mittelfristigen Inflationsaussichten liegen nach wie vor deutlich unter unserem Zielwert. In Anbetracht dieser Umstände hat der EZB-Rat heute seine Forward Guidance zu den Zinssätzen geändert. Wir untermauern damit unser Bekenntnis, einen dauerhaft akkommodierenden geldpolitischen Kurs beizubehalten, um unser Inflationsziel zu erreichen.
Um unser symmetrisches Inflationsziel von 2% zu unterstützen und im Einklang mit unserer geldpolitischen Strategie, geht der EZB-Rat davon aus, dass die EZB-Leitzinsen so lange auf ihrem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden, bis wir feststellen, dass die Inflationsrate deutlich vor dem Ende unseres Projektionszeitraums 2% erreicht und sie diesen Wert im weiteren Verlauf des Projektionszeitraums dauerhaft hält, und wir der Auffassung sind, dass die Entwicklung der zugrunde liegenden Inflation hinreichend fortgeschritten ist, um mit einer sich mittelfristig bei 2% stabilisierenden Inflation vereinbar zu sein. Dies geht unter Umständen damit einher, dass die Inflation vorübergehend moderat über dem Zielwert liegt.

Zunächst möchte ich auf die Beurteilung der wirtschaftlichen Aussichten und unserer Pandemiemaßnahmen eingehen.
Die wirtschaftliche Erholung im Euroraum verläuft wie erwartet. Die Zahl der Geimpften steigt, und die im Zuge von Lockdowns verhängten Einschränkungen sind in den meisten Euro-Ländern wieder gelockert worden. Doch die Pandemie trübt die Lage weiterhin, vor allem, da die Delta-Variante zunehmend für Unsicherheit sorgt. Die Inflation hat sich erhöht, wobei dieser Anstieg im Wesentlichen temporär sein dürfte. Die mittelfristigen Inflationsaussichten sind weiterhin gedämpft.
Wir müssen für alle Wirtschaftssektoren günstige Finanzierungsbedingungen aufrechterhalten, solange die Pandemie anhält. Das ist entscheidend, damit aus der derzeitigen Erholung dauerhaftes Wirtschaftswachstum entsteht, und um die negativen Auswirkungen der Pandemie auf die Inflation auszugleichen. Deshalb haben wir unsere im Juni vorgenommene Beurteilung der Finanzierungsbedingungen und Inflationsaussichten bestätigt und gehen weiterhin davon aus, dass die Ankäufe im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) während des laufenden Quartals deutlich umfangreicher ausfallen werden als während der ersten Monate des Jahres.
Wir haben auch unsere anderen Maßnahmen zur Unterstützung unseres Preisstabilitätsmandats bestätigt: die Höhe der EZB-Leitzinsen, unsere Ankäufe im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP), unsere Wiederanlagestrategie und unsere längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte. Nähere Informationen dazu finden sich in der heute um 13:45 Uhr veröffentlichten Pressemitteilung. Wir sind bereit, alle unsere Instrumente gegebenenfalls anzupassen, um sicherzustellen, dass sich die Inflation mittelfristig bei unserem Zielwert von 2% stabilisiert.

---

[6] Der Bericht ist die gekürzte Version der Einleitenden Bemerkungen der EZB-Präsidentin nach dem EZB-Rat, die sowohl in englischer als auch in deutscher Sprache im Internet verfügbar sind:
https://www.ecb.europa.eu/press/pressconf/html/index.en.html

Ich werde nun näher erläutern, wie sich die Wirtschaft und die Inflation unseres Erachtens entwickeln werden. Anschließend werde ich auf unsere Einschätzung der finanziellen und monetären Bedingungen eingehen.

Wirtschaftstätigkeit

Die Wirtschaft hat sich im zweiten Quartal des laufenden Jahres erholt. Angesichts der Lockerung von Beschränkungen dürfte sie im dritten Quartal ein starkes Wachstum verzeichnen. Wir erwarten eine kräftige Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe, wenngleich Angebotsengpässe die Produktion auf kurze Sicht bremsen. Das Wiederhochfahren großer Teile der Wirtschaft begünstigt eine kräftige Erholung im Dienstleistungssektor. Diese könnte jedoch durch die Delta-Variante des Coronavirus einen Dämpfer erhalten. Dies gilt vor allem für die Tourismusbranche und das Gastgewerbe.

Da die Menschen nun wieder in Geschäften einkaufen, Restaurants besuchen und reisen, steigen die Konsumausgaben. Dieser Anstieg wird durch bessere Beschäftigungsaussichten, wachsende Zuversicht und anhaltende staatliche Unterstützung gefördert. Die derzeitige Belebung der binnenwirtschaftlichen und der globalen Nachfrage sorgt bei den Unternehmen für wachsenden Optimismus. Dies kommt den Investitionen zugute. Erstmals seit dem Ausbruch der Pandemie deutet unsere Umfrage zum Kreditgeschäft darauf hin, dass die Finanzierung von Anlageinvestitionen entscheidend zur Nachfrage nach Krediten beiträgt.

Unseres Erachtens dürfte die Wirtschaftstätigkeit im ersten Quartal 2022 wieder ihr Vorkrisenniveau erreichen. Es dürfte allerdings noch einige Zeit dauern, bis die wirtschaftlichen Schäden der Pandemie behoben sind. Die Zahl der Beschäftigten, die von Arbeitsplatzerhaltungsmaßnahmen betroffen sind, ist zwar zurückgegangen, liegt aber nach wie vor auf hohem Niveau. Insgesamt sind immer noch 3,3 Millionen Menschen weniger erwerbstätig als vor der Pandemie. Hiervon sind vor allem jüngere Arbeitskräfte und geringer Qualifizierte betroffen.

Bei der Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung sollte die Geldpolitik weiterhin durch eine ambitionierte, zielgerichtete und koordinierte Finanzpolitik ergänzt werden. In diesem Zusammenhang spielt das Programm Next Generation EU eine wichtige Rolle. Es wird zu einer kräftigeren und einheitlicheren Erholung in den Euro-Ländern beitragen. Darüber hinaus wird das Programm den ökologischen und den digitalen Wandel beschleunigen und notwendige Strukturreformen unterstützen, die das langfristige Wachstum fördern.

Inflation

Die Inflationsrate lag im Juni bei 1,9%. Wir erwarten, dass die Inflation in den kommenden Monaten weiter steigen und im nächsten Jahr wieder zurückgehen wird. Dieser aktuelle Anstieg ist in erster Linie höheren Energiepreisen sowie Basiseffekten geschuldet. Letztere sind die Folge des drastischen Ölpreisrückgangs zu Beginn der Pandemie und der vorübergehenden Mehrwertsteuersenkung in Deutschland im letzten Jahr. Bis Anfang 2022 dürften sich die Auswirkungen dieser Faktoren allmählich abschwächen, da sie aus der Berechnung der jährlichen Inflationsrate herausfallen.

Auf kurze Sicht dämpft die ausgeprägte Unterauslastung der Wirtschaft den zugrunde liegenden Inflationsdruck. Eine kräftigere Nachfrage und ein vorübergehender Kostendruck in den Lieferketten werden für einen gewissen Aufwärtsdruck bei den Preisen sorgen. Angesichts des geringen Lohnwachstums und der jüngsten Aufwertung des Euro dürfte sich der Preisdruck jedoch für eine gewisse Zeit weiter in Grenzen halten. Es dürfte noch dauern, bis die Auswirkungen der Pandemie auf die Inflation beseitigt sind. Im Zuge der konjunkturellen Erholung, die wir durch unsere geldpolitischen Maßnahmen fördern, dürfte die Inflation unseres Erachtens mittelfristig steigen, aber unter unserem Zielwert bleiben. Die Indikatoren für die längerfristigen Inflationserwartungen sind zwar gestiegen, sie haben jedoch weiterhin einen gewissen Abstand zu unserem Zielwert von 2%.

Risikobewertung

Die Risiken für die Konjunkturaussichten bewerten wir als weitgehend ausgewogen. Die Wirtschaftstätigkeit könnte unsere Erwartungen übertreffen, wenn die Verbraucherinnen und Verbraucher mehr ausgeben als

gegenwärtig erwartet und schneller auf die Ersparnisse zurückgreifen, die sie während der Pandemie aufgebaut haben. Auch eine raschere Verbesserung der Pandemielage könnte dazu führen, dass der Aufschwung kräftiger ausfällt als aktuell erwartet. Das Wachstum könnte hingegen hinter unseren Erwartungen zurückbleiben, wenn sich die Pandemie verschärft oder wenn Lieferengpässe länger anhalten und dadurch die Produktion bremsen.

Finanzielle und monetäre Bedingungen

Die Wachstumserholung und ein Anstieg der Inflation hängen weiterhin von günstigen Finanzierungsbedingungen ab. Die Marktzinsen sind seit unserer letzten Sitzung zurückgegangen. Für die meisten Unternehmen und privaten Haushalte sind die Finanzierungsbedingungen weiterhin günstig.

Die Zinsen für Bankkredite an Unternehmen und private Haushalte sind nach wie vor historisch niedrig. Die Unternehmen verfügen weiterhin über ausreichende Finanzierungsmittel, weil sie in der ersten Pandemiewelle Kredite aufgenommen haben. Dies erklärt teilweise, warum sich die Kreditvergabe an Unternehmen verlangsamt hat. Die Kreditvergabe an private Haushalte ist hingegen unverändert geblieben. Aus unserer aktuellen Umfrage zum Kreditgeschäft geht hervor, dass sich die Kreditbedingungen sowohl für Unternehmen als auch für private Haushalte stabilisiert haben. Es ist weiterhin reichlich Liquidität vorhanden.

Gleichzeitig sind die Kosten der Unternehmen für Aktienemissionen nach wie vor hoch. Viele Unternehmen und private Haushalte haben mehr Schulden aufgenommen, um gegen die Folgen der Pandemie gewappnet zu sein. Jegliche Verschlechterung der konjunkturellen Lage könnte daher ihre finanzielle Solidität gefährden, und dies könnte auch auf die Qualität der Bankbilanzen durchschlagen. Es gilt weiterhin unbedingt zu verhindern, dass bilanzielle Belastungen und restriktivere Finanzierungsbedingungen sich gegenseitig verschärfen.

Schlussfolgerung

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich die Wirtschaft im Euroraum kräftig erholt. Die Aussichten hängen jedoch nach wie vor vom weiteren Verlauf der Pandemie und vom Impffortschritt ab. Es wird erwartet, dass der derzeitige Anstieg der Inflation im Wesentlichen temporär ist. Der zugrunde liegende Preisdruck wird voraussichtlich allmählich zunehmen, dennoch dürfte die Inflation mittelfristig deutlich unter unserem Zielwert liegen. Unsere geldpolitischen Maßnahmen, einschließlich unserer geänderten Forward Guidance, werden dazu beitragen, dass die Konjunktur den Weg einer soliden Erholung einschlägt und die Inflation letztendlich unseren Zielwert von 2% erreicht.

Chronik der geldpolitischen Entscheidungen des Eurosystems 2020-2021

Datum der Bekanntgabe	Geldpolitische Maßnahmen und relevante Ereignisse
22. Juli 2021	Um sein symmetrisches Inflationsziel von 2% zu unterstützen und im Einklang mit seiner geldpolitischen Strategie, geht der EZB-Rat davon aus, dass die EZB-Leitzinsen so lange auf ihrem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden, bis er feststellt, dass die Inflationsrate deutlich vor dem Ende seines Projektionszeitraums 2% erreicht und sie diesen Wert im weiteren Verlauf des Projektionszeitraums dauerhaft hält, und er der Auffassung ist, dass die Entwicklung der zugrunde liegenden Inflation hinreichend fortgeschritten ist, um mit einer sich mittelfristig bei 2% stabilisierenden Inflation vereinbar zu sein. Dies geht unter Umständen damit einher, dass die Inflation vorübergehend moderat über dem Zielwert liegt. Der EZB-Rat bestätigt seine im Juni vorgenommene Beurteilung der Finanzierungsbedingungen und Inflationsaussichten und geht weiterhin davon aus, dass die Ankäufe im Rahmen des PEPP während des laufenden Quartals deutlich umfangreicher ausfallen werden als während der ersten Monate des Jahres. Zudem bestätigt der EZB-Rat seine anderen Maßnahmen zur Unterstützung seines Preisstabilitätsmandats: die Höhe der EZB-Leitzinsen, seine Ankäufe im Rahmen des APP, seine Wiederanlagestrategie und seine längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte.
14. Juli 2021	Der EZB-Rat hat heute beschlossen, die Untersuchungsphase eines Projekts zum digitalen Euro einzuläuten. Gegenstand der zweijährigen Untersuchungsphase werden wichtige Aspekte im Hinblick auf die Gestaltung und Verteilung sein. Ein digitaler Euro muss in der Lage sein, den Bedürfnissen der Menschen in Europa gerecht zu werden. Zugleich soll er dazu beitragen, rechtswidrige Aktivitäten zu verhindern und etwaige unerwünschte Auswirkungen auf die Finanzstabilität und die Geldpolitik zu vermeiden. Dies greift einer künftigen Entscheidung, ob ein digitaler Euro eingeführt wird, in keiner Weise vor. Diese Entscheidung wird erst zu einem späteren Zeitpunkt getroffen. In jedem Fall würde ein digitaler Euro das Bargeld nur ergänzen, es aber nicht ersetzen.
8. Juli 2021	Der EZB-Rat verabschiedet die neue geldpolitische Strategie der EZB. Die vorrangige Aufgabe der EZB besteht weiterhin in der Gewährleistung von Preisstabilität. Nach Auffassung des EZB-Rats kann Preisstabilität am besten gewährleistet werden, wenn mittelfristig ein Inflationsziel von 2% angestrebt wird. Dieses Ziel ist symmetrisch, d. h. negative Abweichungen von diesem Zielwert sind ebenso unerwünscht wie positive. Wenn die nominalen Zinssätze in einer Volkswirtschaft in der Nähe ihrer effektiven Untergrenze liegen, sind besonders kraftvolle oder lang anhaltende geldpolitische Maßnahmen nötig, um zu verhindern, dass sich negative Abweichungen vom Inflationsziel verfestigen. Dies geht unter Umständen damit einher, dass die Inflation vorübergehend leicht über dem Zielwert liegt. Weiters bestätigt der EZB-Rat, dass der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) auch künftig die geeignete Messgröße ist, um zu bewerten, ob das Preisstabilitätsziel erfüllt ist. Er räumt jedoch ein, dass der HVPI die für private Haushalte relevante Inflation besser abbilden würde, wenn die Kosten für selbst genutztes Wohneigentum berücksichtigt würden und dass es noch mehrere Jahre dauern wird, bis selbst genutztes Wohneigentum in den HVPI einfließt. Unterdessen wird der EZB-Rat Inflationsmessgrößen heranziehen, die Schätzungen der Kosten für selbst genutztes Wohneigentum berücksichtigen.

8. Juli 2021 (Fortsetzung)	Der EZB-Rat hat anerkannt, dass der Klimawandel weitreichende Folgen für die Preisstabilität hat. Dementsprechend hat er sich zu einem ambitionierten klimabezogenen Maßnahmenplan verpflichtet. Die erste reguläre geldpolitische Sitzung des EZB-Rats, in der die neue Strategie zur Anwendung kommt, findet am 22. Juli 2021 statt. Der EZB-Rat beabsichtigt, die Angemessenheit seiner geldpolitischen Strategie regelmäßig auf den Prüfstand zu stellen. Die nächste Bewertung ist 2025 zu erwarten.
20. Juni 2021	Der EZB-Rat kam vom 18. bis 20. Juni 2021 im Taunus vor den Toren Frankfurts zu seiner jährlichen Klausurtagung zusammen. Im Mittelpunkt standen weiterführende Gespräche über die Überprüfung der geldpolitischen Strategie der EZB. Themen der Strategieüberprüfung waren unter anderem die Definition und Messung von Preisstabilität, der zugrunde liegende analytische Rahmen und die mittelfristige Ausrichtung der Geldpolitik, die Bedeutung des Klimawandels für die Geldpolitik und die Modernisierung der geldpolitischen Kommunikation.
18. Juni 2021	Der EZB-Rat stimmt mit der Bankenaufsicht der EZB darin überein, dass nach wie vor „außergewöhnliche Umstände" vorliegen, die weiterhin den vorübergehenden Ausschlusses bestimmter Risikopositionen gegenüber Zentralbanken aus der Verschuldungsquote (leverage ratio) rechtfertigen, um die Transmission der Geldpolitik der EZB zu unterstützen. Die Stellungnahme des EZB-Rats bildet die Grundlage dafür, dass die EZB-Bankenaufsicht den von ihr direkt beaufsichtigten bedeutenden Instituten gestatten kann, bestimmte Risikopositionen aus der Verschuldungsquote herauszurechnen.
10. Juni 2021	Der EZB-Rat beschließt, seinen sehr akkommodierenden geldpolitischen Kurs beizubehalten. Insbesondere kommt er auf Grundlage einer gemeinsamen Beurteilung der Finanzierungsbedingungen und der Inflationsaussichten zu dem Schluss, dass die Nettoankäufe im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (PEPP) nicht nur während des zweiten Quartals, sondern auch im dritten Quartal 2021 deutlich umfangreicher ausfallen werden als während der ersten Monate des heurigen Jahres.
7. Mai 2021	Die EZB veröffentlicht die Änderungen ihrer Leitlinie zur Umsetzung der Geldpolitik aufgrund der künftigen Implementierung der Leverage Ratio als verbindliche Säule-1-Eigenmittelanforderung. Ab dem 28. Juni 2021 wird die Leverage Ratio im geldpolitischen Handlungsrahmen des Eurosystems gleich behandelt wie die bereits bestehenden Säule-1-Eigenmittelanforderungen. Bei einem Verstoß gegen die Anforderungen der Leverage Ratio oder im Falle unvollständiger oder verspäteter Meldungen werden automatisch Maßnahmen ergriffen.
23. April 2021	Da sich die Refinanzierungsbedingungen in US-Dollar stetig verbessert haben und die Nachfrage bei den jüngsten liquiditätszuführenden US-Dollar-Geschäften gering war, haben die Bank of England, die Bank von Japan, die EZB und die Schweizerische Nationalbank gemeinsam und in Abstimmung mit der Federal Reserve beschlossen, die 84-tägigen liquiditätszuführenden Geschäfte in US-Dollar einzustellen. Die Neuregelung tritt am 1. Juli 2021 in Kraft. Ab dem 1. Juli 2021 werden nur noch die wöchentlichen Geschäfte mit einer Laufzeit von sieben Tagen fortgeführt.
18. März 2021	Die EZB reagiert auf die Empfehlung von Marktteilnehmern, die sich für eine regelmäßige Veröffentlichung vergangenheitsbezogener €STR basierter Zinssätze mit Aufzinsung durch eine vertrauenswürdige Behörde aussprachen. Ab 15. April 2021 wird sie durchschnittliche vergangenheitsbezogene €STR-Zinssätze mit Aufzinsung für Laufzeiten von 1 Woche, 1 Monat, 3 Monaten, 6 Monaten und 12 Monaten veröffentlichen. Ferner wird ein €STR-basierter Index mit Aufzinsung angeboten, der die Berechnung von vergangenheitsbezogenen Zinssätzen mit Aufzinsung auch für jede Nicht-Standard-Laufzeit ermöglicht.

11. März 2021	Der EZB-Rat beschließt, seinen sehr akkommodierenden geldpolitischen Kurs beizubehalten. Insbesondere kommt er auf Grundlage einer gemeinsamen Beurteilung der Finanzierungsbedingungen und der Inflationsaussichten zu dem Schluss, dass die Nettoankäufe im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (PEPP) während des zweiten Quartals 2021 deutlich umfangreicher ausfallen werden als während der ersten Monate des heurigen Jahres.
8. Februar 2021	Nach dem erfolgreichen Abschluss der im April 2019 gestarteten Pilotphase plant die EZB die aggregierten Ergebnisse ihrer Umfrage unter geldpolitischen Analysten (Survey of Monetary Analysts - SMA) zu veröffentlichen. Die erste Umfragerunde wird im Juni 2021 stattfinden; die Ergebnisse werden am 18. Juni 2021 (immer freitags in der Woche nach der betreffenden EZB-Ratssitzung) veröffentlicht. In der Erhebung werden Informationen zu den Erwartungen der Marktteilnehmer im Hinblick auf die künftige Entwicklung von wesentlichen geldpolitischen Parametern, Finanzmarktvariablen sowie der Wirtschaft insgesamt gesammelt. Die Umfrage wird achtmal pro Jahr durchgeführt und ist terminlich auf den sechswöchigen Rhythmus der geldpolitischen Sitzungen des EZB-Rats abgestimmt.
4. Februar 2021	Die EZB hat im Dezember 2020 beschlossen, den Zentralbanken außerhalb des Euro-Währungsgebiets eine neunmonatige Verlängerung der befristeten Swap- und Repo-Vereinbarungen anzubieten. Die Zentralbanken von Albanien, Kroatien, Ungarn, der Republik Nordmazedonien, Rumänien, San Marino und Serbien sind mit der EZB übereingekommen, die Laufzeit ihrer Euro-Liquiditätslinien bis März 2022 zu verlängern.
10. Dezember 2020	Der EZB-Rat erweiterte den Umfang des Pandemie-Notfallankaufprogramms (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) um 500 Mrd EUR auf insgesamt 1.850 Mrd EUR. Zudem wurde der Zeithorizont für die Nettoankäufe bis mindestens Ende März 2022 ausgedehnt. Die Nettoankäufe werden jedoch in jedem Fall so lange durchgeführt, bis die Phase der Coronavirus-Krise überstanden ist. Ihr Ziel ist es, über diesen verlängerten Zeitraum hinweg günstige Finanzierungs-bedingungen aufrechtzuerhalten und eine reibungslose Transmission der Geldpolitik zu unterstützen. Der Gesamtrahmen von 1.850 Mrd EUR muss allerdings nicht voll ausgeschöpft werden. Weiter werden die Tilgungsbeträge von auslaufenden PEPP-Wertpapieren mindestens bis Ende 2023 wiederveranlagt werden. Das zukünftige Auslaufen des PEPP-Portfolios wird in jedem Fall so gesteuert, dass eine Beeinträchtigung des angemessenen geldpolitischen Kurses vermieden wird. Ein weiterer wichtiger Baustein des Maßnahmenpakets ist die Anpassung der Bedingungen für die dritte Serie gezielter längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte (TLTROs III). Insbesondere wurde der Zeitraum, in dem deutlich günstigere Bedingungen gelten (Bonuszinsphase), um zwölf Monate bis Juni 2022 verlängert. Ferner werden zwischen Juni und Dezember 2021 drei zusätzliche Geschäfte durchgeführt werden. Der Höchstbetrag, der von Geschäftspartnern in den TLTROs III aufgenommen werden kann, wurde von 50% auf 55% ihres Bestands an anrechenbaren Krediten erhöht. Um einen Anreiz für Banken zu setzen, das aktuelle Niveau der Bankkreditvergabe aufrechtzuerhalten, wird die Verlängerung der Bonuszinsphase nur jenen Banken angeboten, die eine neue Zielgröße bei der Kreditvergabe erfüllen. Die Maßnahmen zur Lockerung der Kriterien für notenbankfähige Sicherheiten, die im April 2020 beschlossen wurden, werden bis Juni 2022 verlängert. Diese Verlängerung wird sicherstellen, dass Banken die liquiditätszuführenden Geschäfte des Eurosystems in vollem Umfang nutzen können, vor allem die rekalibrierten TLTROs. In diesem Zusammenhang wurde auch beschlossen, die regulären Kreditgeschäfte so lange wie erforderlich als Mengentender mit Vollzuteilung durchzuführen.

10. Dezember 2020 (Fortsetzung)	Im Rahmen der längerfristigen Pandemie-Notfallrefinanzierungsgeschäfte (Pandemic Emergency Longer-Term Refinancing Operations – PELTROs) werden im Jahr 2021 vier zusätzliche Geschäfte angeboten. Die Laufzeit wird jeweils rund 1 Jahr betragen und der Zinssatz wird – wie bisher – 25 Bp. unter dem während der Laufzeit des jeweiligen PELTRO geltenden durchschnittlichen Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte liegen. Die Nettoankäufe im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) werden in einem monatlichen Umfang von 20 Mrd EUR fortgesetzt. Die Ankäufe werden so lange fortgesetzt, wie dies für die Verstärkung der akkommodierenden Wirkung der EZB-Leitzinsen erforderlich ist und werden beendet, kurz bevor die Leitzinsen erhöht werden. Die Tilgungsbeträge von auslaufenden APP-Wertpapieren werden für längere Zeit über den Zeitpunkt hinaus, zu dem mit der Erhöhung der Leitzinsen begonnen wird, vollumfänglich wieder angelegt. Schließlich wurden auch die Eurosystem Repo Facility for Central Banks (EUREP) sowie alle befristeten Swap- und Repo-Linien mit Zentralbanken außerhalb des Euroraums bis März 2022 verlängert.
8. Dezember 2020	Die Danmarks Nationalbank (Zentralbank Dänemarks) hat bei der EZB einen Antrag gestellt, ab November 2025 das Zahlungssystem T2 – das neue Echtzeit-Bruttosystem – nutzen zu dürfen. Zudem hat sie Interesse bekundet, auch dem Zahlungssystem TARGET Instant Payment Settlement (TIPS) beizutreten. Mit der Aufnahme der dänischen Krone als Abwicklungswährung in T2 und TIPS werden Marktteilnehmer in Dänemark diese Plattformen nutzen können, um Zahlungen sowohl in Euro als auch in dänischer Krone abzuwickeln.
29. Oktober 2020	Der EZB-Rat bestätigt seinen expansiven geldpolitischen Kurs. Die von Expertinnen und Experten des Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen im Dezember werden eine gründliche Neubeurteilung der wirtschaftlichen Aussichten und der Risikobilanz ermöglichen. Auf der Grundlage dieser aktualisierten Einschätzung wird der EZB-Rat im Dezember seine Instrumente der Lage entsprechend neu kalibrieren.
30. September 2020	Die EZB veröffentlicht eine Erklärung über die Einhaltung der von der Internationalen Organisation der Wertpapieraufsichtsbehörden (IOSCO) entwickelten Prinzipien für Finanzmarkt-Referenzwerte. Aus der Erklärung geht hervor, wie die EZB diese Prinzipien und damit international bewährte Verfahren bei der Erstellung des €STR umsetzt. Die Erklärung wurde von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Pricewaterhouse Coopers einer unabhängigen Prüfung unterzogen.
28. September 2020	Die EZB ändert ihre Leitlinien zur Umsetzung der Geldpolitik im Eurosystem, die am 1. Jänner 2021 in Kraft treten. Demnach werden besicherte marktfähige Vermögenswerte (mit Ausnahme von ABS und gedeckten Schuldverschreibungen) nicht länger als Sicherheiten des Eurosystems akzeptiert. Gemäß den neuen Leitlinien werden ab dem 1. Jänner 2021 nur noch gesetzlich geregelte (d. h. auf gesetzlicher Grundlage begebene) gedeckte Schuldverschreibungen und Multi-cédulas als gedeckte Schuldverschreibungen im Sicherheitenrahmen des Eurosystems zugelassen. Durch die Leitlinien werden auch das Antragsverfahren und die Zulassungskriterien für externe Ratingagenturen präzisiert.
22. September 2020	Die EZB hat beschlossen, ab dem Jahr 2021 Anleihen mit Kuponstrukturen, die an bestimmte nachhaltigkeitsbezogene Leistungsziele gebunden sind, als Sicherheiten für die Kreditgeschäfte und auch für die geldpolitischen Outright-Geschäfte des Eurosystems zuzulassen, sofern sie alle anderen Zulässigkeitskriterien erfüllen. Nicht marktfähige Sicherheiten mit vergleichbaren Kuponstrukturen sind bereits zugelassen. Der Beschluss vereinheitlicht damit die Behandlung marktfähiger und nicht marktfähiger Sicherheiten.

28. August 2020	Die Europäische Zentralbank hat die bestehenden Repo-Linien mit der Hrvatska narodna banka (Kroatische Nationalbank, HNB) und der Banca Națională a României (Rumänische Nationalbank, BNR) um jeweils sechs Monate bis Juni 2021 verlängert. Über diese Repo-Linie kann die kroatische Nationalbank bis zu 2 Mrd € und die rumänische Nationalbank bis zu 4,5 Mrd € aufnehmen. Die maximale Laufzeit bei Inanspruchnahme der Repo-Linien beträgt drei Monate.
20. August 2020	Angesichts der anhaltenden Verbesserung der Refinanzierungsbedingungen in US-Dollar und der geringen Nachfrage nach den jüngsten liquiditätszuführenden Geschäften in US-Dollar mit einer Laufzeit von sieben Tagen haben die Bank of England, die Bank von Japan, die Europäische Zentralbank und die Schweizerische Nationalbank in Absprache mit der Federal Reserve gemeinsam beschlossen, die Häufigkeit dieser Geschäfte weiter zu verringern und sie nur noch einmal pro Woche statt dreimal pro Woche durchzuführen. Diese Änderung tritt am 1. September 2020 in Kraft. Die genannten Zentralbanken werden auch weiterhin wöchentlich Operationen mit einer Laufzeit von 84 Tagen anbieten.
18. August 2020	Die Europäische Zentralbank hat sowohl mit der Zentralbank der Republik San Marino (Banca Centrale della Repubblica di San Marino), als auch mit der Nationalbank der Republik Nordmazedonien (Народна банка на Република Северна Македонија) jeweils eine Vereinbarung über eine Repo-Linie zur Bereitstellung von Euro-Liquidität geschlossen. Hierdurch soll der Liquiditätsbedarf von Finanzinstituten in diesen Ländern gedeckt werden, der sich aufgrund von Marktstörungen infolge des Covid-19-Schocks ergeben könnte. Über die Repo-Linie kann die Zentralbank der Republik San Marino bis zu 100 Mio € und die Nationalbank der Republik Nordmazedonien bis zu 400 Mio € bei der EZB aufnehmen. Die Repo-Linien gelten vorerst bis Ende Juni 2021.
23. Juli 2020	Die Europäische Zentralbank und die ungarische Notenbank (Magyar Nemzeti Bank) haben eine Vereinbarung über eine Repo-Linie zur Bereitstellung von Euro-Liquidität geschlossen. Hierdurch soll der Liquiditätsbedarf ungarischer Finanzinstitute gedeckt werden, der sich aufgrund von Marktstörungen infolge des Covid-19-Schocks ergeben könnte. Über die Repo-Linie kann die ungarische Notenbank bis zu 4 Mrd € bei der EZB aufnehmen. Die Repo-Vereinbarung gilt vorerst bis Ende Juni 2021.
17. Juli 2020	Die Europäische Zentralbank hat sowohl mit der albanischen Notenbank (Banka e Shqipërisë), als auch mit der serbischen Notenbank (Народна банка Србије/Narodna banka Srbije) jeweils eine Vereinbarung über eine Repo-Linie zur Bereitstellung von Euro-Liquidität geschlossen. Hierdurch soll der Liquiditätsbedarf albanischer und serbischer Finanzinstitute gedeckt werden, der sich aufgrund von Marktstörungen infolge des Covid-19-Schocks ergeben könnte. Über die Repo-Linie kann die albanische Notenbank bis zu 400 Mio € und die serbische Notenbank bis zu 1 Mrd € bei der EZB aufnehmen. Die Repo-Linien gelten vorerst bis Ende Juni 2021.
16. Juli 2020	Der EZB-Rat bestätigt alle geldpolitischen Maßnahmen, die in den letzten Monaten getroffen wurden, und kündigt an, alle seine Instrumente gegebenenfalls anzupassen, um sicherzustellen, dass sich die Teuerungsrate – im Einklang mit seiner Verpflichtung auf Symmetrie – auf nachhaltige Weise seinem Ziel annähert.
13. Juli 2020	Der bulgarische Lew und die kroatische Kuna wurden in den Wechselkursmechanismus II aufgenommen. Der Leitkurs des Lew wird auf 1 Euro = 1,95583 Lewa und jener der Kuna auf 1 Euro = 7,53450 Kuna festgelegt. Für beide Währungen gilt die Standardschwankungsbandbreite von ±15 % bezogen auf den Leitkurs. Gleichzeitig treten Bulgarien und Kroatien der europäischen Bankenunion bei.

25. Juni 2020	Als Reaktion auf die Corona-Krise hat der EZB-Rat eine neue Liquiditätslinie – die Repo-Fazilität des Eurosystems für Zentralbanken (EUREP) – eingerichtet, um nicht zum Euroraum gehörenden Zentralbanken vorsorgliche Repo-Linien in Euro zur Verfügung zu stellen. Im Rahmen von EUREP wird Euro-Liquidität gegen Sicherheiten in Form von auf Euro lautenden marktfähigen Schuldtiteln, die von im Euroraum befindlichen Zentralstaaten und supranationalen Institutionen begeben wurden, zur Verfügung gestellt. EUREP ergänzt die bilateralen Swap- und Repo-Linien der EZB und wird bis Ende Juni 2021 verfügbar sein.
19. Juni 2020	Angesichts der verbesserten Refinanzierungsbedingungen in US-Dollar und der geringen Nachfrage nach liquiditätszuführenden Geschäften in US-Dollar mit einer Laufzeit von sieben Tagen haben die Bank of England, die Bank von Japan, die Europäische Zentralbank und die Schweizerische Nationalbank in Absprache mit der Federal Reserve gemeinsam beschlossen, die Häufigkeit dieser Geschäfte zu verringern und sie nur noch dreimal pro Woche statt täglich durchzuführen. Diese Änderung tritt am 1. Juli 2020 in Kraft. Die genannten Zentralbanken werden auch weiterhin wöchentlich Operationen mit einer Laufzeit von 84 Tagen anbieten.
5. Juni 2020	Die EZB und die Banca Naţională a României haben eine Vereinbarung über eine Repo-Linie zur Bereitstellung von Euro-Liquidität (bis zu 4,5 Mrd €) getroffen. Hierdurch soll ein möglicher Liquiditätsbedarf der rumänischen Nationalbank aufgrund von Marktstörungen infolge des Covid-19-Schocks gedeckt werden. Die Repo-Linie bleibt bis zum 31. Dezember 2020 in Kraft.
4. Juni 2020	Der EZB-Rat fasst die folgenden geldpolitischen Beschlüsse: 1) Der Umfang des Pandemie-Notfallankaufprogramms (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) wird um 600 Mrd € auf insgesamt 1350 Mrd € erweitert. Als Reaktion auf die pandemiebedingte Abwärtskorrektur der Inflation über den Projektionszeitraum hinweg wird die Ausweitung des PEPP für eine weitere Lockerung des allgemeinen geldpolitischen Kurses sorgen und so die Finanzierungsbedingungen in der Realwirtschaft unterstützen. Der Zeithorizont für die PEPP-Nettoankäufe wird dabei bis mindestens Ende Juni 2021 verlängert. Die PEPP-Ankäufe werden so lange durchgeführt, bis die Coronavirus-Krise überstanden ist. 2) Die Tilgungsbeträge der erworbenen PEPP-Wertpapiere werden mindestens bis Ende 2022 bei Fälligkeit wieder angelegt. Das zukünftige Auslaufen des PEPP-Portfolios wird so gesteuert, dass eine Beeinträchtigung des geldpolitischen Kurses vermieden wird. 3) Die Nettoankäufe im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) im Umfang von monatlich 20 Mrd € zusammen mit den Ankäufen im Zuge des zusätzlichen vorübergehenden Rahmens in Höhe von 120 Mrd € werden bis zum Ende des Jahres fortgesetzt. 4) Die Tilgungsbeträge der erworbenen APP-Wertpapiere werden weiterhin bei Fälligkeit für längere Zeit über den Zeitpunkt hinaus, zu dem der EZB-Rat mit der Erhöhung der Leitzinsen beginnt, vollumfänglich wieder angelegt und in jedem Fall so lange wie erforderlich, um günstige Liquiditätsbedingungen und eine umfangreiche geldpolitische Akkommodierung aufrechtzuerhalten. 5) Der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität werden unverändert bei 0,00 %, 0,25 % bzw. -0,50 % belassen. Der EZB-Rat geht davon aus, dass die EZB-Leitzinsen so lange auf ihrem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden, bis er feststellt, dass sich die Inflationsaussichten in seinem Projektionszeitraum deutlich einem Niveau annähern, das hinreichend nahe, aber unter 2% liegt, und dass sich diese Annäherung in der Dynamik der zugrunde liegenden Inflation durchgängig widerspiegelt. Der EZB-Rat ist nach wie vor bereit, alle seine Instrumente gegebenenfalls anzupassen, um sicherzustellen, dass sich die Teuerungsrate – im Einklang mit seiner Verpflichtung auf Symmetrie – auf nachhaltige Weise seinem Ziel annähert.

30. April 2020	Der EZB-Rat beschließt erstens die Bedingungen für alle gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (TLTROs III) weiter zu lockern. So wird ihr Zinssatz im Zeitraum Juni 2020 bis Juni 2021 auf 50 Bp. unter den durchschnittlichen Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte gesenkt. Bei Banken, deren anrechenbare Nettokreditvergabe den Schwellenwert für das Wachstum der Kreditvergabe (0%) erreicht, kann der Zinssatz in diesem Zeitraum auf 50 Bp. unter den durchschnittlichen Zinssatz für die Einlagefazilität (garantiert -1%) sinken. Es gilt nun ein leicht veränderter Zeitraum, in dem die Nettokreditvergabe beobachtet wird, nämlich März 2020 bis inklusive März 2021. Schließlich wird der Schwellenwert für die Nettokreditvergabe, wenn der oben genannte Schwellenwert nicht erreicht wird, auf 1,15% gesenkt. Zweitens wird eine neue Reihe nicht gezielter längerfristiger Pandemie-Notfallrefinanzierungsgeschäfte (Pandemic Emergency Longer-Term Refinancing Operations – PELTROs) eingeführt. Bei den PELTROs handelt es sich um sieben zusätzliche Refinanzierungsgeschäfte mit Beginn im Mai 2020 und gestaffeltem Laufzeitende zwischen Juli und September 2021 – im Einklang mit der Dauer der Maßnahmen zur Lockerung der Kriterien für Sicherheiten. Die PELTROs werden als Mengentender mit Vollzuteilung durchgeführt. Der Zinssatz liegt 25 Bp. unter dem während der Laufzeit des jeweiligen PELTRO geltenden durchschnittlichen Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte.
22. April 2020	Damit Banken weiterhin genügend Vermögenswerte als Sicherheiten gegenüber dem Eurosystem zur Verfügung haben, beschließt der EZB-Rat einen bis September 2021 befristeten Bestandschutz für notebenbankfähige Sicherheiten und deren Emittenten, die am 7. April 2020 die Bonitätsanforderungen (Mindestrating von BBB-, Ausnahme ABS für sie gilt A-) erfüllten. Für den Fall, dass sich das Rating aufgrund einer Herabstufung, die sich als wirtschaftliche Folge der Covid-19 Pandemie ergeben könnte, verschlechtert, jedoch weiterhin oberhalb einer bestimmten Bonitätsschwelle (Kreditqualitätsstufe 5,Ausnahme ABS für sie gilt 4) bleibt, behalten Sicherheiten und deren Emittenten auch bei einer Herabstufung ihre Notenbankfähigkeit. Für Wertpapiere, deren Bonität herabgestuft wird, gelten jedoch neue Bewertungsabschläge, dich sich an ihrer aktuellen Bonitätseinstufung orientieren. Nicht marktfähige Sicherheiten fallen nicht in den Anwendungsbereich des befristeten Bestandschutzes.
22. April 2020	Die EZB und die Българска народна банка haben eine neue Swap-Vereinbarung geschlossen mit der die Bulgarische Nationalbank bis zu 2 Mrd EUR gegen bulgarische Lewa bei der EZB aufnehmen kann. Die Laufzeit bei einer Inanspruchnahme beträgt jeweils höchstens drei Monate. Die Swap-Vereinbarung bleibt bis zum 31. Dezember 2020 in Kraft.
15. April 2020	Die EZB und die Hrvatska narodna banka haben eine neue Swap-Vereinbarung geschlossen mit der die Kroatische Nationalbank bis zu 2 Mrd EUR gegen kroatische Kuna bei der EZB aufnehmen kann. Die Laufzeit bei einer Inanspruchnahme beträgt jeweils höchstens drei Monate. Die Swap-Vereinbarung bleibt bis zum 31. Dezember 2020 in Kraft.
7. April 2020	Die Kriterien für notenbankfähige Sicherheiten werden für die Dauer der Pandemiekrise – gekoppelt an die Laufzeit des Pandemie-Notfallankaufprogramms (PEPP) – gelockert. Dabei gelten gelockerte Bedingungen, zu denen Kreditforderungen an Unternehmen und private Haushalte als Sicherheiten im „Rahmen für zusätzliche Kreditforderungen“ (Additional Credit Claims – ACC) akzeptiert werden.

7. April 2020 (Fortsetzung)	Weiters werden die allgemein geltenden Richtlinien für Sicherheiten erweitert, zum Beispiel durch den Wegfall des Mindestbetrags für nationale Kreditforderungen, damit auch Kreditforderungen an kleine Unternehmen als Sicherheiten genutzt werden können. Zudem werden nun von der Hellenischen Republik begebene Schuldtitel als Sicherheiten akzeptiert. Schließlich werden die Bewertungsabschläge für Sicherheiten um einen fixen Faktor von 20% verringert, sodass sich ihr belehnbarer Wert erhöht.
2. April 2020	Der EZB-Rat kommt überein, den Zeitrahmen für die Überprüfung der geldpolitischen Strategie auszuweiten. Der Termin für den Abschluss der Strategieüberprüfung wird daher von Ende 2020 auf Mitte 2021 verschoben. Die Veranstaltungen der Reihe „Das Eurosystem hört zu", die von der EZB und den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ursprünglich für die erste Jahreshälfte 2020 geplant waren, sollen jetzt in der zweiten Jahreshälfte stattfinden. Der Termin für das jährlich stattfindende ECB Forum on Central Banking in Sintra wird auf den 10. bis 12. November 2020 verlegt.
23. März 2020	Ab sofort bieten die EZB und andere große Zentralbanken täglich Geschäfte in US-Dollar mit einer Laufzeit von sieben Tagen an (und nicht mehr nur wöchentlich). Geschäfte mit einer Laufzeit von 84 Tagen werden weiterhin wöchentlich angeboten. Der neue Rhythmus gilt bis mindestens Ende April 2020.
20. März 2020	Die EZB und die Danmarks Nationalbank haben eine Swap-Vereinbarung reaktiviert und den Höchstbetrag, der von der dänischen Notenbank aufgenommen werden kann, von 12 auf 24 Mrd EUR angehoben. Damit wird der Danmarks Nationalbank ermöglicht, den dänischen Finanzinstituten Liquidität in Euro zur Verfügung zu stellen. Die Vereinbarung bleibt so lange wie erforderlich bestehen.
18. März 2020	Der EZB-Rat beschließt ein neues zeitlich befristetes Programm zum Ankauf von Vermögenswerten des privaten und öffentlichen Sektors, um den ernsten Risiken entgegenzuwirken, die der Ausbruch und die rasant zunehmende Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19) für die geldpolitische Transmission und die Aussichten des Euroraums darstellen. Das neue Pandemie-Notfallankaufprogramm (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) wird einen Gesamtumfang von 750 Mrd € haben. Die Ankäufe werden solange durchgeführt, bis die Coronavirus-Krise überstanden ist, jedenfalls aber bis Ende 2020. Im PEPP werden alle Kategorien von Wertpapieren, die im Rahmen des bereits bestehenden Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) zugelassen sind, angekauft. Zudem werden von der griechischen Regierung begebene Wertpapiere, die im APP nicht zugelassen sind, erworben. Ferner weitet der EZB-Rat die Bandbreite ankauffähiger Vermögenswerte im Programm zum Ankauf von Wertpapieren des Unternehmenssektors (CSPP) auf Commercial Paper von Nichtfinanzunternehmen aus, sodass alle Commercial Paper mit ausreichender Bonität im Rahmen des CSPP angekauft werden können. Schließlich werden die Anforderungen an notenbankfähige Sicherheiten gelockert. Insbesondere wird der „Rahmen für zusätzliche Kreditforderungen" (Additional Credit Claims – ACC) auf Unternehmenskredite ausgeweitet.
15. März 2020	Die Bank of Canada, die Bank of England, die Bank von Japan, die Europäische Zentralbank, die Federal Reserve und die Schweizerische Nationalbank haben sich in einer koordinierten Aktion zur Stärkung der US-Dollar Liquiditätsversorgung darauf verständigt, den Zinssatz bei den unbefristeten Swap-Vereinbarungen in US-Dollar um 25 Basispunkte herabzusetzen. Als neuer Zinssatz gilt somit der US-Dollar-Overnight-Index-Swapsatz (USD-OIS-Satz) zuzüglich 25 Basispunkten. Die EZB bietet zusätzlich zu den Geschäften mit einwöchiger Laufzeit nun auch wöchentlich US-Dollar Geschäfte mit einer Laufzeit von 84 Tagen an.

12. März 2020	Der EZB-Rat beschließt umfangreiche geldpolitische Maßnahmen als Antwort auf die wirtschaftlichen Folgen der Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19): 1) Vorübergehend werden zusätzliche längerfristige Refinanzierungsgeschäfte (LRG) durchgeführt, um für das Euro-Finanzsystem unmittelbar Liquiditätsunterstützung zur Verfügung zu stellen. Sie werden als Mengentender mit Vollzuteilung ausgestaltet sein und ihr Zinssatz wird dem durchschnittlichen Zinssatz für die Einlagefazilität entsprechen. Mit den LRGen soll der Zeitraum bis zum nächsten TLTRO III im Juni 2020 überbrückt werden. 2) Der Zinssatz für alle bis Juni 2021 angebotenen TLTRO III wird 25 Bp. unter dem durchschnittlichen Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte liegen. Bei Geschäftspartnern, die das Volumen ihrer Kreditvergabe aufrechterhalten, wird der Zinssatz für diese Geschäfte niedriger sein; er kann bis zu 25 Bp. unter dem durchschnittlichen Zinssatz für die Einlagefazilität liegen. Darüber hinaus wird der Höchstbetrag der von Geschäftspartnern aufgenommen TLTRO III-Mittel auf 50% des Bestands an anrechenbaren Krediten erhöht. 3) Bis Ende 2020 wird vorübergehend ein Rahmen zusätzlicher Nettoankäufe von Vermögenswerten in Höhe von 120 Mrd € eingerichtet, um einen starken Beitrag der Programme zum Ankauf von Vermögenswerten des privaten Sektors zu gewährleisten. Zudem werden die APP-Nettoankäufe von Vermögenswerten so lange fortgesetzt werden, wie dies für die Verstärkung der akkommodierenden Wirkung der Leitzinsen erforderlich ist. Sie werden beendet werden, kurz bevor mit der Erhöhung der EZB-Leitzinsen begonnen wird. 4) Der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität werden unverändert bei 0 %, 0,25% bzw. -0,50% belassen. Der EZB-Rat geht davon aus, dass die EZB-Leitzinsen so lange auf ihrem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden, bis er feststellt, dass sich die Inflationsaussichten in seinem Projektionszeitraum deutlich einem Niveau annähern, das hinreichend nahe, aber unter 2 % liegt, und dass sich diese Annäherung in der Dynamik der zugrunde liegenden Inflation durchgängig widerspiegelt. 5) Die Tilgungsbeträge der im Rahmen des APP erworbenen Wertpapiere werden weiterhin bei Fälligkeit für längere Zeit über den Zeitpunkt hinaus, zu dem der EZB-Rat mit der Erhöhung der Leitzinsen beginnt, vollumfänglich wieder angelegt und in jedem Fall so lange wie erforderlich, um günstige Liquiditätsbedingungen und eine umfangreiche geldpolitische Akkommodierung aufrechtzuerhalten.
24. Februar 2020	Die EZB und die 19 NZBen des Euroraums, die gemeinsam das Eurosystem bilden, rufen die Menschen und Organisationen im Eurogebiet auf, Ideen einzubringen und sich dazu zu äußern, wie die EZB ihre Geldpolitik innerhalb der Vorgaben des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union durchführt.
30. Jänner 2020	Die EZB äußerte ihr Bedauern darüber, dass das Vereinigte Königreich die Europäische Union verlässt. Sie begrüßt jedoch die Ratifizierung des Abkommens über einen geordneten Austritt des Vereinigten Königreichs. Im März 2019 hatten die EZB und die Bank of England eine Devisenswap-Vereinbarung aktiviert. Diese sieht vor, dass die Bank of England britischen Banken auf wöchentlicher Basis Euro leihen kann und das Eurosystem bereit steht, im Bedarfsfall Pfund-Sterling an Banken im Euro-Währungsgebiet zu verleihen. Dadurch verringern sich die möglichen Stressfaktoren für das Finanzsystem. Die Bank of England scheidet aus dem Europäischen System der Zentralbanken aus. Der Anteil der Bank of England am gezeichneten Kapital der EZB in Höhe von 14,3% wird auf der Basis eines aktualisierten Kapitalschlüssels auf die nationalen Zentralbanken des Euro-Währungsgebiets und die verbleibenden NZBen außerhalb des Euroraums aufgeteilt. Das gezeichnete Kapital der EZB wird sich nach dem Ausscheiden der Bank of England aus dem Europäischen System der Zentralbanken unverändert auf 10,8 Mrd € belaufen.

23. Jänner 2020	Der EZB-Rat hat heute mit einer Überprüfung der geldpolitischen Strategie begonnen. Die geldpolitische Strategie wurde 1998 festgelegt, und einige Strategieelemente wurden zuletzt im Jahr 2003 präzisiert. Ein Schwerpunkt wird dabei auf der quantitativen Formulierung von Preisstabilität und den Ansätzen und Instrumenten liegen, mit denen Preisstabilität erreicht wird. Der Prozess soll bis Jahresende 2020 abgeschlossen sein. Der EZB-Rat wird sich von zwei Grundsätzen leiten lassen: einer gründlichen Analyse und Offenheit. Das Eurosystem wird dementsprechend die Zusammenarbeit mit allen Interessenträgern suchen.

Quelle: EZB.

Starker Anstieg des aggregierten Periodenergebnisses der österreichischen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute im ersten Quartal 2021[7]

Die Netto-Betriebserträge der österreichischen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute belaufen sich für das 1. Quartal 2021 auf 6,2 Mrd EUR, was im Vergleich zum 1. Quartal 2020 einen Anstieg um 644,1 Mio EUR bzw. 11,7% entspricht. Das Betriebsergebnis wird für das 1. Quartal 2021 mit 2,1 Mrd EUR angegeben und steigt um 833,0 Mio EUR bzw. 63,7%. Das finale Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen beträgt 1,4 Mrd EUR und steigt somit, nach dem COVID-19 bedingten starken Rückgang im Vorjahr, um 1,1 Mrd EUR bzw. 373,2%.

Entwicklung der Ertragslage im Detail

Der Anstieg der Betriebserträge ist vor allem auf den Anstieg des Handelserfolgs und der Bewertungsergebnisse (+575,6 Mio EUR) zurückzuführen. Zusätzlich ist ein Anstieg beim sonstigen betrieblichen Ergebnis (+204,5 Mio EUR) sowie den Bewertungsergebnissen bei Ausbuchungen (+63,2 Mio EUR) zu verzeichnen. Negativ wirkte sich hingegen der Rückgang beim Netto-Zinsergebnis (-209,0 Mio EUR) aus.

Der Anstieg beim Betriebsergebnis ist neben den darin enthaltenen gestiegenen Betriebserträgen vor allem auf um 351,4 Mio EUR gesunkene Verwaltungsaufwendungen sowie um 173,2 Mio EUR gesunkene Abschreibungen und Wertminderungen von immateriellen Vermögenswerten inkl. Firmenwert, Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien und Beteiligungen zurückzuführen.

Der Anstieg des Periodenergebnisses nach Steuern und Minderheitenanteilen ist, neben dem darin enthaltenen gestiegenen Betriebsergebnis, hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass im Vergleich zum 1. Quartal 2020 um 444,7 Mio EUR weniger Wertminderungen bei nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und erteilten Zusagen und Garantien gebildet wurden (Stand 31.3.2021: 168,7 Mio EUR). Zusätzlich wirkte sich der Anstieg beim Anteil des Gewinns aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert sind (257,3 Mio EUR), positiv auf das Periodenergebnis aus.

[7] Autor: Norbert Ernst (Abteilung Statistik – Aufsicht, Modelle und Bonitätsanalysen)

Tabelle 1

Aggregierte Ertragslage der österreichischen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute

	2021-Q1	2020-Q1	Differenz	
	in Mio EUR	in Mio EUR	absolut	relativ[1]
Zinsergebnis	3.755	3.964	−209	-5,3%
+ Provisionsergebnis	1.877	1.870	7	0,4%
− Auf Anforderung rückzahlbare Aufwendungen für Aktienkapital	0	0		
+ Dividendenerträge	61	59	2	4,1%
+ Handelserfolg und sonstige Bewertungsergebnisse	282	−357	639	A
+ Sonstiges betriebliches Ergebnis	183	−21	205	A
= BETRIEBSERTRÄGE	6.159	5.515	644	11,7%
− Verwaltungs- und sonstige Aufwendungen	3.644	3.660	−16	-0,4%
− Abschreibungen und Wertminderungen von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen	374	547	−173	-31,7%
= BETRIEBSERGEBNIS	2.141	1.308	833	63,7%
− Wertminderungen/Wertaufholungen und Rückstellungen für das Kreditrisiko	169	613	−445	-72,5%
− Sonstige Rückstellungen	29	29	0	-
+ Gewinn/Verlust aus nicht voll- oder quotenkonsolidierten Tochterunternehmen	211	−46	257	A
+ Gewinn/Verlust aus zur Veräußerung eingestuften Vermögenswerten	−5	0	−5	R
+ Sonstiges Ergebnis	−268	−17	−251	R
= PERIODENERGEBNIS VOR STEUERN UND MINDERHEITENANTEILEN	1.881	603	1.278	212,0%
− Ertragssteuern	385	266	120	45,0%
+ Außerordentlicher Gewinn/Verlust	3	1	2	200,2%
+ Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern	1	−0	1	A
− Den Minderheitenanteilen zurechenbar	115	46	69	152,2%
= PERIODENERGEBNIS NACH STEUERN UND MINDERHEITENANTEILEN	1.385	293	1.093	373,2%

Quelle: OeNB.

[1] *Die prozentuelle Veränderung in einer Position wird nur dargestellt wenn zu beiden Meldeterminen positive Werte gemeldet werden. In allen anderen Fällen symbolisiert "A" einen Anstieg und "R" einen Rückgang.*

Datenstand: 17.06.2021

Steigende Neukreditvergaben bei Unternehmenskrediten in Österreich – Jahreswachstum jedoch unter dem Vor-Pandemie-Niveau[8]

Die Jahreswachstumsraten der an inländische Unternehmen vergebenen Kredite sanken im April (4,4 %) und Mai 2021 (4,7%) erstmals seit 2017 wieder unter 5%. Die Entwicklung war vor allem auf den seit Juli 2019 vorherrschenden stetigen Rückgang (-4,3%) kurzfristiger Kredite (bis ein Jahr) zurückzuführen. Die Unternehmenskredite mit einer Laufzeit von ein bis fünf bzw. über fünf Jahren (mit Jahreswachstumsraten von 5,2% bzw. 6,6%) wiesen insgesamt ein positives Wachstum auf, jedoch ist auch in diesen Segmenten seit Ausbruch der COVID-Pandemie eine rückläufige Dynamik zu erkennen. Im Euroraum war in den letzten beiden Monaten eine noch stärkere Verringerung des Kreditwachstums bei Unternehmen, welche im Zusammenhang mit dem Auslaufen von staatlichen Unterstützungsprogrammen bei der Kreditvergabe stehen dürfte, zu erkennen. So wies das Kreditwachstum von im Euroraum ansässigen Unternehmen im Mai 2021 nur noch 1,9% auf, nachdem es im Februar 2021 noch bei 7,0% gelegen war. Die mit Ausbruch der Corona-Pandemie stark steigenden Wachstumsraten bei Unternehmenskrediten im Euroraum sind somit im Jahresvergleich deutlich unter das Vorkrisenniveau (Februar 2020: 3,0%) gefallen. Ähnlich wie in Österreich ging auch das aushaftende Volumen von kurzfristigen Unternehmenskrediten im Euroraum mit -7,7% deutlich zurück. Das Wachstum von Krediten mit einer Laufzeit von über fünf Jahren entwickelte sich im Gegensatz dazu im Jahresvergleich mit 6,2% vergleichsweise stabil. Die stärkste rückläufige Entwicklung ist indes bei Krediten mit einer Laufzeit von einem bis zu fünf Jahren zu beobachten, welche im Euroraum mit -2,6% im Mai 2021 erstmals seit 2014 ein negatives Wachstum aufwiesen. Die Jahreswachstumsraten stiegen zuvor in diesem Segment – bedingt durch die in verschiedensten europäischen Ländern aufgelegten Kreditgarantieprogramme – mit Ausbruch der COVID Pandemie stark an und erreichten im September 2020 mit einer Jahreswachstumsrate von 17,2% einen Höchststand. Das Auslaufen der Kredithilfen dürfte zu dem abrupt abfallenden Kreditwachstum in dem genannten Segment beigetragen haben.

Dem Rückgang des Jahreswachstums von Unternehmenskrediten im gesamten Euroraum unter das Level vor Ausbruch der Pandemie stehen deutlich unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Mitgliedsländern gegenüber. In einigen Ländern (wie zum Beispiel in Österreich oder Deutschland) stieg das Kreditwachstum ab März 2020 kurz an, sank dann aber sukzessiv wieder und lag am aktuellen Rand bereits unter den Vergleichswerten vor Ausbruch der Pandemie. In Deutschland wurde im Mai 2021 mit 1,1% das schwächste Wachstum von Unternehmenskrediten seit Februar 2016 verzeichnet. Andere Mitgliedsländer, wie Frankreich, Spanien oder Italien, wiesen mit Ausbruch der COVID-19-Pandemie einen sprunghaften Anstieg des Kreditwachstums im Unternehmenssektor aus, welches auch über einige Monate hinweg auf sehr hohem Niveau verweilte. Seit März 2021 verlor das Kreditwachstum auch in diesen Ländern deutlich an Dynamik, was man am Beispiel Frankreichs – das Kreditwachstum ging innerhalb von drei Monaten von 13,4% auf 4,4% im Mai 2021 zurück – deutlich erkennen kann.

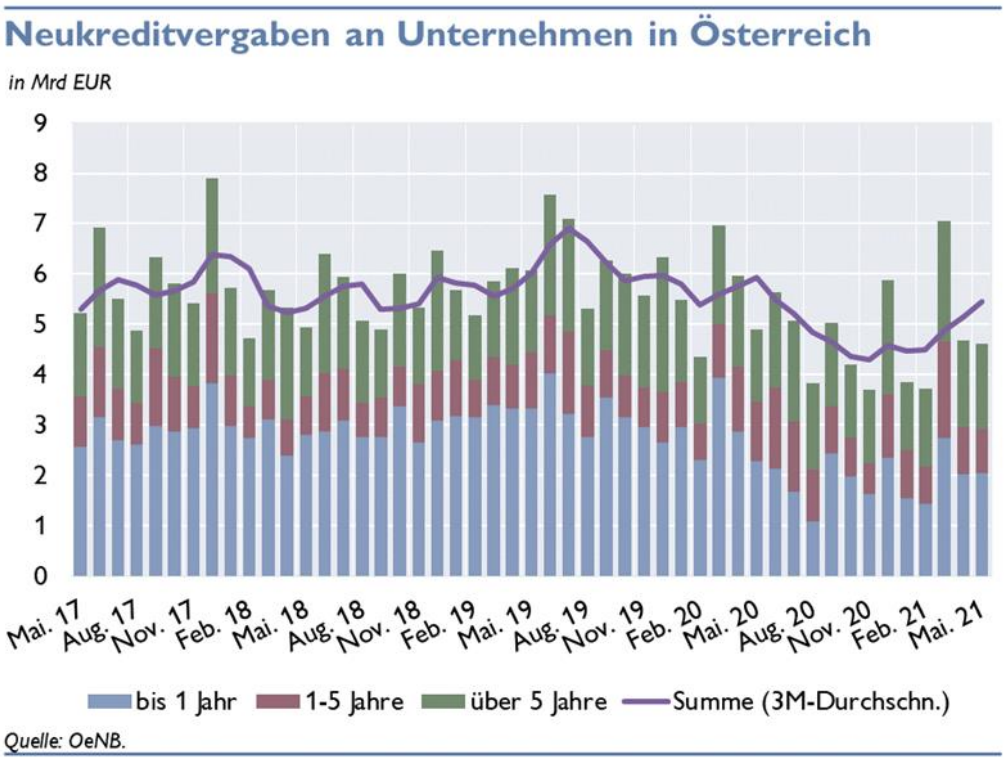
---

[8] Autoren: Klaus Formanek, Thomas Pöchel (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken)

Trendwende bei Neukreditvergaben an Unternehmen in Österreich

Neben der Jahreswachstumsrate von Unternehmenskrediten kann man auch bei den neu vergebenen Kreditvolumina an inländische nichtfinanzielle Unternehmen erkennen, dass diese in den letzten 12 Monaten im Vergleich zu den Vorjahren rückläufig waren, wenngleich seit Beginn dieses Jahres eine Trendumkehr zu erkennen ist. Für das geringere Neugeschäft verantwortlich waren zum überwiegenden Teil kurzfristige Kredite mit einer Laufzeit von bis zu einem Jahr. In diesem Segment wurden in den vorangegangenen 12 Monaten Kredite im Ausmaß von 23,0 Mrd EUR neu vergeben, der entsprechende Vergleichswert des Vorjahres lag noch bei 36,7 Mrd. EUR. Kredite mit einer Laufzeit von ein bis fünf Jahren – in diese Kategorie fallen insbesondere Kredite der staatlich gestützten Garantieprogramme – wurden in den letzten 12 Monaten im Ausmaß von 13,0 Mrd EUR an den Unternehmenssektor neu vergeben, was einer Steigerung in Höhe von 0,5 Mrd im Vergleich mit dem Vorjahr entsprach. Bei langfristigen Krediten mit einer Laufzeit von über fünf Jahren lag das neu vergebene Kreditvolumen seit Juni 2020 bei 21,2 Mrd EUR und damit geringfügig unter dem Vergleichszeitraum des Vorjahres (22,7 Mrd EUR). Seit Februar 2021 war hingegen eine Trendumkehr bei den neu vergebenen Kreditvolumina zu erkennen. Der 3-Monatsdurchschnitt neu vergebener Unternehmenskredite stieg innerhalb von drei Monaten von 4,5 Mrd EUR auf 5,4 Mrd EUR im Mai 2021 an.

Grafik 1



Die Neukreditvergaben des heimischen Bankensektors an nichtfinanzielle Unternehmen lassen sich auch mit anderen Euroraum-Ländern bzw. dem Euroraum insgesamt vergleichen. Für diesen Vergleich sind hingegen nur die Neukreditvergaben an den Unternehmenssektor mit Sitz im gesamten Euroraum (und nicht nur im Inland) verfügbar.

Die Neukreditvergaben im Euroraum insgesamt blieben im Vorjahr mit durchschnittlich 193,1 Mrd EUR (2020) pro Monat – wohl auch aufgrund der im Zuge der Pandemie in vielen Ländern eingeführten Kreditgarantieprogramme – auf einem konstanten Niveau zu 2019 (192,1 Mrd EUR) bestehen, während im heurigen Jahr – nach Auslaufen vieler Unterstützungsprogramme –

die Vergleichswerte der durchschnittlichen Neukreditvergaben auf 162,0 Mrd EUR (Jänner bis Mai 2021) fielen. Besonders deutlich ist dieser Rückgang (analog zu den Jahreswachstumsraten) in Deutschland zu beobachten, wo die durchschnittlichen monatlichen Neuvergabevolumina in diesem Segment von 57,6 Mrd EUR (2019) im Vorjahr auf 52,2 Mrd EUR (2020) fielen und sich auch heuer weiter rückläufig auf aktuell 45,8 Mrd EUR (2021) entwickelten. In Frankreich ist auch in dieser Betrachtungsweise ein starker Anstieg der Neukreditvergaben im Vorjahr (2020: 34,9 Mrd EUR, 2019: 27,8 Mrd EUR) zu beobachten, welche jedoch im aktuellen Jahr, mit durchschnittlich 24,9 Mrd EUR pro Monat (Jänner bis Mai 2021), deutlich unter das Vor-Pandemie-Niveau fielen.

Spezielle Kurzanalysen

Rasche Erholung am österreichischen Arbeitsmarkt, aber Anzeichen für gestiegenen Mismatch[9]

In den letzten Monaten ist die Arbeitslosigkeit weiter gesunken, während sich die Beschäftigung erholt hat. Die unselbstständige Beschäftigung lag Ende August wieder nahe am Vorkrisenniveau vom Februar 2020 und die Arbeitslosigkeit lag um 36.900 Personen über dem Vorkrisenniveau. Die nationale Register-Arbeitslosenquote lag bei 7,9% (Vorkrisenniveau: 7,0%). Allerdings hat sich der Rückgang der Arbeitslosenquote zuletzt deutlich verlangsamt. Weiterhin gibt es jedoch Unterbeschäftigung. So ist die Arbeitslosigkeit insbesondere im Handel, in der Bauwirtschaft, in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen inklusive Leiharbeit und im Gesundheitswesen noch deutlich erhöht. Die Anmeldungen zur Kurzarbeit sind seit dem Juli stark zurückgegangen und liegen derzeit bei etwa 50.000. Es gibt deutliche Anzeichen für einen Arbeitskräftemangel. Da dieser mit einer immer noch erhöhten Unterbeschäftigung einhergeht, besteht ein erhebliches Ausmaß an „Mismatch" auf dem österreichischen Arbeitsmarkt.

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

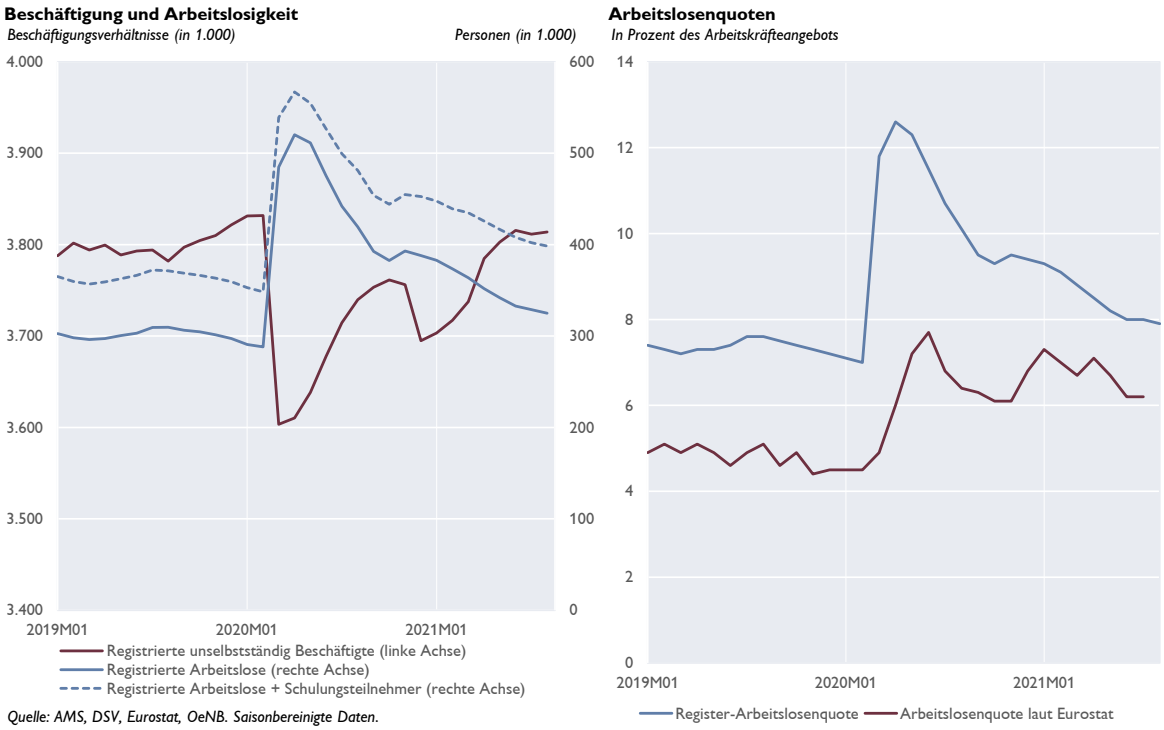
In den letzten Monaten hat sich die Lage auf dem österreichischen Arbeitsmarkt rasch verbessert. Nach mehreren Indikatoren ist man wieder nahe am Vorkrisenniveau (Februar 2020) angelangt. So betrug etwa Ende August die unselbstständige Beschäftigung laut Dachverband der Sozialversicherungsträger saisonbereinigt 3.813.800 Beschäftigungsverhältnisse (Februar 2020: 3.835.600, d.h. die Beschäftigung liegt um 0,6% unter dem Vorkrisenniveau). Auch die Zahl der Arbeitslosen ist nach dem Höhepunkt im Frühjahr des Vorjahres beinahe stetig gefallen und liegt mit rund 325.000 nur mehr um 36.900 über dem Vorkrisenniveau. Ähnliches gilt, wenn man zu den Arbeitslosen die Personen in AMS-Schulungen addiert.

Diese Entwicklungen zeigen sich auch in der Arbeitslosenquote. Bis Ende August ist die (nationale) Registerquote auf 7,9% gefallen (Februar 2020: 7,0%). Allerdings hat sich der Rückgang seit dem Juni deutlich verlangsamt. Deutlich schwächer ist der Rückgang bei der Arbeitslosenquote laut Eurostat. Hier beträgt der zuletzt verfügbare Wert (Juli 2021) 6,2% (Februar 2020: 4,5%). Erfahrungsgemäß sind jedoch die Werte der Eurostatquote am aktuellen Rand nicht sehr zuverlässig und es kommt immer wieder zu größeren Revisionen.

Trotz dieser erfreulichen Entwicklung sind die Folgen der Corona-Krise am Arbeitsmarkt noch immer deutlich sichtbar. Das spiegelt sich nicht zuletzt in einem beträchtlichen Maß an Unterbeschäftigung wider: Zum einen ist die Arbeitslosigkeit in einigen Sektoren noch relativ hoch und zum anderen gibt es immer noch Arbeitnehmer in Kurzarbeit.

[9] Autor: Alfred Stiglbauer (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

Aggregierte Arbeitsmarktdaten bis Ende August 2021



Quelle: AMS, DSV, Eurostat, OeNB. Saisonbereinigte Daten.

Wo ist die Arbeitslosigkeit weiterhin erhöht?

Nimmt man den Februar 2020 als Vergleichsmaßstab, so war die Arbeitslosigkeit zuletzt vor allem in den folgenden Sektoren (noch) erhöht: Im Handel (+5.200), in der Bauwirtschaft (+4.100) in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen inklusive Leiharbeit (+3.900) und im Gesundheitswesen (+2.900). Im Gastgewerbe- und Beherbergungssektor hingegen liegt die Arbeitslosigkeit mittlerweile unter dem Vorkrisenniveau (–200).

Bei dem Vergleich der Arbeitslosigkeit mit dem Vorkrisenniveau vom Februar 2020 muss jedoch folgendes berücksichtigt werden: Es ist zwar naheliegend, die gegenwärtigen Arbeitsmarktzahlen mit der Zeit unmittelbar vor der Covid-19-Krise zu vergleichen, die das Ende einer zuvor längeren Aufschwungphase (2017 – 2019) markiert. Es darf aber nicht übersehen werden, dass auch zu dieser Zeit nicht Vollbeschäftigung geherrscht hat. So war beispielsweise die Register-Arbeitslosenquote 2019 mit 7,4% immer noch deutlich höher als vor der Großen Rezession (2008; 6,0%). (Zur Verschlechterung der Arbeitsmarktlage im vorigen Jahrzehnt siehe auch weiter unten.)

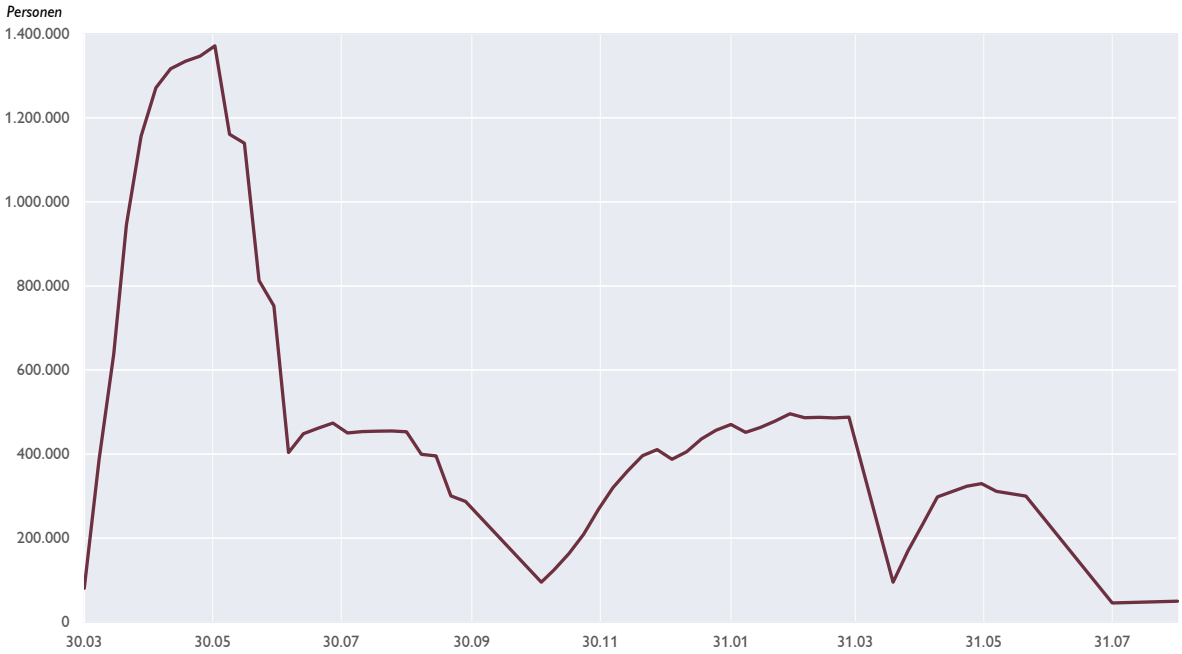
Kurzarbeit

Auch Kurzarbeit ist eine Form der Unterbeschäftigung. Die Kurzarbeitszahlen sind gegenüber den extrem hohen Werten des Frühjahrs 2020 (knapp 1,4 Millionen im Mai 2020) deutlich gesunken. Zuletzt kam es noch einmal zu einem starken Rückgang: Während im Juni noch 300.000 Arbeitnehmer zur Kurzarbeit angemeldet waren, so sank deren Zahl im Juli auf 45.600. Laut Informationen des Bundesministeriums gab es Ende August knapp 50.000 Angemeldete. Dieser Rückgang spiegelt zum einen wiederum die wirtschaftliche Erholung wider und zum anderen die neuen Modalitäten der Kurzarbeit. Seit Anfang Juli ist ein modifiziertes Kurzarbeitsmodell in Kraft. Die Beihilfe ist nun – mit Ausnahme der von der Krise besonders betroffenen Unternehmen – um 15% geringer ist als zuvor.

Es liegen derzeit zur Kurzarbeit keine detaillierten Statistiken, sondern nur Pressemitteilungen und Medienberichte vor. Demnach gibt es die meisten Kurzarbeitenden im Verkehrs- und Lagereisektor, insbesondere im Flugverkehr, sowie weiters in der Industrie und in der Gastronomie.

Arbeitszeitinformationen aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung liegen seit kurzem für das 2. Quartal 2021 vor. In diesem Zeitraum lagen die gesamten geleisteten Arbeitsstunden um 3,3% unter dem Niveau des 4. Quartals 2019.

Plan Teilnehmer in der Kurzarbeit



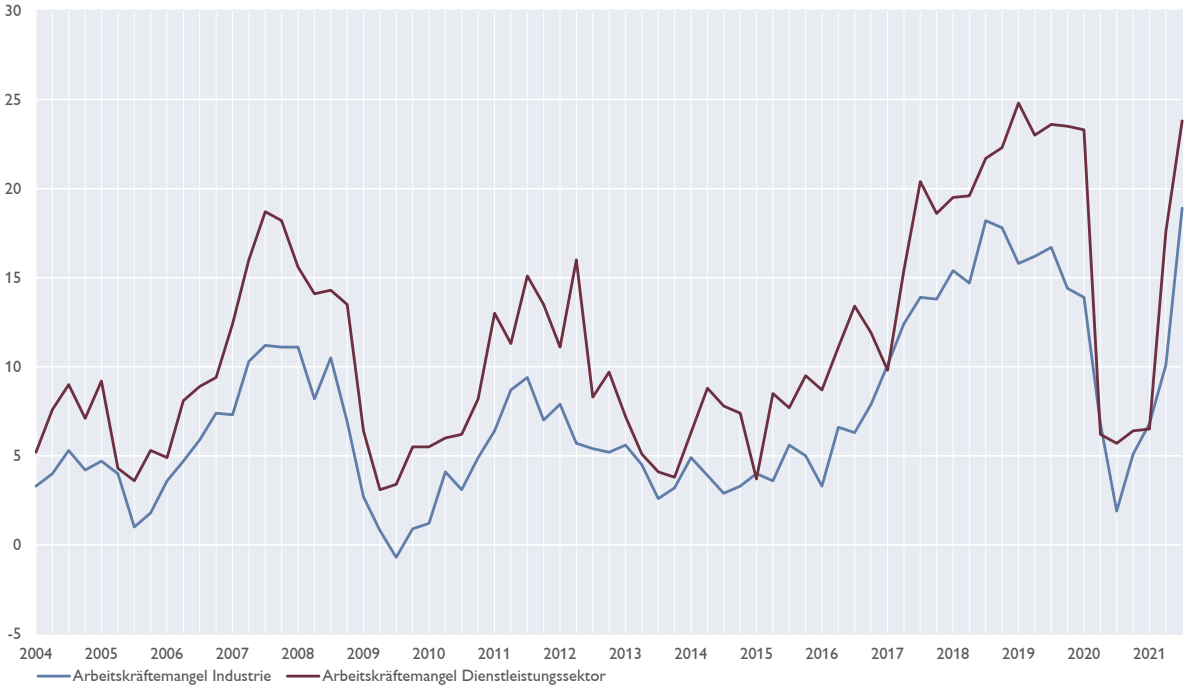
Quelle: Bundesministerium für Arbeit.

Arbeitskräftemangel und Mismatch

Die rasche Konjunkturerholung hat vielfach zu einem Mangel an Arbeitskräften geführt. Dies ist zum einen an einem Subindex des Economic Sentiment Indicators (ESI) der EU-Kommission ersichtlich. Dieser auf Unternehmensbefragungen basierte Index ist in den letzten beiden Quartalen sowohl in der Industrie als auch bei den Dienstleistungen stark angestiegen und erreicht wieder ähnlich hohe Werte wie in der Hochkonjunkturphase 2018/2019.

Arbeitskräftemangel in Österreich laut Economic Sentiment Indicator

Index



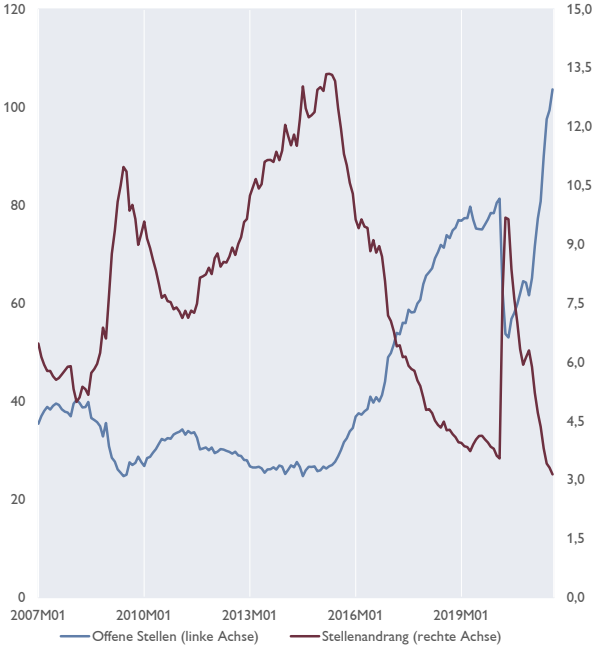
Quelle: Eurostat. Saisonal bereinigte Werte. Statistischer Ausreißer des Dienstleistungsindex in 2014Q1 linear interpoliert.

Der relative Mangel an Arbeitskräften ist auch an der Statistik zu den offenen Stellen des Arbeitsmarktservice (AMS) ersichtlich. Diese erreichte Ende August mit (saisonbereinigt) 104.000 Stellen einen neuen Rekordwert. Gleichzeitig ist laut AMS-Daten der Stellenandrang (Arbeitslose je offene Stelle) stark gesunken. Zuletzt betrug dieser lediglich 3,1 Arbeitslose je offene Stelle, was noch niedriger ist als vor der Krise.

Offene Stellen und Arbeitslosigkeit

Offene Stellen und Stellenandrang

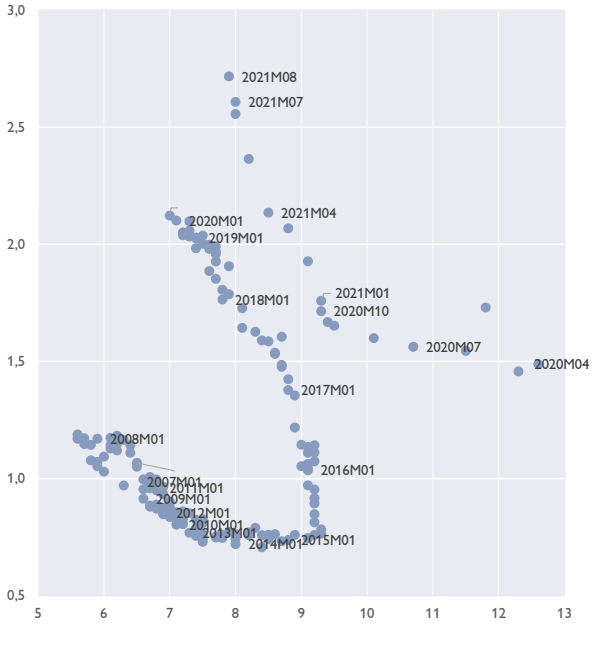
Offene Stellen (in 1.000) *Stellenandrang (Arbeitslose / offene Stellen)*



Quelle: AMS. Saisonbereinigte Daten.

Beveridge-Kurve

Rate der offenen Stellen



Quelle: AMS. Saisonbereinigte Daten.

Grundsätzlich sind vermehrter Arbeitskräftemangel und ein niedriger Stellenandrang typische Phänomene in einer Konjunkturerholung. Die jüngsten Daten spiegeln demnach die rasche Erholung der heimischen Wirtschaft in den letzten Monaten wider. Problematisch ist es jedoch, wenn der Arbeitskräftemangel mit einer hohen Unterbeschäftigung einhergeht. So war zuletzt etwa der Stellenandrang in den folgenden Branchen sehr niedrig (was einen Hinweis auf besonders ausgeprägten Arbeitskräftemangel darstellt): In der Industrie (2,0), in der Bauwirtschaft (1,7), im Gast- und Beherbergungsgewerbe (2,0) und in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (1,8). Das sind jedoch alles Branchen, in denen gleichzeitig (siehe oben) die Arbeitslosigkeit und / oder die Kurzarbeitszahlen erhöht sind – ein deutliches Indiz für einen gestiegenen „Mismatch" am österreichischen Arbeitsmarkt, d.h. ein Auseinanderklaffen zwischen Arbeitslosen bzw. Unterbeschäftigten und offenen Stellen.

Ein weiteres Indiz für den gestiegenen Mismatch am österreichischen Arbeitsmarkt ist die Verschiebung der Beveridge-Kurve im Laufe der Zeit. Diese Kurve, die eine negative Beziehung zwischen der Quote der offenen Stellen und der Arbeitslosenquote darstellt, hat sich bereits in den Jahren nach 2014 nach rechts außen verschoben, d.h. eine bestimmte Anzahl von offenen Stellen ging mit einer höheren Arbeitslosenquote einher. Wie in der Grafik oben ersichtlich, scheint sich die Beveridge-Kurve seit der Covid-19-Krise weiter nach außen verschoben zu haben.

Inflationsentwicklung in den USA und im Euroraum im Vergleich[10]

Im ersten Halbjahr 2021 ist die Inflation in den USA deutlich von 1,3% im Dezember 2020 auf 5,3% im Juli gestiegen; im Euroraum fiel der Anstieg nicht so stark aus: Die Inflationsrate erhöhte sich im selben Zeitraum von −0,3% auf 2,2% und betrug im August 3,0%. Wirtschaftliche Erholung, steigende Rohstoffpreise, Engpässe in den globalen Lieferketten und teilweise großzügige fiskal- und geldpolitische Impulse haben eine öffentliche Diskussion darüber entfacht, ob die Phase niedriger Inflation des letzten Jahrzehnts möglicherweise nun zu Ende gehe.

Ein genauer Blick auf die Daten jedoch zeigt, dass der Inflationsanstieg Großteils auf Basiseffekte, volatile Energiepreise sowie Pandemie-bedingte Preisanstiege einer kleinen Zahl von Gütern zurückgeführt werden kann. Diesen Faktoren ist gemeinsam, dass sie nur vorübergehend wirken und keinen nachhaltigen Anstieg der Inflation verursachen.

Ein nachhaltiger Anstieg der Inflation würde einen deutlichen Anstieg der Arbeitskosten sowie einen Anstieg der Inflationserwartungen voraussetzen. Allerdings weisen die Arbeitsmarktlage und die Entwicklung der Stundenlöhne sowohl für die USA als auch für den Euroraum auf einen moderaten Lohndruck hin. Auch die mittelfristigen Inflationserwartungen der professionellen Prognostiker und der Finanzmärkte zeigen keinerlei Anzeichen einer Entankerung der Inflationserwartungen.

Die Entwicklungen in den USA und im Euroraum sind konsistent mit einer Rückkehr der Inflationsrate zum Zielwert der beiden Notenbanken in der mittleren Frist. Gänzlich ausgeschlossen werden kann ein nachhaltiger Inflationsanstieg trotzdem nicht. Risiken bestehen kurzfristig im Zusammenhang mit einer Intensivierung der Angebots- und Lieferengpässe und mittel- bis langfristig im Zusammenhang mit dem pandemiebedingten Strukturwandel, der Dekarbonisierung der Wirtschaft und den Auswirkungen der Klimawandels, die möglicherweise preistreibend wirken.

Der Inflationsentwicklung liegen unterschiedliche Faktoren zu Grunde, deren Zusammenspiel die kurzfristige und langfristige Inflationsentwicklung beeinflussen. Eine sinnvolle Gegenüberstellung der Inflationsentwicklung der zwei Wirtschafträume USA und Euroraum erfordert eine Unterscheidung in binnenwirtschaftliche und außenwirtschaftliche Faktoren – weisen die USA und der Euroraum doch deutliche Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur und in der Art und Weise der globalen Verflechtung, in der Wettbewerbssituation am Konsumgütermarkt und in der Arbeitsmarktregulierung (insbesondere Lohnverhandlungssysteme) auf.[11]

Im ersten Teil werden wir auf jene globalen Faktoren eingehen, welche die aktuelle Inflationsentwicklung in beiden Wirtschaftsräumen in ähnlicher Weise beeinflussen. Im zweiten Teil werden die beiden Wirtschaftsräume getrennt betrachtet, wobei der Fokus auf die binnenwirtschaftlichen Faktoren gerichtet sein wird.

Lockdowns führten zu Rohstoffhausse und temporären Unterbrechungen der internationalen Lieferketten für bestimmte Güter

Nach dem massiven Einbruch im April 2020, ausgelöst durch den ersten Lockdown, sind die Rohstoffpreise stetig und teilweise deutlich über das Vorkrisenniveau gestiegen. Zwischen

[10] Paul Ramskogler und Thomas Scheiber (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklung im Ausland).

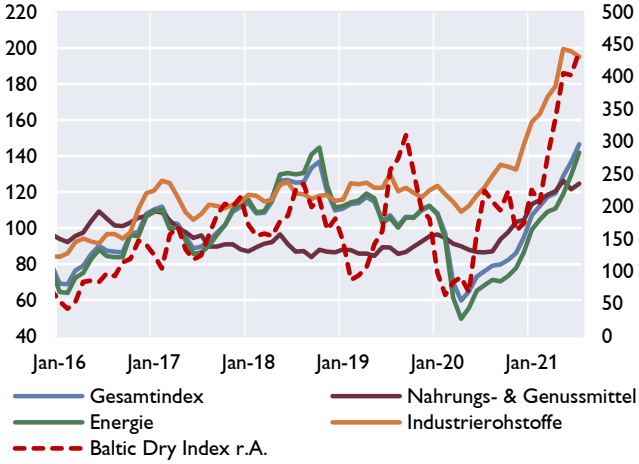
[11] Neben strukturellen Unterschieden, die die Inflationsentwicklung prägen, sei auch auf Unterschiede in der Inflationsmessung hingewiesen, welche die Vergleichbarkeit des US CPI und des Euroraum HVPI einschränken.

Dezember 2019 und Juli 2021 betrug deren Anstieg laut HWWI durchschnittlich 32%, wobei die volatilen Energieträger sich um 28% und die Nahrungsmittel um 31% verteuerten. Die Preise für Industrierohstoffe kletterten um 70% auf ein 10-Jahres-Hoch.

Für den Preisanstieg der Industrierohstoffe war eine einmalige Kombination von angebots- und nachfrageseitigen Faktoren verantwortlich. So kam es weltweit zu pandemiebedingten Produktionsunterbrechungen in einigen Minen, sowie zur Schließung von Aluminium- und Zinnhütten in China auf Grund dürrebedingter Ausfälle von Wasserkraftwerken. Ein pandemiebedingter Boom von Unterhaltungselektronik, Neubauten und Renovierungen (insbesondere in den USA) sowie die beschleunigte Digitalisierung waren nachfragseitige Impulse. Besonders ausgeprägt war die Preisentwicklung an den Märkten für Rohöl, Erdgas und Kohle, welche zusätzlich durch geopolitische Konflikte und durch die Politik der Organisation Erdölexportierender Staaten (OPEC) beeinflusst wurde.

Weltmarktpreise für Rohstoffe

HWWI-Index 2015=100, EUR-Basis *Baltic Dry Index 2015=100*



Quelle: HWWI.

Zwischen Mai und Juli (letzter Wert der Graphik) sind die Preise einiger Rohstoffe wieder gefallen (z.B. Holz, Getreide und im August auch Rohöl). Dies deutet darauf hin, dass sich die Versorgungsengpässe allmählich auflösen. Der durch die Digitalisierung und die angestrebte Dekarbonisierung der Wirtschaft eingeleitete Strukturwandel hat zwar durch die Corona-Pandemie eine Beschleunigung erfahren, treibt aber derzeit hauptsächlich die Nachfrage nach einem kleinen Teil der Industriemetalle wie z.B. Kupfer, Kobalt, Nickel und seltene Erden (z.B. für Akkus von Elektroautos), wodurch die Preise in diesen Bereichen steigen.

Die Serie an Lockdowns hat aber auch zu Verwerfungen in den globalen Lieferketten geführt. Covid-19 bedingte Schließungen der größten Containerhäfen der Welt – beispielsweise Shenzhen im Mai 2021 und Shanghai im August 2021 – verursachen derzeit signifikante Verspätungen und lassen die Frachtkosten (z.B. Baltic Dry Index) auf Rekordniveau ansteigen. Der Anstieg der Frachtkosten verschärft die bestehenden Probleme wie die weltweite Knappheit von Halbleitern und steigende Rohstoffpreise. Die fehlenden Frachtkapazitäten auf den Schifffahrtsrouten von China/Ostasien nach Europa und Nordamerika führen dazu, dass hochwertige Güter priorisiert werden und der Transport von Massengütern (Rohstoffe, Halbfertigprodukte) und billigen Konsumgütern (Spielzeug, Textilien) verschoben wird. Die Lieferengpässe schlagen sich bereits in den makroökonomischen Daten nieder. So verlangsamte sich die Industrieproduktion im Euroraum im Sommer 2021 merklich, während das Wachstum der chinesischen Exporte von 32% gegenüber dem Vorjahresmonat im Juni auf 9% im Juli zurück ging.

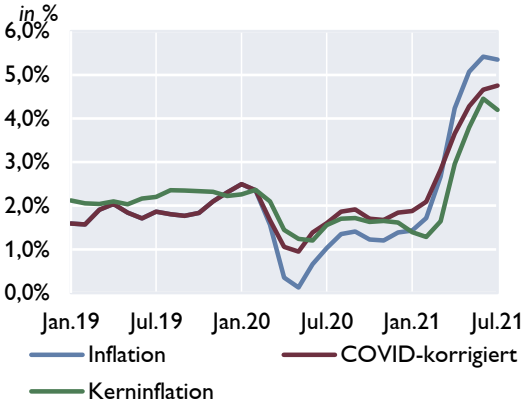
Kurz- und mittelfristiger Inflationsdruck in den USA

Die beginnende wirtschaftliche Erholung in den USA brachte einen Anstieg der Inflationsrate, wie er seit den 1980iger Jahren nicht mehr registriert wurde. So stieg die CPE-Inflationsrate in den USA im April sprunghaft an und betrug seit Mai durchgängig über 5%. Wenig überraschend also, dass die Inflationsentwicklung zu einem zentralen Thema der Finanzberichterstattung wurde. Der Umstand, dass die jüngsten pandemiebedingten Preissteigerungsraten auch mit einer

der sehr seltenen geldpolitischen Neuausrichtungen der FED zusammenfielen, erhöhte dabei die öffentliche Aufmerksamkeit.

Tatsächlich hat die Pandemie zu einer wirtschaftlichen Ausnahmesituation geführt, die in der jüngeren wirtschaftshistorischen Vergangenheit vergeblich nach Vergleichen sucht. Bedingt durch Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie (Lockdowns, Home Office) war es zu einem massiven Zusammenbruch der Nachfrage nach einzelnen Produkten, wie Fahrzeugen, Reisen, Gastronomiedienstleistungen etc., gekommen. Gleichzeig stieg die Nachfrage nach anderen Gütern wie elektronischen Geräten, Heimtrainern u.ä. stark an. Der Warenkorb auf dessen Basis die Inflation berechnet wird, verlor dadurch an Repräsentativität. Durch diese sinkende Repräsentativität kam es 2020 zu einer starken Unterschätzung der Inflationsrate, da Produkte mit sinkenden Preisen über- und Produkte mit steigenden Preisen unterrepräsentiert waren. Im laufenden Jahr, 2021, tritt jetzt der gegenteilige Effekt ein. Ein Vergleich der beobachteten mit einer „korrigierten" Inflationsrate[12] deutet auf eine Überschätzung der Inflationsentwicklung allein durch diesen Faktor seit Mai um durchschnittlich 0,7 Pp. hin.

Inflation vs. Covid-korrigierte

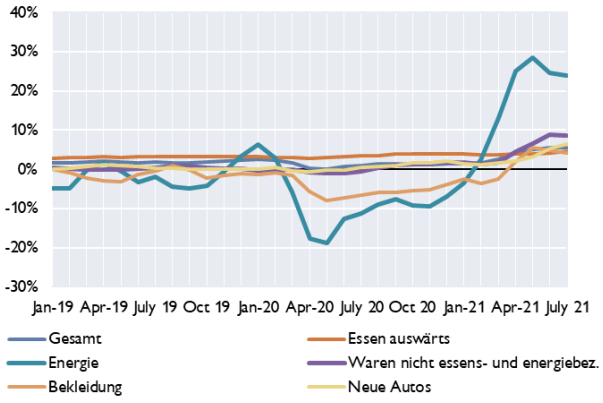


Quelle: Bureau of Labor Statistics und Alberto Cavallo.

Darüber hinaus hatten die erwähnten Entwicklungen dramatische Basiseffekte zur Folge. Nachdem im Jahr 2020 manche Preiskategorien (wie beispielsweise Rohöl) nie gesehene Tiefststände erreicht hatten, stiegen Preise derselben Güter im Jahr 2021 in einem unerwartet schnellen Tempo an. Der Umstand, dass die Messung der Inflationsentwicklung im Vergleich zum Vorjahr erfolgt, führt dadurch nun zu Verzerrungen, die die Inflationsentwicklung größer erscheinen lassen als sie ist.

Schnell wachsende Komponenten der US-Inflation

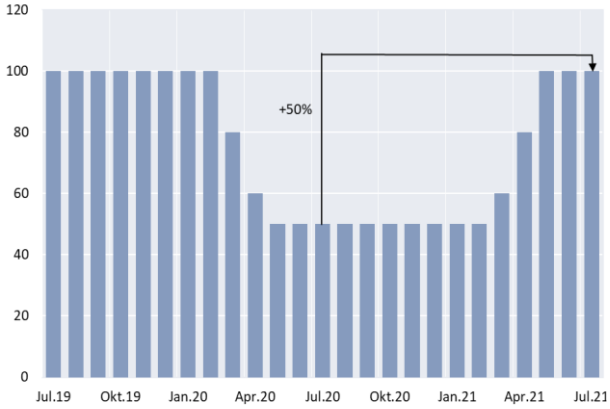
Wachstum in % ggü. VJP



Quelle: US Bureau of Labor Statistics.

Illustrative Wirkung eines Basiseffekts

in Indexpunkten



Die Frage, ob sich dies auch in einem bleibenden Preisdruck niederschlagen wird, hängt aber zentral von den Entwicklungen am Arbeitsmarkt ab. Hier ist es noch zu früh, um ein Urteil zu

[12] Alberto Carvallo (2020) von der Harvard Business School versucht anhand von Zahlungsverkehrsdaten korrigierte Warenkörbe zu berechnen.

fällen, wobei zum jetzigen Zeitpunkt in den USA noch unausgeschöpfte Arbeitskräfteressourcen vorhanden sind.

Temporäre Faktoren erklären Großteil des Inflationsanstiegs im Euroraum

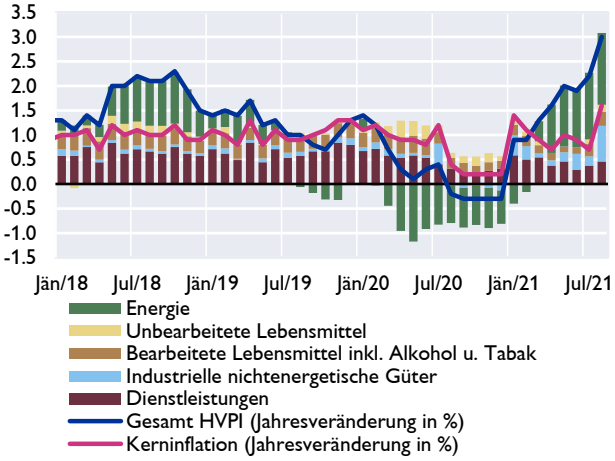
Seit dem Jahresanfang steigt die jährliche HVPI-Inflationsrate für den Euroraum kontinuierlich an und betrug im August 3,0%. Im Dezember 2020 hatte die Inflationsrate noch –0,3% betragen. Die Kerninflationsrate (ohne die volatilen Komponenten Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak) verharrte nach einem vorübergehenden Anstieg im Jänner und Februar 2021 unter 1% und stieg im August auf 1,6%.

Dem Anstieg der Gesamtinflationsrate liegen unter anderem vier temporäre Faktoren zu Grunde: (1) ein positiver Basiseffekt der Energiekomponente, (2) die Rücknahme der vorübergehenden Mehrwertsteuersenkung in Deutschland zum Jahreswechsel, (3) eine starke Anpassung der HVPI-Gewichte, da sich im Lockdown das Konsumverhalten deutlich verändert hatte, und (4) Kalendereffekte, da es neben der üblichen Verschiebung der Feiertage zu lockdown-bedingten Verschiebungen der Schlussverkäufe kam.[13] So waren etwa zwei Drittel des Inflationsanstiegs der nicht-energetischen Industriegüter im Mai und Juni auf höhere Preise von Bekleidung und Schuhen zurückzuführen.

Abgesehen von den Kalendereffekten hat sich der Preisdruck bei den nicht-energetischen Industriegütern in den letzten Monaten vor allem auf den vorgelagerten Stufen der Produktionskette weiter erhöht. Wie im ersten Teil dargestellt wurde dieser Kostendruck auf die Vorleistungsgüter durch die sprunghaft steigenden Rohstoffpreise und Frachtkosten sowie ein unzureichendes Angebot an bestimmten Rohstoffen und Zwischenprodukten verursacht. Die Änderungsrate der Erzeugerpreise für Vorleistungsgüter stieg im ersten Halbjahr rasant und betrug im Juni 10,9% (vgl. –1,1% im Dezember 2020). Auch die Einfuhrpreise für Vorleistungsgüter erhöhten sich mit 9,8 % im Mai beträchtlich.

Euroraum: HVPI-Inflationsrate und Komponenten

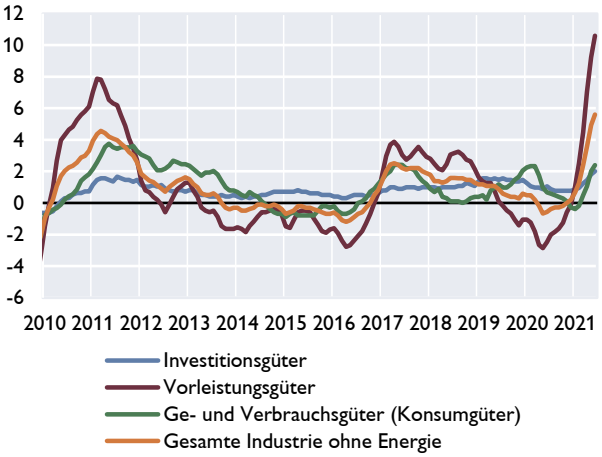
Inflationsbeiträge der Komponenten in Prozentpunkten *Letzter Wert: August 2021*



Quelle: Eurostat.

Erzeugerpreisentwicklung

Veränderung zum Vorjahresmonat in % *letzter Wert: Juni 2021*



Quelle: Eurostat.

Auf den nachgelagerten Stufen der Produktion macht sich dieser Druck zwar weniger stark bemerkbar, nichtsdestotrotz überstieg die Teuerung der inländischen Erzeugerpreise für Konsumgüter ohne Nahrungsmittel ihren langfristigen Durchschnittswert von 0,6 % im Juni um

[13] Für Details siehe Ausgabe 5/2021 des Wirtschaftsberichts der Europäischen Zentralbank (S. 23ff). Ein fünfter Faktor sind Verzerrungen auf Grund der Schätzung lockdown-bedingt nicht-erhebbarer Preise. Der Anteil imputierter Preise des HVPI betrug im Juni nur mehr 4% verglichen mit 13% im Jänner (EZB 2021, Fußnote 4).

mehr als das Doppelte. In den kommenden Monaten ist daher mit einem gewissen Aufwärtsdruck auf die HVPI-Komponente der nicht-energetischen Industriegüter zu rechnen. Allerdings dauert es in der Regel mehr als ein Jahr, bis dieser Druck sich in den Konsumentenpreisen niederschlägt. Die Gründe für die verzögerte Weitergabe sind vielfältig. Neben dem eigentlichen Produktionsprozess spielen langfristige Verträge und Absicherungsgeschäfte eine Rolle (EZB 2021, Kasten 7). Außerdem erfolgt die Weitergabe nicht automatisch, sondern variiert im Zeitverlauf je nach Vorratshaltung, Kapazitätsauslastung und Wettbewerbssituation auf der jeweiligen Produktionsstufe. So kommt am Ende nicht jede Steigerung der Vorleistungskosten tatsächlich beim Endverbraucher an. Allerdings könnten die besonderen Umstände der Corona-Pandemie, wie stark gedrückte Gewinnmargen in einigen Branchen oder nachgeholter Konsum, dazu führen, dass die Kostensteigerungen stärker als sonst auf die Verbraucherpreise durchschlagen (EZB 2021, Kasten 7).

Trotzdem wird der etwas höhere Preisdruck der nicht-energetischen Industriegüter zu keinem allzu deutlichen Anstieg der HVPI-Inflationsrate führen, da ihr Gewicht im HVPI-Gesamtindex nur rund 27% ausmacht (bzw. 40% der Kerninflationsrate). Die Dynamik der zugrundeliegenden Inflation wird weiterhin vor allem von der Entwicklung der Dienstleistungspreise abhängen, welche hauptsächlich von den Lohnkosten bestimmt werden.

Fazit für den Euroraum: Die Kerninflationsrate wird im laufenden Jahr wegen temporärer Angebotsengpässe und der sich erholenden Binnennachfrage etwas ansteigen. Insgesamt dürfte der Preisdruck jedoch moderat bleiben, was unter anderem auf den niedrigen Lohndruck in Folge der hohen Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung und auf die zurückliegende Euro-Aufwertung zurückzuführen ist (EZB 2021). Die Prognose der EZB erwartet bereits für den Jahresbeginn 2022 einen Inflationsrückgang, da der Effekt der temporären Faktoren schwinden wird.

Nachhaltiger Inflationsanstieg ohne breite Lohnzuwächse nach wie vor wenig wahrscheinlich

Entgegen der aufflammenden Diskussion über einen steigenden Inflationsdruck kann festgehalten werden, dass der Inflationsanstieg Großteils auf Basiseffekte, volatile Energiepreise sowie pandemiebedingte Preisanstiege einer kleinen Zahl von Gütern zurückgeführt werden kann.[14] Lokale Angebotsengpässe haben sich in der Vergangenheit immer rasch aufgelöst, erste Anzeichen sind dafür bereits sichtbar. Rohstoffpreise sind in den letzten zwanzig Jahren schon häufiger stark angestiegen, ohne eine Hochpreisinflationsphase auszulösen. Diesen Faktoren ist gemeinsam, dass sie nur vorübergehend wirken und keinen nachhaltigen Anstieg der Inflation verursachen. Die Entwicklungen in den USA und im Euroraum stellen vielmehr eine Art Normalisierung der Inflationsentwicklung dar und sind konsistent mit einer Rückkehr der Inflationsrate zum Zielwert der beiden Notenbanken in der mittleren Frist. Außerdem stellt sich dies in den USA anders dar als im Euroraum. So treiben einzelne Güter aufgrund nationaler Sonderfaktoren die Preise in den USA stärker als in Europa. So hat der höhere Anteil fixer Steuern auf Treibstoffe im Euroraum einen glättenden Effekt auf die Preisentwicklung derselben, mit dem Ergebnis geringerer Rückgänge im letzten Jahr und damit relativ schwächer ausfallender Basiseffekt in diesem Jahr. Dazu kommt, dass aufgrund der traditionell stark verankerten europäischen Automobilindustrie ein vergleichsweise großer Teil der automobilspezifischen

[14] Darunter fallen beispielsweise Kraftfahrzeuge, die auf Grund von Halbleitermangel nicht ausreichend produziert werden können, oder Fahrräder deren Preise der allgemeine Rohstoffmangel vor dem Hintergrund steigender Nachfrage treibt. Daneben schlagen beispielsweise auch starke Preisfluktuationen im Bereich der Freizeit- und Tourismusindustrie (etwa die Preise von Flugtickets, Restaurantessen u. ä. stark zu Buche.

Halbleiterproduktion in Europa verblieben ist, was die Engpässe in diesem Bereich im Vergleich zu den USA etwas abschwächt (siehe z.B. Office for National Statistics 2021). Des Weiteren sind die nachfrageseitigen Auswirkungen des US-amerikanischen Fiskalprogramms zu erwähnen, das vergleichbare Maßnahmen in Europa deutlich übertrifft.

Ein nachhaltiger Anstieg der Inflation würde einen deutlichen Anstieg der Arbeitskosten sowie einen Anstieg der Inflationserwartungen erfordern. Allerdings weisen die Arbeitsmarktlage und die Entwicklung der Stundenlöhne sowohl für die USA als auch für den Euroraum auf einen moderaten Lohndruck hin.[15] Auch die mittelfristigen Inflationserwartungen der professionellen Prognostiker und der Finanzmärkte zeigen keinerlei Anzeichen einer Entankerung der Inflationserwartungen.[16]

Gänzlich ausgeschlossen werden kann ein nachhaltiger Inflationsanstieg trotzdem nicht. Sollten sich die Angebots- und Lieferengpässe weiter intensivieren, wird der gestiegene Preisdruck in der Produktion auch an die Konsumenten weitergereicht werden. Pandemiebedingter Strukturwandel, Dekarbonisierung der Wirtschaft, disruptive Auswirkungen des Klimawandels und möglicherweise zunehmende soziale Spannungen, könnten zu höheren Produktions- und Lohnkosten oder höheren Fiskaldefiziten führen und folglich den Druck auf die Inflationsrate erhöhen.

Referenzen

Budianto, F., Lombardo, G., Mojon, B., Rees, D. 2021. Global reflation? BIS Bulletin 43, July 2021.

Cavallo, A. 2020. Inflation with COVID Consumption Baskets, NBER Working Paper Nr. 27352

EZB. 2021. Wirtschaftsbericht 2021(5).

Office for National Statistics, 2021. International comparisons of consumer prices: August 2021- International comparison of recent trends in consumer price inflation, focusing on the UK, the United States and the euro area.

Voinea, L., Loungani, P. 2021. Predicting inflation using cumulative wage gaps, VoxEU, 16 August. CEPR Policy Portal. https://voxeu.org/article/predicting-inflation-using-cumulative-wage-gaps

[15] Festgehalten werden sollte, dass es im Bereich der Stundenlohnentwicklung zu starken Kompositionseffekten gekommen ist. Vor allem Niedriglohnverdiener verloren im Verlauf des Jahres 2020 ihre Jobs, wodurch es in den USA zwischenzeitlich zu einem massiven Anstieg der Stundenlöhne gekommen ist. Diese Entwicklung kehrt sich nun um, dämpft das beobachtete Lohnwachstum und könnte dadurch starke Lohnanstiege verschleiern. Allerdings weisen um den Kompositionseffekt bereinigte Maßzahlen, wie z.B. der Lohntracker der FED Atlanta noch nicht auf eine stärkeres Lohnwachstum hin.

[16] Für eine detaillierte Analyse siehe Budianto et al. (2021). Voinea und Loungani (2021) zeigen für die letzten dreißig Jahre, dass die Inflation in den OECD-Ländern nach einer Krisensituation erst dann nachhaltig zu steigen beginnt, wenn die realen Löhne, welche Krisenbedingt gefallen sind, das Vorkrisenniveau übertreffen. Mit dem Auslaufen der temporären Faktoren, wie bspw. den Unterstützungen am Arbeitsmarkt oder den globalen Angebotsengpässen dürfte dieser Wirkungszusammenhang wieder an Bedeutung gewinnen. Laut Autoren ist die kumulative Lohnlücke in den meisten Euroraumländer, nach wie vor negativ, was ein mittelfristiges Abschwächen des Inflationsdrucks impliziert.

Bisherige und zukünftige Arbeiten der EZB zum digitalen Euro[17]

Ungefähr 80 Zentralbanken befassen sich momentan weltweit mit der Frage, ob sie den Bürgerinnen und Bürger ihrer Währungsräume ihr Geld in digitaler Form zur Verfügung stellen sollen. Im Rahmen dieser Diskussion nahmen sich auch die EZB und das Eurosystem in den letzten eineinhalb Jahren dieser Frage an. Das Resultat dieser Diskussion waren zwei umfassende Berichte und eine öffentliche Konsultation zur Frage eines zukünftigen digitalen Euros. Im Juli dieses Jahres beschloss der EZB-Rat, dass das Eurosystem sich in einem kooperativen Projekt mit den Details und offenen Fragen einer solchen neuen Form des digitalen Geldes befasst. Projektziel ist die Erarbeitung einer soliden Entscheidungsgrundlage, die eine fundierte und seriöse Beurteilung ermöglicht, ob ein digitaler Euro entwickelt werden soll oder nicht.

Die internationale Diskussion um digitales Zentralbankgeld

Die weltweite Diskussion über die Vor- und Nachteile einer digitalen Zentralbankwährung begann vor etwa fünf Jahren. Die Diskussion wurde zunächst hauptsächlich in Expertenkreisen in Zentralbanken geführt, wurde aber sehr bald auch in einer breiteren Medienöffentlichkeit aufgegriffen. Die Kernfrage, um die es in dieser Diskussion geht ist, ob es gute Gründe dafür gibt, dass die Zentralbank angesichts der rasch voranschreitenden Digitalisierung der Wirtschaft und des Finanzwesens zusätzlich zu Bargeld auch eine digitale Form von Zentralbankgeld für Endkunden zur Verfügung stellen soll.

Ein zukünftiger digitaler Euro: Warum und Wozu?

Die Notwendigkeit einer solchen Diskussion mag auf den ersten Blick wenig einleuchtend klingen, denn digitales Bezahlen gehört schon seit langem für die Mehrzahl der Menschen zum Alltag und erfreut sich zunehmender Beliebtheit.

Um die Diskussion besser zu verstehen muss man einen Blick „hinter“ den Bezahlvorgang werfen und sich vor Augen führen, dass 1 Euro sowohl im baren als auch im unbaren, Zahlungsverkehr ein Euro ist, aber jeweils verschiedene Institutionen den Wert garantieren. Bei 1 Euro Bargeld garantiert die Zentralbank, in diesem Fall die EZB, den Wert bzw. die stabile Kaufkraft. Die Nutzer sind für die Aufbewahrung und den Bezahlvorgang verantwortlich. Für einen Euro am Bankkonto steht eine Geschäftsbank gerade, indem sie eine jederzeitige Behebbarkeit in Bargeld garantiert und im Kundenauftrag Aufbewahrungs- und Bezahlvorgänge übernimmt. In diesem Fall verbleibt für den Endkunden ein gewisses Kreditrisiko, da die Bank ihre Versprechen nur dann erfüllen kann, wenn sie solvent ist. Um diese Solvenz jederzeit zu sichern, unterliegen Geschäftsbanken einem strengen aufsichtsrechtlichen und regulatorischem Regime und können sich bei Liquiditätsengpässen bei der Zentralbank jederzeit refinanzieren. Die Endkunden selbst sind durch eine allgemeine Einlagenversicherung zusätzlich abgesichert.

Für einen digitalen Euro würde die Zentralbank hingegen den Wert garantieren. Die Nutzer selbst oder geeignete Dienstleister, zum Beispiel Kommerzbanken oder andere Zahlungsdienstleister, übernehmen Bezahl- und Aufbewahrungsvorgänge im Kundenauftrag.

---

[17] Autoren: Martin Summer (Abteilung für volkswirtschaftliche Studien), Beat Weber (Abteilung für EU- und internationale Angelegenheiten)

Die EZB setzte sich 2020 in einem von einer Arbeitsgruppe des Eurosystems gemeinsam erarbeiteten Bericht[18] intensiv mit der Frage auseinander, ob sie ein solches Zahlungszusatzangebot in Form eines digitalen Euros entwickeln sollte.

Dieser Bericht näherte sich der Antwort auf diese Frage in Form von Zukunftsszenarien. Ein zukünftiges Szenario, in dem die EZB eine gewisse Notwendigkeit sieht, ein solches Angebot bereitstellen zu müssen ist der anhaltende Trend bei der rückläufigen Nachfrage nach Bargeld, der in allen Ländern der Eurozone besteht aber unterschiedlich stark ausgeprägt ist. In einer zukünftigen Welt, in der vorwiegend digital bezahlt würde, wären Konsumenten und Unternehmen im Zahlungsverkehr ausschließlich von privaten Anbietern abhängig und Konsumenten und Konsumentinnen hätten keinen oder einen stark erschwerten Zugang zu Zentralbankgeld.

Warum könnte das zu einem gesellschaftlichen Problem werden? Wir wissen aus unserer eigenen Erfahrung, dass ein Zahlungsmittel dann besonders attraktiv ist, wenn es viele andere nutzen und es daher problemlos überall verwendet werden kann. Je größer der Nutzerkreis, desto bequemer die Verwendung. Ökonomen nennen das einen „Netzwerkeffekt". Dieser Netzwerkeffekt führt dazu, dass im Zahlungsmarkt wenige Anbieter dominieren, die dann oft erhebliche Marktmacht besitzen. Gäbe es das Angebot auch in Zentralbankgeld digital zu bezahlen, könnte diese Art von Marktmacht begrenzt werden.

Besteht eine dominante Stellung von privaten Firmen im Zahlungsmarkt und diese Firmen haben ihren Hauptsitz gleichzeitig auch noch außerhalb der Eurozone und unterliegen nicht den europäischen regulatorischen Standards, verbindet sich ein Marktmachtproblem zusätzlich mit einem Problem der Souveränität und der unabhängigen Handlungsfähigkeit der Eurozone. Das wäre etwa der Fall, wenn globale Tech-Konzerne (oder nichteuropäische Staaten) eigene Bezahlsysteme im Euroraum popularisieren, die neuartig an Euro angebundene Zahlungslösungen oder gar Zahlung in Fremdwährung anbieten, die sich den bestehenden Regeln und Sicherheitskontrollen für Überweisungen entziehen. Auch ein solches Szenario einer potenziellen Beschränkung der Kontrolle im Zahlungsverkehr sieht der Bericht der EZB als eines an, in der ein digitaler Euro von Vorteil wäre.

Zusätzlich zum Bericht führte das Eurosystem auch eine breite, europaweite Konsultation zum digitalen Euro[19] durch und befasste sich auch mit einigen technologischen Aspekten im Detail[20].

Chancen, Risiken und offene Fragen

Während ein digitaler Euro für eine zukünftige Welt, in der digitale Zahlungen noch stärker an Bedeutung gewinnen, durchaus von Vorteil sein kann, bestehen zum jetzigen Zeitpunkt zahlreiche offene Fragen, die einer Antwort und Analyse bedürfen.

Um diese offenen Fragen besser zu verstehen, ist es vielleicht hilfreich, sich vor Augen zu führen, dass es im aktuellen Finanzsystem Geld in unterschiedlichen Formen gibt, die gemeinsam in einer stabilen Struktur koexistieren, weil sie jeweils leicht unterschiedliche Eigenschaften

[18] EZB, 2020, Report on the digitale Euro, https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/other/Report_on_a_digital_euro~4d7268b458.en.pdf

[19] EZB, 2020, Report on the public consultation on a digital euro, https://www.ecb.europa.eu/paym/digital_euro/html/pubcon.en.html

[20] Digital euro experimentation scope and key learnings, https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/other/ecb.digitaleuroscopekeylearnings202107~564d89045e.en.pdf

haben. Bargeld hat die Eigenschaft, dass die Zentralbank seinen Wert garantiert, und es universal zugänglich ist. Banknoten sind aber nicht digital. Reserven der Geschäftsbanken bei der Zentralbank sind eine Form von Geld, dessen Wert durch die Notenbank garantiert wird und das auch digital ist. Es ist aber nicht für Konsumenten und Konsumentinnen verfügbar, weil sie kein Konto direkt bei der Notenbank haben können. Ein Konto bei einer Geschäftsbank ist zwar in der Eurozone für alle zugänglich und das Kontoguthaben kann digital aufbewahrt und überwiesen werden. Der Wert des Kontos ist allerdings durch die Geschäftsbank und nicht durch die Notenbank garantiert. So gesehen wäre digitales Zentralbankgeld Geld, dessen Wert durch die Notenbank garantiert wird, das digital ist und das allgemein verfügbar ist. Es ist also, jedenfalls auf dieser hohen Abstraktionsebene, mit allen bestehenden Geldformen in einem gewissen Konkurrenzverhältnis. Ob und in welchem Maß die Einführung eines digitalen Euros zu möglicherweise destabilisierenden Strukturveränderungen im bestehenden Geld- und Finanzsystem führen könnte, ist eine zentrale Frage, die in allen Details verstanden werden muss, bevor ein solches Projekt tatsächlich in Angriff genommen werden kann.

Selbstverständlich bestehen auch in technischen Details offene Fragen, die zu klären sind und auf die wir Antworten brauchen, um die Vor- und Nachteile eines digitalen Euros besser beurteilen zu können. So muss zum Beispiel geklärt werden, wie digitale Euros verteilt würden. Hätten wir dann alle ein Konto bei der EZB oder würden wir den digitalen Euro über die Geschäftsbank beziehen? Digitale Zahlungen hinterlassen Spuren, die unter Umständen sensible Informationen über einzelne Individuen enthüllen. Wie kann der Datenschutz bei einem digitalen Euro gewährleistet und gleichzeitig den gesetzlichen Anforderungen der Geldwäschebestimmungen Rechnung getragen werden? Wie können das Finanzsystem destabilisierende plötzliche Umschichtungen zwischen Bankguthaben und digitalen Euros in einem Krisenfall kontrolliert und ausbalanciert werden? Wie ist die internationale Nutzbarkeit zu regeln? All diese Fragen verlangen ebenfalls detaillierte und konkrete Antworten, um die Vor- und Nachteile eines digitalen Euros seriös beurteilen zu können.

Kooperative Erarbeitung einer Entscheidungsgrundlage durch das Eurosystem

Aus diesem Grund fasste der EZB-Rat am 14. Juli 2021 den Beschluss, dass die EZB gemeinsam mit den Notenbanken der Eurozone in einer gemeinsamen zweijährigen Projektuntersuchungsphase die weitgehende Klärung dieser offenen Fragen in Angriff nimmt. Die Erwartung ist, dass im Rahmen dieses Projekts die offenen Fragen zum digitalen Euro so weit geklärt werden können, dass das Eurosystem und die europäischen Institutionen die Vor- und Nachteile einer konkreten Umsetzung so weit und so klar abschätzen können, dass eine Projektumsetzungsphase starten kann. An deren Ende stünde der Entscheid über eine Einführung bzw. Nichteinführung eines digitalen Euros.

Der digitale Euro: Ein langfristiges Projekt

Der digitale Euro ist also ein langfristiges Projekt, mit dem das Eurosystem auf eine sich schnell wandelnde Zahlungsverkehrslandschaft reagiert und sich auf eine Zukunft vorbereitet, in der sie gefordert sein könnte, einen digitalen Euro als ein Zusatzangebot zu den bestehenden Zahlungsmitteln anzubieten. Die Oesterreichische Nationalbank und ihre Expertinnen und Experten arbeiten an diesem gemeinsamen Projekt mit und bringen ihre Expertise ein. Das gemeinsame Ziel ist es, auch in einer zunehmend digitalen Welt ein sicheres und universales Zahlungsmittel anbieten zu können, das als ein stabiler Wertanker für alle dient.

Kreditmoratorien in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Welche Haushalte haben sie beansprucht und wie vulnerabel sind diese Haushalte?[21]

Kreditmoratorien wurden während der COVID-19-Pandemie vielfach eingesetzt, um Liquiditätsprobleme für Privathaushalte und Unternehmen sowie vermehrte Zahlungsausfälle hintanzuhalten. Die nachfolgende Kurzfassung der Studie von Allinger und Beckmann (2021) zeigt aus originären OeNB-Euro-Survey-Daten gewonnene Erkenntnisse zur Nutzung von Kreditmoratorien durch Privathaushalte in zehn CESEE-Ländern. Die Umfragedaten zeigen, dass in Ländern, in denen Zahlungsmoratorien aktiv beantragt werden mussten (im Folgenden: „Opt-in-Länder"), im Durchschnitt 14 % der berechtigten Schuldner diese Option nutzten; in „Opt-out-Ländern", in denen Moratorien ohne Zutun der Schuldner angewendet wurden, lag der Anteil bei 55 %. Unsere Analyseergebnisse zeigen, dass in den Opt-in-Ländern die Nutzung von Moratorien stark von der individuellen finanziellen Betroffenheit durch die Pandemie abhängt. Der Grad der Verschuldung ist ebenfalls ein maßgeblicher Faktor, insbesondere in Opt-out-Ländern. Die Ergebnisse zeigen auch, dass Schuldner, die zum Zeitpunkt der Umfrage im Herbst 2020 die Nutzung eines Moratoriums bereits beendet hatten, nicht häufiger angaben, im Zahlungsverzug zu sein, als Schuldner, die nie ein Moratorium genutzt hatten. Diese Resultate lassen sich jedoch vermutlich nicht auf Kreditnehmer übertragen, welche im Herbst 2020 noch ein Moratorium nutzten. Für letztere zeigen unsere Analysen, dass sie von der Pandemie durchschnittlich stärker betroffen waren und eine höhere Verschuldung aufwiesen als Kreditnehmer, die ihre Rückzahlungen im Herbst 2020 wieder aufgenommen hatten.

Moratoria design varied across the CESEE-10 countries

One of the tools frequently employed to cushion economic fallout from the COVID-19 pandemic and related containment measures were loan repayment moratoria.[22] Repayment moratoria essentially served to alleviate pandemic-related liquidity shocks to households and businesses. In implementing the moratoria, the CESEE-10[23] countries covered in Allinger and Beckmann (2021) adopted a range of approaches, reflecting the varying impact of the pandemic in these countries, the policy mix chosen by governments and central banks, and the different structures of the national financial systems. Countries that provided for public moratoria[24] that required borrowers to opt in are Czechia, Romania, Albania and Bosnia and Herzegovina. Some countries chose private instead of public moratoria, which were largely based on initiatives by local banking associations (sometimes in collaboration with the central bank). Private, opt-in

[21] Autorinnen: Katharina Allinger, Elisabeth Beckmann (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland)

[22] Repayment moratoria were often linked to enforcement moratoria, i.e. the temporary suspension of a lender's right to enforce loan security. Please note that the observations in this study are limited to repayment moratoria.

[23] CESEE-EU: Bulgaria, Croatia, Czechia, Hungary, Poland, Romania; Western Balkans: Albania, Bosnia and Herzegovina, North Macedonia and Serbia.

[24] Following general custom, we use the term "public moratoria" to refer to legislative moratoria and the term "private moratoria" to refer to nonlegislative moratoria as provided by several institutions to a large predefined group of obligors regardless of their creditworthiness.

moratoria were implemented in Bulgaria, Croatia[25] and Poland. Three countries, Hungary, Serbia and North Macedonia[26], chose public opt-out moratoria, meaning that borrowers could opt out of automatically applied moratoria. Besides the differentiation of public/ private and opt-in/ opt-out there were many other differences in moratoria design across countries, which are beyond the scope of this note[27].

Data on the actual take-up of moratoria are quite scarce and difficult to compare. This is partly due to the legal complexity of the matter, with a number of countries applying different moratorium regimes sequentially or even in parallel. Beyond private or public moratoria, banks may moreover have bilaterally negotiated repayment deferrals with clients.

So far, very little details are (publicly) known regarding the characteristics of moratorium users and the effectiveness of moratoria in preventing short-term liquidity and medium-term solvency issues in CESEE. The Hungarian National Bank (2020, box 3) was, to our knowledge, the only CESEE-10 central bank to have published more detailed information on moratorium user characteristics by spring 2021.

From a broader perspective, the topic of moratoria is clearly related to the extensive research on debt relief programs for households. For CESEE, research on previous debt relief has, for instance, focused on foreign currency loans (see e.g. Fischer and Yesin, 2019). However, research analyzing debt relief in the form of loan moratoria during the COVID-19 pandemic is still extremely scarce. A notable exception are Cherry et al. (2021), who analyze debt relief measures in the US based on credit registry data. They find that in contrast to previous economic crises, loan default rates did not increase in 2020 along with unemployment and that debt distress was successfully reduced by debt relief measures. Also providing evidence for the US, Haughwout et al. (2020) find that borrowers who relied on debt forbearance had lower credit scores and approximately 30% higher outstanding debt balances than those who did not.

This note gives a short summary of the study of Allinger and Beckmann (2021), which analyzes moratoria usage by CESEE households. Our study is one of the first to fill an important gap in the literature on a highly policy-relevant topic. We present evidence on the use of moratoria by individuals in CESEE-10 collected in the 2020 wave of the OeNB Euro Survey[28], which was conducted from late September until early November. To our knowledge, our data are the only comparable cross-country evidence on the use of moratoria by individuals for such a large set of CESEE countries. The note first provides some descriptive evidence on the use of moratoria and then discusses the main results of study related to who used moratoria, differentiating between active and expired moratoria, and preliminary evidence on how moratoria affected loan defaults.

Use of moratoria higher in opt-out countries

According to data from the OeNB Euro Survey, on average, every fourth individual in CESEE-10 had one or more loans outstanding at the time of the interview in fall 2020, but the respective percentages differ considerably across countries (chart 1, left panel). Among loan holders, the take-up of moratoria was particularly low in Bosnia and Herzegovina (~6%) and Romania and Croatia (~9%) (chart 1, right panel). In the other opt-in countries, it was around 16% in Poland,

[25] Bulgaria had a public moratorium for a short period of time after the start of the pandemic, while Croatia had a public moratorium for loans from the Croatian development bank, HBOR.

[26] In North Macedonia the moratorium was only opt-out for households. In Serbia the moratorium was turned into an opt-in moratorium in December 2020, after the OeNB Euro Survey was conducted.

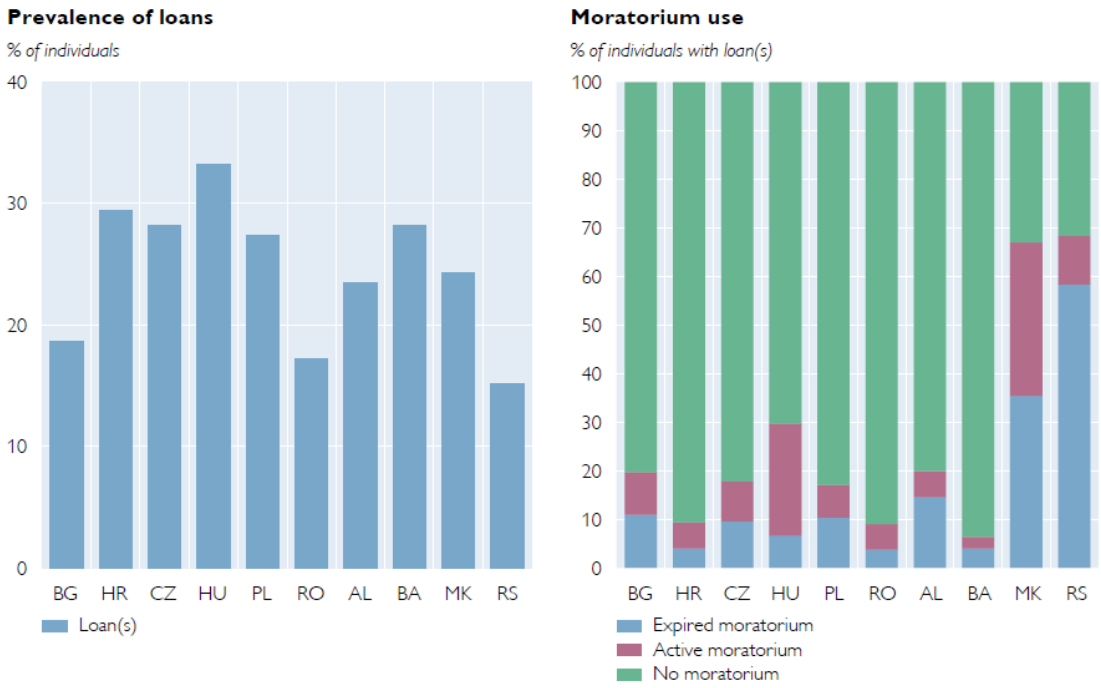
[27] For details see, for instance, section 1 in Allinger and Beckmann (2021).

[28] For information on the OeNB Euro Survey see https://www.oenb.at/en/Monetary-Policy/Surveys/OeNB-Euro-Survey.html

Bulgaria and Czechia and 19% in Albania. In the opt-out countries, the use of moratoria was highest in Serbia, reaching 68% of loan holders. The distribution between borrowers with active and expired moratoria was quite heterogeneous. The share of borrowers with active moratoria in fall 2020 was by far the highest in Hungary (~80% of users) and the lowest in Serbia (~15% of users) and Albania (~30% of users), the two countries where applications for moratoria were no longer accepted at the time of the interviews. In the other countries, the share of borrowers with active moratoria ranged between 42% in Poland and 57% in North Macedonia.[29]

Chart 1

Loan and moratorium take-up



Source: OeNB Euro Survey, fall 2020.
Note: Data are weighted.

Individuals with active moratoria more vulnerable than those with expired moratoria

With our econometric analysis we aim to answer three main questions: (1) Which individual characteristics have the highest significant correlation with the use of moratoria? We are particularly interested in finding out whether sociodemographic characteristics and preferences, loan features or the degree of affectedness by the pandemic have the highest impact and whether differences can be traced back to moratorium design. (2) Are borrowers who benefited from the moratorium during 2020 but had exited moratoria by fall different from those whose moratorium was still active in fall 2020? (3) How is moratorium use related to loan arrears and default? The combination of these questions is particularly interesting from a policy perspective. After all, we form our expectations regarding credit quality deteriorations over the next months partially from the evidence on whether moratorium users resumed repayment once their moratorium ended. If the characteristics of borrowers with active moratoria were to differ from those of borrowers with expired moratoria, then these extrapolations could be quite erroneous.

[29] For differences between publicly collected data and Euro Survey data and a comparison of different sources see section 3 and Table A3 of Allinger and Beckmann (2021).

To answer these questions, we specify different probit models, which are suited to answer each specific research question. Regarding explanatory and control variables, we can draw on a rich set of information on socioeconomic characteristics; information on individual finances, including loan characteristics; beliefs and expectations; trust; financial literacy; indicators of wealth and income; income and labor shocks; as well as mitigating actions taken in response to the COVID-19 crisis.

Regarding the first question on determinants of moratoria usage, our results show that in our sample the take-up of moratoria largely cannot be explained by most socioeconomic characteristics such as income or being unemployed. Moreover, we find differences in the determinants, between opt-in and opt-out countries. In the opt-in countries, where eligibility for moratoria was often tied to being adversely affected by the pandemic, the variables with the largest significant impact on moratoria use were the COVID-affectedness variables. However, also the extent of indebtedness, such as the use of larger loans like mortgages or money owed to several lenders, played a role. In opt-out countries, we expected a different and more diverse set of determinants, as borrowers likely used the moratorium for various reasons including as a precaution. We found that the COVID-affectedness variables were mostly not significant, while variables indicating higher indebtedness and some sociodemographic characteristics (e.g., the condition of the main residence) were more important than in the opt-in countries.

The second step of our analysis confirms that there are differences between borrowers who were still using the moratorium and those who had exited the moratorium by fall 2020. Being adversely affected by the pandemic increased the probability of borrowers still using moratoria at the time of the survey. Borrowers with higher debt amounts or a larger number of debt instruments were significantly more likely to continue to rely on moratoria in fall 2020. Thus, the debt overhang or difficulties servicing debts are likely going to be larger for borrowers who relied on moratoria for an extended period of time or whose moratoria were still active at the time of the survey.

Finally, when looking at arrears, we find that borrowers whose moratoria had expired by fall 2020 are not more likely to be delinquent on loans than borrowers who never took up the moratorium. This finding gives rise to cautious optimism regarding the development of non-performing loans once moratoria expire – even though our result is subject to some caveats, inter alia, related to the self-reported nature of arrears. Moreover, our finding regarding loan arrears may not be transferable to borrowers who relied on moratoria for an extended period of time, given our results regarding the differences between borrowers with active and expired moratoria.

Targeted solutions required for borrowers with solvency problems

Our study makes a valuable contribution to close the knowledge gap regarding the use and determinants of moratoria by CESEE households. We show unique descriptive evidence on moratorium use collected in the fall 2020 wave of the OeNB Euro Survey in the CESEE-10 countries. Our analytical results on moratorium use highlight that the policy design had important effects on the determinants of take-up of moratoria. Moreover, we show that borrowers whose moratoria had expired by fall 2020 were able to resume loan repayments and did not fall into arrears. However, this cautiously positive outlook is dimmed by the fact that borrowers whose moratoria were still active in fall 2020 were more affected by the pandemic and also held more debt than borrowers with expired moratoria.

Our results provide some preliminary insights for policymakers. It is reassuring that moratoria indeed reached borrowers who were more vulnerable and less resilient, contributing to reducing a surge in loan defaults during 2020. At the same time, ongoing moratorium use could be an indicator for solvency rather than liquidity issues. Thus, it would likely be overly optimistic to assume that results from borrowers who exited moratoria could be extended to borrowers with

active moratoria. Going forward, banks' and policymakers' focus will need to shift from short-term liquidity support to sustainable restructuring solutions for struggling borrowers. Lessons from the global financial crisis of 2008 should be heeded. For instance, McCann et al. (2020) use the example of mortgage distress in Ireland after the global financial crisis to illustrate the importance of long-term sustainable restructurings rather than short-term fixes. They point toward a clearly positive correlation between deeper up-front repayment cuts and the likelihood of a successful restructuring.

Our results also point out some interesting avenues for future research: While valuable and a good starting point, our results strongly highlight the need for collecting further and more detailed evidence, for example, on debt overhang and especially on moratorium-induced debt overhang. Cross-country surveys could provide insights on how moratoria affected the relationship between lenders and borrowers or into whether government-led debt relief intervention might have created moral hazard problems or induced credit constraints. With a history of banking crises during transition in some of the CESEE-10 countries, government-led intervention in debt relief may have a strong impact on trust in banks. Our results also indicate that the country-specific differences in moratorium design matter as well. Future research may provide insights into whether opt-in or opt-out moratoria proved to be more successful in achieving the different policy goals related to borrower welfare and financial stability. Last but not least, unwinding will have to be country-specific and would benefit from case studies for individual countries.

References

Allinger, K. and E. Beckmann. 2021. Use of loan moratoria by CESEE households: Who are the users and how vulnerable are they. In: Focus on European Economic Integration Q3/ 2021. Forthcoming.

Beckmann, E., Fidrmuc, J. and H. Stix. 2012. Foreign Currency Loans and Loan Arrears of Households in Central and Eastern Europe. OeNB Working Papers 181.

Cherry, S. F., E. X. Jiang, G. Matvos, T. Piskorski and A. Seru. 2021. Government and private household debt relief during Covid-19. NBER Working Paper 28357.

Fischer, A. M. and P. Yesin. 2019. Foreign currency loan conversions and currency mismatches. CEPR Discussion Papers 13923

Haughwout, A. F., D. Lee, J. Scally and W. van der Klaauw. 2020. Following Borrowers through Forbearance. Federal Reserve Bank of New York Liberty Street Economics. November 17.

Hungarian National Bank. 2020. Financial Stability Report. November.

McCann, F. and T. O'Malley. 2020. Resolving mortgage distress after COVID-19: some lessons from the last crisis. In: Central Bank of Ireland Financial Stability Notes 2020/7.

Nachhaltiges Finanzwesen und Standard für grüne Anleihen[30]

Mitteilung der Europäischen Kommission vom 6. Juli 2021

Nach ihrer Mitteilung vom 21. April 2021 präsentierte die Europäische Kommission am 6. Juli 2021 in ihrem Sustainable-Finance-Paket drei weitere konkrete Elemente zur Umsetzung des Aktionsplans zur Finanzierung nachhaltigen Wachstums und des europäischen Grünen Deals:

1. Die Strategie für ein nachhaltigeres Finanzwesen zur Finanzierung des Übergangs zu einer nachhaltigen Wirtschaft, zur besseren Einbeziehung von kleinen und mittleren Unternehmen und Haushalten, zur Erhöhung der Resilienz des Finanzsektors sowie zur Förderung eines weltweiten Konsenses bei der Nachhaltigkeitsagenda in den entsprechenden internationalen Foren.

2. Der EU-Standard für grüne Anleihen (EUGBS) ist ein freiwilliger hochwertiger Standard für grüne Anleihen, der privaten und öffentlichen Emittenten aus Europa und der restlichen Welt offensteht. Er dient dem Schutz der Marktintegrität und der Vermeidung von Greenwashing.

3. Der Rechtsakt zu Taxonomie-Reporting von Finanz- und Nicht-Finanz-Unternehmen enthält Schlüsselindikatoren zur Offenlegungspflicht hinsichtlich der Umweltfreundlichkeit von Vermögenswerten.

I Hintergrund

Im Zentrum der Prioritäten der Europäischen Kommission steht neben Digitalisierung der europäische Grüne Deal, der Europa bis 2050 klimaneutral machen, den Übergang zu einer nachhaltigen und klimaneutralen Wirtschaft gestalten, der Erreichung der Nachhaltigkeitsziele dienen und – angesichts der Auswirkungen der COVID-Pandemie – eine europäische Wachstumsstrategie ermöglichen soll. Der Finanzsektor dient hierbei als zentraler Hebel. Um die erheblichen Mittel[31] – öffentliche und private Investitionen in nachhaltige Aktivitäten in allen Sektoren – zur Schließung der Investitionslücke zu aktivieren, müssen nachhaltige Investitionen für Investoren und Unternehmen leichter erkennbar und glaubwürdig sein. Darauf zielt das Sustainable-Finance-Paket der Europäischen Kommission vom 6. Juli 2021 ab.

Die bisherige Umsetzung des Aktionsplans für nachhaltige Finanzen von 2018 bildet mit der EU-Taxonomieverordnung[32], der Verordnung über nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungspflichten[33] und der Referenzwerteverordnung[34] die Grundlage für die Bereitstellung von nachhaltigen Anlagemöglichkeiten.

---

[30] Autorin: Alexandra Majer (Abteilung Repräsentanz Brüssel).

[31] *In this decade, (…) Europe will need around 350 bn EUR of annual extra investment to meet its 2030 emission target in energy systems only",* so EU-Kommissionsvizepräsident Dombrovskis.

[32] Die Verordnung (EU) 2020/852 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2020 über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/2088 (ABl. L 198 vom 22.6.2020, S. 13) trat am 12. Juli 2020 in Kraft.

[33] Die Sustainable Finance Disclosure Regulation (SFDR) trat am 10. März 2021 in Kraft.

[34] Die Benchmark-Regulation ist seit 23. Dez. 2020 in Kraft.

In der Mitteilung vom 21. April 2021[35] setzte die Europäische Kommission mit dem delegierten Rechtsakt zur EU-Klimataxonomie (zur Einstufung der Wirtschaftstätigkeiten bezüglich der ersten beiden – Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel – der sechs Umweltziele), dem Richtlinienvorschlag zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Corporate Sustainability Reporting Directive, CSRD) sowie Änderungen delegierter Rechtsakte zu nachhaltigen, treuhänderischen Pflichten und Produktüberwachung weitere Umsetzungsschritte.

II Aktuelles Maßnahmenpaket der Kommission zu nachhaltiger Finanzierung

Am 6. Juli 2021 veröffentlichte die Europäische Kommission ihr neues Paket für nachhaltige Finanzen, das einen transparenten, glaubwürdigen Rahmen schaffen soll zur Mobilisierung der umfangreichen nachhaltigen öffentlichen und privaten Investitionen, die für den Übergang zur klimaneutralen Wirtschaft und Erreichung der Nachhaltigkeitsziele benötigt werden. Es beinhaltet die überarbeitete Strategie für ein nachhaltigeres Finanzwesen, einen EU-Standard für grüne Anleihen und einen Rechtsakt zum Taxonomie-Reporting von Finanz- und Nicht-Finanzunternehmen (lt. Art. 8 Taxonomie-VO).

1 Strategie für ein nachhaltigeres Finanzwesen

Die Strategie basiert auf dem Aktionsplan 2018, dem Übergangsfinanzierungsbericht der Nachhaltigkeitsplattform und der Konsultation 2020 und umfasst Maßnahmen in vier Bereichen.

A) Finanzierung des Übergangs zu einer nachhaltigeren Wirtschaft

Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen es Wirtschaftsakteuren aller Sektoren ermöglichen, den Übergang zu finanzieren und Klima- und Umweltziele unabhängig von der Ausgangsposition zu erreichen.

- **Ausweitung** der **Taxonomie** um vier weitere Klimaziele (Wasser, Kreislaufwirtschaft, Vermeidung von Umweltverschmutzung, biologische Vielfalt) bis zum 2. Quartal 2022, **Übergangstaxonomie** als Ergänzung der grünen Taxonomie (Thematisierung der noch nicht erfassten Bereiche wie Landwirtschaft sowie eventuell der Energiesektoren Gas und Kernenergie voraussichtlich im Herbst 2021),
- **Standards und Gütesiegel für nachhaltiges Finanzwesen** sollen für mehr Transparenz, Kohärenz und Glaubwürdigkeit sorgen und Greenwashing vermeiden: Nachhaltigkeitssiegel für Finanzinstrumente, neue Gütesiegel für ESG-Benchmarks und Mindestnachhaltigkeitskriterien für Finanzprodukte, Entwicklung eines Standards für Übergangsanleihen;
- Offenlegungspflichten bei Prospekten mit Nachhaltigkeitsinhalten.

B) Bessere Einbeziehung von Unternehmen und Haushalten

Kleine und mittelgroße Unternehmen (KMU) sowie private Haushalte sollen mittels adäquater Instrumente und Anreize einen besseren Zugang zu Finanzmitteln für den Übergang erhalten – auch im Sinne einer vertieften Kapitalmarktunion.

- **Analyse der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde zu grünen Krediten** und **Hypotheken** für KMU und Haushalte (etwa zur Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden oder dem Umstieg auf emissionsfreie Fahrzeuge).

[35] Mitteilung der Europäischen Kommission zu EU-Taxonomie, Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen, Nachhaltigkeitspräferenzen und treuhänderische Pflichten: Finanzielle Mittel in Richtung des europäischen Grünen Deals lenken, 21. April 2021.

- **Beratung** von **KMU, Kleinanlegern und Haushalten** hinsichtlich nachhaltiger Finanzierungsmöglichkeiten (Steigerung der Finanzkompetenz von Bürgerinnen).
- Vereinfachter freiwilliger Standard für **KMU-Nachhaltigkeitsberichterstattung.**
- **Entwicklung** und **Nutzung digitaler Technologien** und innovativer Lösungen (künstliche Intelligenz, Internet der Dinge, Big Data, Blockchain, Distributed Ledger Technologien) für nachhaltige Finanzierung; einheitlicher europäischer Zugangspunkt (European Single Access Point) für Nachhaltigkeitsinformationen; Open Finance Framework.
- Integration nachhaltiger Finanzdaten in **EU-Datenräume** (lt. EU-Datenstrategie)
- Gerechter Übergang und Unterstützung glaubwürdiger Sozialinvestitionen: Bericht der Europäischen Kommission zur **sozialen Taxonomie** soll **bis Ende 2021** erfolgen.
- **Umweltgerechte Planung des EU-Budgets** (mehrjähriger Finanzrahmen 2021-27), Unterstützung der EU-Mitgliedstaaten bei grünen Prioritäten nationaler Budgets und Risikoteilungsmechanismen zwischen öffentlichen und privaten Anlegern, um Marktversagen bei Finanzierung nachhaltiger Infrastruktur gegenzusteuern.
- **Versicherungen:** Evaluierung der Abdeckung von Naturkatastrophenrisiken, bessere Absicherung gegen Klima- und Umweltrisiken (Schließen von Versicherungslücken mittels des EIOPA-Dashboards für Naturkatastrophen) und Entwicklung von Empfehlungen zur Erhöhung der Abdeckung.

C) Resilienz und Beitrag des Finanzsektors zur Nachhaltigkeit

Beiträge des Finanzsektors zur Erreichung des europäischen Grünen Deals, zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Finanzsektors und zur Vermeidung von Greenwashing. Angemessene Berücksichtigung beider Aspekte des Wesentlichkeitsprinzips (d.h. finanzielle Nachhaltigkeitsrisiken und systematische Integration von Auswirkungen der Nachhaltigkeit in finanzielle Entscheidungsprozesse).

- Stärkung der **wirtschaftlichen** und **finanziellen Widerstandsfähigkeit** gegen **Nachhaltigkeitsrisiken**, die sich negativ auf Finanzmarktstabilität und Realwirtschaftsfinanzierung auswirken.
- Integration von **Nachhaltigkeitsrisiken** in **Risikomanagement** und **Aufsicht** von **Banken** (Eigenkapitalverordnung und -richtlinie) und Versicherungen (Solvabilität-II-Richtlinie) sowie Berücksichtigung in SREP/ORSA. Verstärkte Kooperation aller relevanten Behörden der Mitgliedstaaten, der EZB, des ESRB, der Europäischen Aufsichtsbehörden und der Europäischen Umweltagentur.
    - Regelmäßige gezielte Stresstests von Klimarisiken durch Aufseher.
    - Evaluierung makroprudenzieller Instrumente für Banken hinsichtlich Klimarisiken.
    - Analyse der Risikodifferenziale zwischen nachhaltigen und anderen Exposures bis 2023 (EBA und EIOPA).
    - Rolle der Aufsichtsbehörden bei Überwachung und Bekämpfung von Greenwashing. Überprüfung der Aufsichtsinstrumente und Effektivität der Aufsicht bis 2023.
    - Entwicklung eines robusten Überwachungsmechanismus für den geordneten Übergang des EU-Finanzsystems (Messung der Kapitalflüsse, Bewertung der Investitionslücke).

- **Ausweitung** der **Offenlegung** von **ESG-Zielen** und **-Risiken** durch Banken (mit entsprechender Proportionalität)**.** Regulierung von ESG-Ratingunternehmen (bessere Verfügbarkeit, Integrität, Vergleichbarkeit und Transparenz von Nachhaltigkeitsdaten entlang der Finanzwertschöpfungskette).
- Berücksichtigung von **Nachhaltigkeitsfaktoren** durch **Kredit-Rating-Agenturen.**
- Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsrisiken bei **Berichterstattung, Rechnungslegung** und **Rechnungslegungsstandards** (IFRS)
- Klärung treuhänderischer Pflichten und Verwaltung von Investoren. Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsauswirkungen in Investitionsentscheidungsprozesse – mögliche stärkere Verankerung von ESG in die Pensionsrichtlinie und Aktionärsrechterichtlinie II.

D) Globale Ambitionen – führende Rolle Europas

Dabei geht es um die Förderung eines internationalen Konsenses für eine ambitionierte globale Nachhaltigkeitsagenda, wobei die EU diesbezüglich aktuell eine Vorreiterrolle hat.

- Die EU hat den größten Anteil an Emittenten grüner Anleihen[36] – dies stärkt auch die internationale Rolle des Euro – Vizepräsident der Europäischen Kommission Valdis Dombrovskis spricht von einer „**grünen Kapitalmarktunion**".
- Die Europäische Kommission strebt eine robuste **internationale Architektur** für **nachhaltiges Finanzwesen** gemäß dem Prinzip der doppelten Wesentlichkeit (Double-Materiality-Prinzip, d.h. der Berücksichtigung von Auswirkungen des Klimas auf Unternehmen und der Auswirkungen von Unternehmen auf das Klima) an, mit einer soliden Steuerung, einem soliden Regelwerk und Überwachungsrahmen. Dazu solle das Mandat des Finanzstabilitätsrats (FSB) im Bereich Nachhaltigkeitsauswirkungen (neben klassischen Nachhaltigkeitsrisiken) ausgeweitet werden.
- Unterstützung eines **ambitionierten Konsenses** in **internationalen Foren** (G20, Taskforce für klimabezogene Finanzrisiken im Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht); Arbeit der Internationalen Plattform für nachhaltiges Finanzwesen (IPSF) an gemeinsamen Fundamenten entlang der EU-Taxonomie (einheitliche globale Basistaxonomie).
- **Unterstützung** von **Ländern** mit **niedrigen** und **mittleren Einkommen** beim Zugang zu nachhaltigen Finanzen und beim Aufbau von Märkten für grüne Anleihen.

Bis Ende 2023 wird die Europäische Kommission über die Durchführung der Strategie Bericht erstatten und die Mitgliedstaaten im Bereich nachhaltiges Finanzwesen aktiv unterstützen.

2 Standard für grüne Anleihen (EU Green Bond Standard)

Am 6. Juli 2021 unterbreitete die Europäische Kommission zudem ihren Vorschlag für eine Verordnung für einen **freiwilligen, hochwertigen EU-Standard** für **grüne Anleihen** (EUGBS) – damit will man einen „Goldstandard" etablieren.
Der EUGBS basiert auf der Taxonomie mit Reporting-Verpflichtungen und externer Überprüfung der Nachhaltigkeitsversprechen. Er steht **privaten** und **öffentlichen europäischen** und **außereuropäischen Emittenten** offen, soll zur Finanzierung nachhaltiger Investitionen beitragen, Investoren **Klarheit** und **Schutz** geben und somit Greenwashing unterbinden und die Marktintegrität schützen.

[36] Lt. Informationen der Europäischen Kommission erfolgten 2020 51% der weltweiten Begebungen von EU-Unternehmen und öffentlichen Institutionen. 2020 waren 49% der weltweit begebenen grünen Anleihen in Euro denominiert. Allerdings beträgt der Anteil an grünen Anleihen nur 2,6% der gesamten EU-Anleihebegebungen.

- **EUGBS-Schlüsselanforderungen**:
  - Finanzmittel für EU-Taxonomie-konforme Projekte,
  - Transparenz hinsichtlich der Verwendung der Erlöse der Anleihen,
  - grüne Anleihen nach dem EU-Standard unterliegen einer externen Prüfung,
  - ESMA-Aufsicht: externe Prüfer müssen bei der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsicht (ESMA) registriert sein und werden von ihr beaufsichtigt.
- **Durchsetzung und Sanktionierung:**
  - Die Mitgliedstaaten sollen die nationalen kompetenten Behörden mit adäquaten Aufsichts- und Ermittlungsbefugnissen ausstatten.

Der Vorschlag der Europäischen Kommission für einen EU-Standard für grüne Anleihen wird im Rahmen des Ko-Gesetzgebungsverfahrens dem Europäischen Parlament und dem Rat vorgelegt.

3 Rechtsakt Taxonomie-Reporting (lt. Art. 8 Taxonomie-VO)

Als drittes Element präsentierte die Europäische Kommission am 6. Juli 2021 einen delegierten Rechtsakt mit **Schlüsselindikatoren zur Offenlegungspflicht** gemäß Artikel 8 der Taxonomie-Verordnung, demzufolge Finanz- und Nicht-Finanzunternehmen Anlegern Informationen zur Umweltfreundlichkeit ihrer Vermögenswerte und wirtschaftlichen Tätigkeiten offenlegen müssen (Inhalte, Methodik, Darstellung der Information).

- **Allgemeine Indikatoren** für große **nicht-finanzielle Unternehmen** werden den Anteil des Umsatzes, der Investitions- und Betriebsausgaben an umweltfreundlichen nachhaltigen Wirtschaftstätigkeiten gemäß der Taxonomie-Verordnung, dem delegierten Rechtsakt zur EU-Klimataxonomie (wurde am 4. Juni 2021 verabschiedet) sowie künftigen delegierten Rechtsakten zu weiteren Umweltzielen offenlegen müssen.
- **Spezifische Indikatoren** für **Finanzinstitute**, große Banken, Versicherungen, Wertpapierfirmen müssen den Anteil ökologisch nachhaltiger Wirtschaftstätigkeiten an den gesamten Vermögenswerten angeben (z.B.: Green Asset Ratio).

Der delegierte Rechtsakt wird dem Europäischen Parlament und dem Rat zur Prüfung vorgelegt.

III Offene Themen der EU-Klimataxonomie und weitere Maßnahmen

Weitere präzisierende Änderungen der delegierten Rechtsakte zur EU-Klimataxonomie sollen folgen – etwa zu den restlichen vier Klimazielen (Wasser, Biodiversität, Vermeidung von Umweltverschmutzung, Kreislaufwirtschaft im 2. Quartal 2022) sowie eventuell zu Gas und Nuklear. Die Kommission erwartet zu Kernenergie noch zwei technische Expertenberichte (Gesundheit, Energie). Die Rolle von Gas soll laut Finanzdienstleistungskommissarin McGuinness im Herbst 2021 diskutiert werden. Auch wird man jene Aktivitäten thematisieren müssen, die zwar nicht „grün“ sind, jedoch bei Dekarbonisierung der Wirtschaft eine Rolle spielen können.
Aufgrund aktueller Lobbying-Aktivitäten aller betroffenen Sektoren scheint die Kommission eine Verwässerung der Standards zu befürchten. Dadurch könnte sich die Erreichung der gesetzten Umweltziele zeitlich verzögern und als eine mögliche Konsequenz müssten die Mitgliedstaaten erhöhte Ausgleichszahlungen leisten.

Annex

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 17. Juni bis 25. August 2021[37]

EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
16. August 2021	EZB	EZB und US-Wertpapieraufsichtsbehörde (SEC) unterzeichnen Memorandum of Understanding zu Wertpapier-Swap-Unternehmen Die Behörden werden Informationen zu Unternehmen austauschen, die der EZB-Aufsicht unterliegen und in den Vereinigten Staaten registriert werden, um bei Wertpapier-Swaps tätig zu werden. Durch die Vereinbarung wird die Zusammenarbeit in der Aufsicht von grenzüberschreitenden außerbörslichen Derivatemärkten weiterentwickelt. Dank dieser Zusammenarbeit lassen sich für die betreffenden Unternehmen des Euroraums Doppelarbeiten bei der Erfüllung der aufsichtlichen Vorschriften verringern.
30. Juli 2021	EZB/EBA	Stresstest bescheinigte dem europäischen Bankensektor eine gute Krisenresistenz Alle zwei Jahre wird seitens der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) gemeinsam mit dem Europäischen Rat für Systemrisiken (ESRB), der Europäischen Zentralbank (EZB) und den nationalen Behörden ein EU-weiter Stresstest für größere Banken durchgeführt. Die Resultate des aktuellen Stresstests zeigten, dass das Bankensystem im Euroraum widerstandsfähig gegenüber ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklungen ist. Durch Reduktion von Problemkrediten und Kostenreduktionen konnte ein deutlich härteres Szenario als beim Stresstest 2018 bewältigt werden. In den Stresstest einbezogen waren 89 Banken aus dem Euroraum. Zusammengenommen entfallen auf diese Banken gut 75 % der Gesamtaktiva der Banken im Euroraum. Die sechs österreichischen Banken, die an dem Test teilgenommen haben, zeigten sich widerstandsfähig und landeten im europäischen Mittelfeld.
14. Juli 2021	EZB	Eurosystem startet Projekt zum digitalen Euro Der Rat der EZB hat die Untersuchungsphase zum Projekt „Digitaler Euro“ gestartet. Gegenstand der zweijährigen Untersuchungsphase sind wichtige Aspekte im Hinblick auf die Gestaltung und Verteilung. Einer künftigen Entscheidung, ob ein digitaler Euro eingeführt wird, wird damit nicht vorgegriffen. Diese wird erst zu einem späteren Zeitpunkt getroffen.

[37] Autorinnen: Sylvia Gloggnitzer, Veronika Flögl, (Abteilung für EU- und internationale Angelegenheiten)

13. Juli 2021	ECOFIN-Rat	Wirtschaftlicher Aufbau in Europa: Aufbau- und Resilienzfazilität Der ECOFIN-Rat verabschiedete das erste Paket an Durchführungsbeschlüssen für die Aufbau- und Resilienzpläne von zwölf Mitgliedstaaten. Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Lettland, Luxemburg, Österreich, Portugal, die Slowakei und Spanien können nun Finanzhilfe- und Darlehensvereinbarungen unterzeichnen und Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität der EU erhalten. Österreich erhält rund 3,5 Mrd EUR aus dem insgesamt rund 750 Mrd EUR umfassenden europäischen Wiederaufbaufonds. Europäisches Semester Die Minister haben im Rahmen des Europäischen Semesters Schlussfolgerungen zu den eingehenden Überprüfungen für zwölf Mitgliedstaaten gebilligt. Die Überprüfungen sind Teil des Verfahrens bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht und bauen auf dem Warnmechanismus-Bericht für 2021 auf. In drei Mitgliedstaaten (Griechenland, Italien, Zypern) wurden übermäßige Ungleichgewichte festgestellt. Angesichts aktueller COVID-19 bedingter Umstände wird die EK bei übermäßigem Ungleichgewicht kein Verfahren einleiten. Vorstellung des Arbeitsprogramms des slowenischem Ratsvorsitzes Beim ersten ECOFIN-Rat unter slowenischem Ratsvorsitz wurde wie üblich das Arbeitsprogramm präsentiert. Die wichtigsten wirtschafts- und fiskalpolitischen Schwerpunktsetzungen sind die Annahme und Umsetzung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne, sowie der Ausstieg aus den Unterstützungsmaßnahmen und die Vereinfachung der Fiskalregeln. In den Bereichen Finanzdienstleistungen, Steuern und Budget legt die slowenische Präsidentschaft ihre Schwerpunkte auf das „Sustainable Finance-Paket“, die Zukunft der Unternehmens-besteuerung, sowie die neuen Eigenmittel für den EU-Haushalt.
8. Juli 2021	EZB	EZB-Rat verabschiedet neue geldpolitische Strategie Die neue geldpolitische Strategie ist das Ergebnis einer eingehenden Überprüfung, die am 23. Jänner 2020 eingeleitet wurde und sieht ein symmetrisches mittelfristiges Inflationsziel von 2 % vor. Symmetrisch bedeutet in diesem Zusammenhang, dass negative Abweichungen von diesem Zielwert ebenso unerwünscht sind wie positive. Das Inflationsziel von 2% bildet einen klaren Anker für die Inflationserwartungen, was für die Gewährleistung von Preisstabilität im Euroraum von entscheidender Bedeutung ist.
6. Juli 2021	EK	Nachhaltiges Finanzwesen Die EK stellte eine Strategie in Form eines Legislativpakets für nachhaltige Finanzen vor, um Investitionen in den grünen Wandel zu stärken. Ziel ist die Mobilisierung von Finanzmitteln für einen erfolgreichen Übergang auf eine nachhaltige Wirtschaft. Ein wichtiger Teil des Pakets ist der Vorschlag für einen „European Green Bond Standard“. Der Green Bond Standard legt fest, wie

		Emissionen von Green Bonds auszugestalten sind. Nur wer den Green Bond Standard anwendet, darf seine Emission als „European Green Bond“ bezeichnen. Die EK wird bis Ende 2023 über die Durchführung der Strategie Bericht erstatten und die Mitgliedstaaten bei ihren Bemühungen um ein nachhaltiges Finanzwesen aktiv unterstützen.
1. Juli 2021	Rat	Slowenien übernimmt die EU-Ratspräsidentschaft Am 1. Juli hat Slowenien – zum zweiten Mal nach 2008 – den EU-Ratsvorsitz übernommen. Das slowenische Motto lautet „*Together. Resilient. Europe*“. Gemeinsam mit Deutschland und Portugal bildet Slowenien das Trio, das im Zeitraum vom 1. Juli 2020 bis 31. Dezember 2021 den Vorsitz im Rat der Europäischen Union innehat. Unter dem Motto " *Together. Resilient. Europe*." subsumiert Slowenien wirtschaftliche Erholung und größere Resilienz der EU, Vorantreiben der Debatte über die Zukunft Europas im Rahmen der EU-Zukunftskonferenz, Stärkung des Rechtsstaates und europäischer Werte, sowie Förderung von Sicherheit und Stabilität in der europäischen Nachbarschaft.
25. Juni 2021	Eurogipfel	Wirtschaftliche Herausforderungen nach der COVID-19-Krise Die Staats- und Regierungschefs der EU erörterten mit der Präsidentin der EZB, Christine Lagarde und dem Präsidenten der Euro-Gruppe, Paschal Donohoe, die wirtschaftlichen Herausforderungen für das Euro-Währungsgebiet nach der COVID-19-Krise. Die Führungsspitzen bekräftigten ihr uneingeschränktes Engagement für die Vollendung der Bankenunion und unterstrichen ihre politische Unterstützung für die Kapitalmarktunion. Sie waren sich einig, dass strukturelle Herausforderungen für die Integration und Entwicklung der Kapitalmärkte, insbesondere in bestimmten Bereichen des Unternehmensinsolvenzrechts, ermittelt und angegangen werden müssen. Eine rasche Umsetzung des Aktionsplans für die Kapitalmarktunion ist hierfür notwendig.
25. Juni 2021	EZB	EZB übernimmt Aufsicht über systemisch relevante Wertpapierfirmen Die EZB übernahm gemäß den neuen EU-Rechtsvorschriften die Aufsicht über die größten und systemisch relevantesten Wertpapierfirmen. Diese Firmen müssen eine Banklizenz beantragen und werden somit künftig durch die EZB beaufsichtigt. Der neue Rechtsrahmen zielt darauf ab, der spezifischen Geschäftstätigkeit von Wertpapierfirmen und den daraus resultierenden Risiken besser Rechnung zu tragen.
24./25. Juni 2021	ER	Wirtschaftliche Erholung „Post Covid-19“ Hauptthema des ER war die wirtschaftliche Erholung. „Die Führungsspitzen prüften den Stand der Arbeiten zur Umsetzung des EU-Aufbauplans „Next Generation EU“. Sie begrüßten das rasche Inkrafttreten des Eigenmittelbeschlusses, der es der EK ermöglichte, mit der Aufnahme von Mitteln zur

		Unterstützung einer integrativen Erholung, sowie des grünen und des digitalen Wandels zu beginnen.
19. Juni 2021	EU	Konstituierende Plenartagung zur EU-Zukunftskonferenz In Straßburg fand das erste (hybride) Konferenzplenum zur EU-Zukunftskonferenz statt. Das Plenum besteht bislang aus 108 Mitgliedern des EPs, 54 Vertretern des EU-Rates der Mitgliedstaaten, drei Mitgliedern der EK, 108 Vertretern der nationalen Parlamente und 16 Vertretern der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft. Auf konsensualer Basis wird die Plenarversammlung ihre Vorschläge an den Exekutivausschuss für den Abschlussbericht weiterleiten. Finale Ergebnisse der EU-Zukunftskonferenz sollen im Frühling 2022 zusammengefasst werden.
18. Juni 2021	ECOFIN Rat	Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität Die Finanzminister führten einen Gedankenaustausch über die Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität. Die Aufbau- und Resilienzfazilität ist das Herzstück des EU-Aufbauplans „Next Generation EU". Mit ihr werden 672,5 Mrd EUR an Finanzhilfen und Darlehen für öffentliche Investitionen und Reformen in den Mitgliedstaaten bereitgestellt, um sie bei der Bewältigung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie, der Förderung des grünen und des digitalen Wandels und dem Aufbau widerstandsfähiger und inklusiver Gesellschaften zu unterstützen. Haushaltsfragen Die Minister nahmen eine Empfehlung im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit für Rumänien an. Rumänien wird eine neue Frist gesetzt, um seine Haushaltslage bis 2024 zu verbessern. Der Rat hat außerdem im Rahmen des Europäischen Semesters die Empfehlungen zu den aktualisierten Stabilitäts- oder Konvergenzprogrammen der Mitgliedstaaten angenommen.

IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

2. August 2021	IWF	Der IWF-Gouverneursrat stimmt dem Vorschlag von Managing Director Georgieva über eine generelle Allokation von Sonderziehungsrechten (SZR) in Höhe von weltweit 650 Mrd USD zu. Im Einklang mit dem Konsens der internationalen Staatengemeinschaft und der koordinierten Willensbildung innerhalb der EU-Mitgliedstaaten beteiligt sich Österreich bzw. die OeNB an dieser SZR-Allokation gemäß Beschluss des OeNB-Direktoriums von 15. Juni 2021.
23. August 2021	IWF	Die SZR Allokation tritt in Kraft. Für Österreich bzw. die OeNB bedeutet dies einen zusätzlichen SZR Allokationsbetrag von 3,77 Mrd SZR (rd. 4,56 Mrd EUR)[38].

[38] 3.768.645.160 SZR / 4.560.814.372,63 EUR

		Österreichs bisherige SZR-Allokation beträgt rd. 1,74 Mrd SZR (rd. 2,08 Mrd. EUR)[39]. Durch die nunmehr erfolgte zusätzliche SZR-Allokation ergibt sich daraus ein neuer kumulierter SZR-Allokationsbetrag für die OeNB von insgesamt etwa 5,51 Mrd SZR (rd. 6,64 Mrd EUR; SZR/EUR-Wechselkurs per 23. August 2021)[40].

[39] 1.736.313.856 SZR / 2.083.576.627,20 EUR

[40] 5.504.959.016 SZR / 6.644.390.999,83 EUR

Wirtschaftsindikatoren – Grafiken und Tabellen

Redaktionsschluss: 2. September 2021

Inhaltsverzeichnis

Seite

Weltwirtschaft

Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen 1
Makroökonomische Indikatoren 2
Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise 3

Euroraum

Wirtschaftsindikatoren
Prognosen 4
Aktuelle Entwicklung 5
Leitzinssätze und Bereitstellung der Liquidität 6
Zinserwartungen 7
Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen 8
Renditen und Kreditzinsen 9
Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation 10
Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt 11
Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren 12
Inflation und Arbeitskosten 13
Makroökonomische Ungleichgewichte 14

Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren 15

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts 16
Entwicklung der Verbraucherpreise 17
Arbeitslosenquoten 18
Leistungsbilanzsalden 19
Fiskaldaten 20

Österreich

Wirtschaftsindikatoren
Prognosen 21
Aktuelle Entwicklung 22
Außenhandel mit Waren 24
Inflation und Wettbewerbsindikatoren 25
Tourismus und Reiseverkehr 26
Öffentliche Haushalte 27
Bundeshaushalt 28
Aggregierte Vermögenslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute 29
Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland 30
Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland 31
Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland 32
Aggregierte Ertragslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute 33
Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE 34
Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung
Geldvermögensbildung und Geldvermögen 35
Finanzierung und Verbindlichkeiten 36

Zeichenerklärung

.. = Angabe liegt zur Zeit der Berichterstattung nicht vor
x = Angabe ist aus sachlichen Gründen nicht möglich
0 = Wert ist kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit
Ø = Durchschnitt
A = Anstieg
R = Rückgang

Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen

	Reales BIP		Inflation[1]		Arbeitslose		Budgetsaldo		Staatsschuld		Leistungsbilanzsaldo	
	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022
	Veränderung zum Vorjahr in %		*in %*		*in % des Arbeitskräfteangebotes*		*in % des BIP*					
Vereinigtes Königreich	5,0	5,3	1,6	1,8	5,6	5,9	−11,8	−5,4	108,1	108,4	−5,0	−4,8
USA	6,3	3,8	2,2	2,0	4,6	3,4	−16,0	−6,8	135,6	133,7	3,4	−3,4
Japan	3,1	2,5	0,9	0,9	2,9	2,6	−9,5	−4,1	259,1	255,3	3,3	3,2
China	7,9	5,4	x	x	x	x	x	x	x	x	1,5	1,3
Euroraum	**4,8**	**4,5**	**1,9**	**1,4**	8,4	7,8	−8,0	−3,8	102,4	100,8	3,1	3,1
EU	**4,8**	**4,5**	**2,2**	**1,6**	7,6	7,0	−7,5	−3,7	94,4	92,9	3,1	3,1
Österreich	**3,8**	**4,5**	**2,1**	**1,9**	5,0	4,8	−7,6	−3,0	87,2	85,0	2,2	2,7
Deutschland	**3,6**	**4,6**	**2,8**	**1,6**	4,1	3,4	−7,5	−2,5	73,1	72,2	7,8	6,9
Polen	**4,8**	**5,2**	**4,2**	**3,1**	3,5	3,3	−4,3	−2,3	57,1	55,1	2,8	2,1
Ungarn	**6,3**	**5,0**	**4,4**	**3,3**	4,3	3,8	−6,8	−4,5	78,6	77,1	−0,6	−0,5
Tschechische Republik	**3,9**	**4,5**	**2,7**	**2,3**	3,8	3,5	−8,5	−5,4	44,3	47,1	−0,3	−0,8

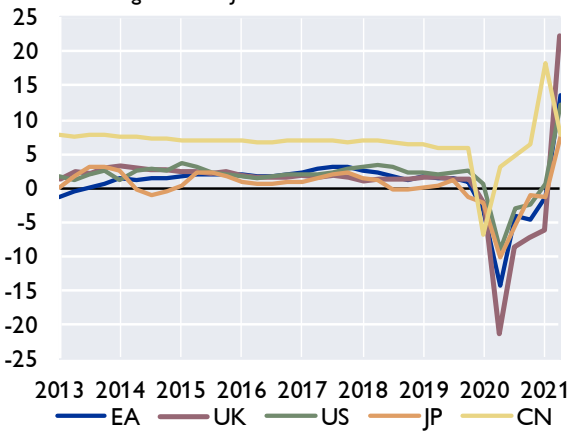
Quelle: EK Interimsprognose Juli 2021: fett unterlegte Werte; restliche Werte Prognose vom Mai 2021.

[1] HVPI-Inflation; USA, Japan: VPI.

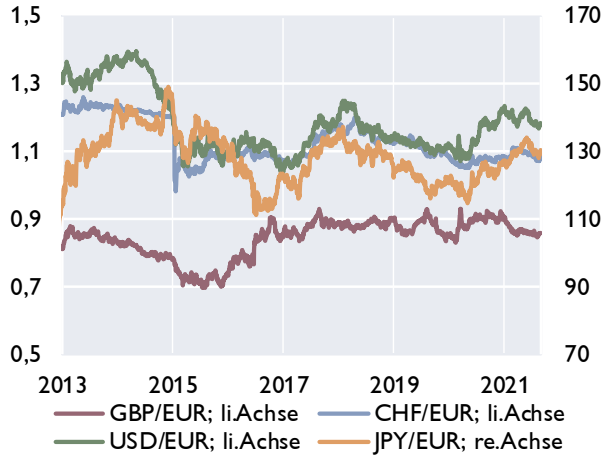
Makroökonomische Indikatoren

Reales BIP-Wachstum

Veränderung zum Vorjahr in %

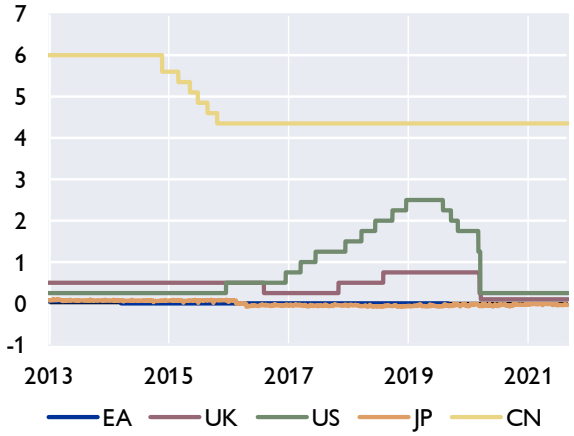


Wechselkurse zum Euro



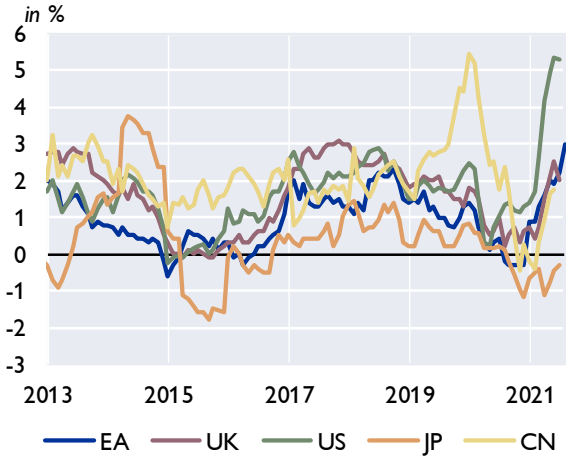
Leitzinssätze der Zentralbanken

in %



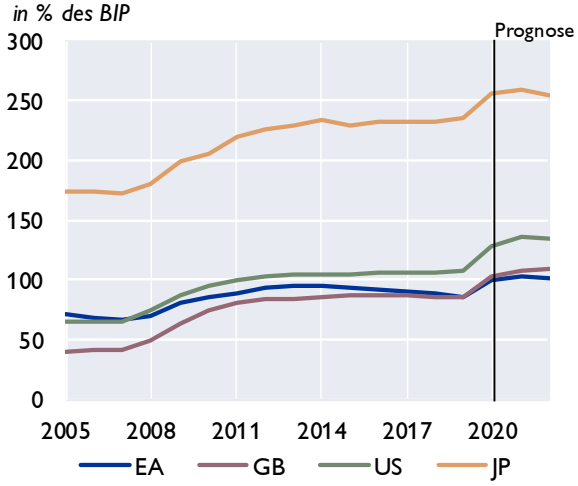
Verbraucherpreisindizes

in %



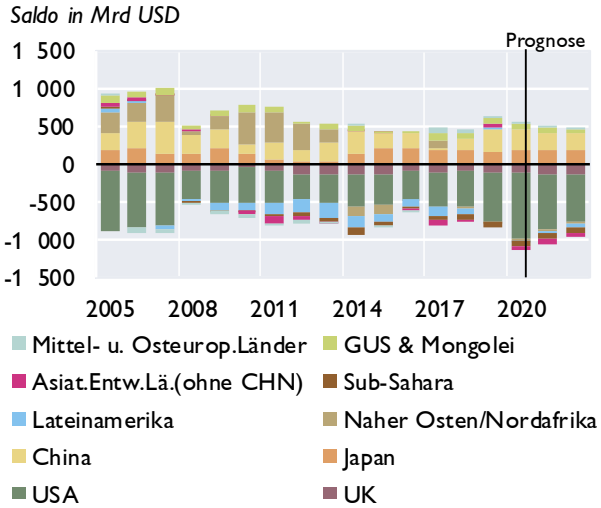
Öffentliche Verschuldung

in % des BIP



Leistungsbilanz

Saldo in Mrd USD



Quelle: Eurostat, EK, IWF, Macrobond, nationale Quellen. Prognosen: EK Mai 2021 und IWF WEO April 2021.

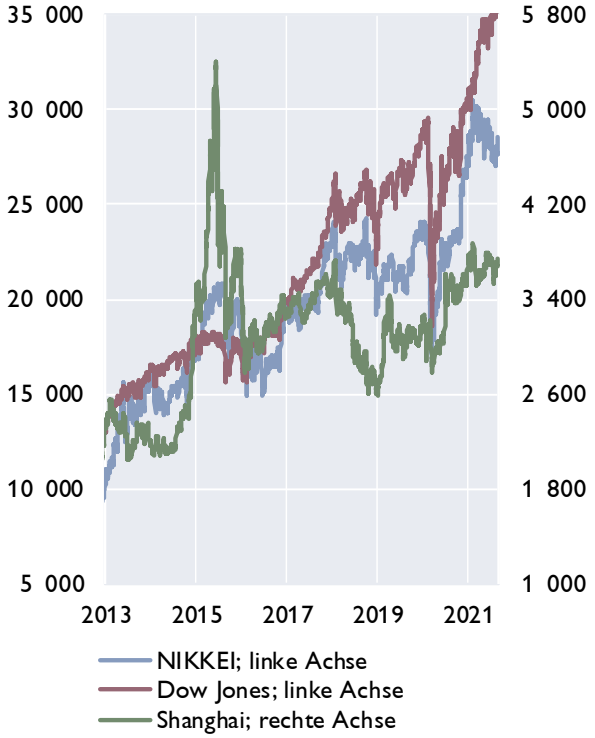
Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise

Aktienkurse - Europa

in Punkten

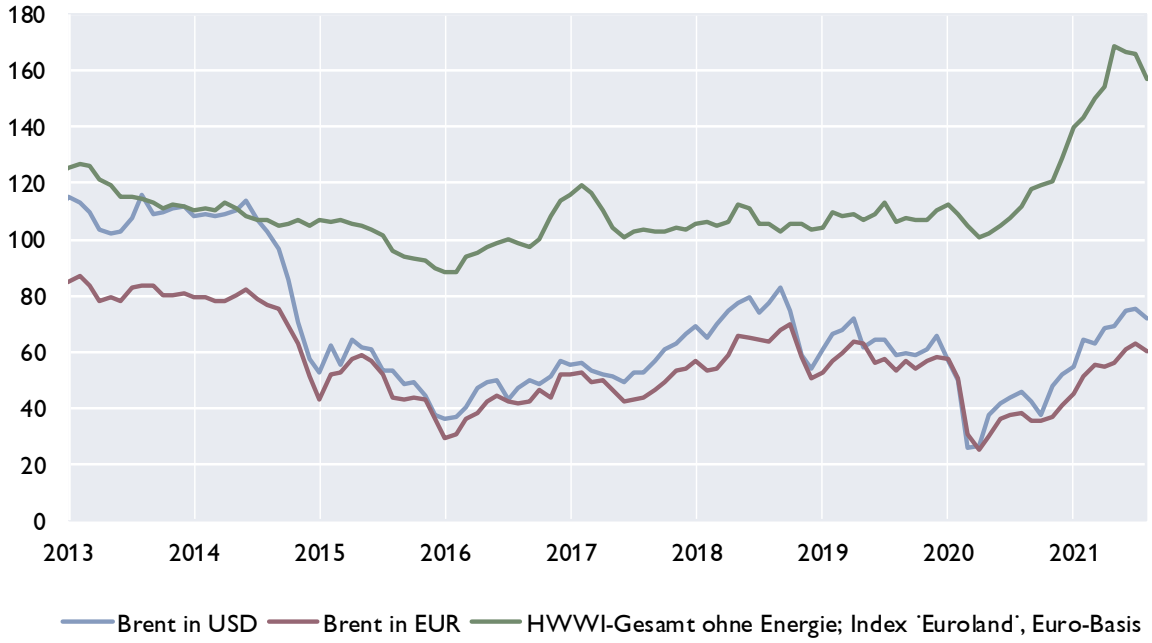
Aktienkurse - International

in Punkten



Rohstoffpreise

USD bzw. EUR je Barrel; HWWI-Rohstoffpreisindex: 2015=100



Quelle: Macrobond.

Prognosen wichtiger Wirtschaftsindikatoren für den Euroraum

	EZB / Eurosystem			OECD		IWF**)		EU-Kommission*)	
	Juni 2021			Mai 2021		**Update Juli 21 und** April 2021		**Interim Juli 2021** und Mai 2021	
	2021	2022	2023	2021	2022	2021	2022	2021	2022
	Veränderung zum Vorjahr in %								
BIP, real	4,6	4,7	2,1	4,3	4,4	**4,6**	**4,3**	**4,8**	**4,5**
Privater Konsum, real	2,9	7,0	2,0	2,5	6,0	3,6	5,0	2,7	6,0
Öffentlicher Konsum, real	3,4	−0,8	1,0	2,9	0,9	2,0	0,4	3,8	0,6
Bruttoanlageinvestitionen, real	7,3	5,5	2,8	5,7	5,6	3,9	4,6	6,7	5,3
Exporte, real	9,0	6,5	3,7	x	x	x	x	8,7	6,5
Importe, real	8,3	7,0	3,6	x	x	x	x	8,0	6,9
	Veränderung zum Vorjahr in %								
BIP Deflator	x	x	x	0,9	1,3	1,3	1,4	1,2	1,4
HVPI	1,9	1,5	1,4	1,8	1,3	**1,8**	**1,3**	**1,9**	**1,4**
Lohnstückkosten	−1,0	−0,6	1,3	x	x	−2,9	−0,1	−0,7	−0,6
	Veränderung zum Vorjahr in %								
Beschäftigte	0,3	1,2	1,0	x	x	0,0	0,7	0,0	1,2
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition								
Arbeitslosenquote	8,2	7,9	7,4	8,2	7,9	8,7	8,5	8,4	7,8
	in % des nominellen BIP								
Leistungsbilanz	2,4	2,3	2,4	3,3	3,2	2,8	2,7	3,1	3,1
Öffentliches Defizit	−7,1	−3,4	−2,6	−7,2	−3,7	**−7,9**	−3,3	−8,0	−3,8
	Prognoseannahmen								
Erdölpreis in USD/Barrel	65,8	64,6	61,9	65,0	65,0	**64,7**	**63,0**	**68,7**	**68,3**
Kurzfristiger Zinssatz in %	−0,5	−0,5	−0,3	−0,5	−0,5	**−0,5**	**−0,5**	**−0,5**	**−0,5**
USD/EUR	1,21	1,21	1,21	1,20	1,20	1,22	1,2	**1,20**	**1,20**
	Veränderung zum Vorjahr in %								
BIP, real USA	x	x	x	6,9	3,6	**7,0**	**4,9**	6,3	3,8
BIP, real Welt[1]	6,2	4,2	3,7	5,8	4,4	**6,0**	**4,9**	**5,9**	**4,2**
Welthandel[1]	10,8	4,9	3,7	8,2	5,8	**9,7**	**7,0**	**9,0**	**5,7**

[1] *EZB und EK: BIP real Welt (ohne EA), Welthandel (ohne EA, Weltimporte).*

**) EK: fett unterlegte Werte Interimsprognose vom Juli 2021; restliche Werte vom Mai 2021.*
**) IWF: fett unterlegte Werte Update vom Juli 2021; restliche Werte vom April 2021.*

Euroraum: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung

	2019	2020	2020 Q3	2020 Q4	2021 Q1	2021 Q2	2021 Q3	2021 Mai	2021 Jun	2021 Jul	2021 Aug
	Veränderung zum Vorjahr in %										
HVPI gesamt	1,2	0,3	0,0	-0,3	1,1	1,8	..	2,0	1,9	2,2	3,0*)
Kerninflation	1,0	0,7	0,6	0,2	1,2	0,9	..	1,0	0,9	0,7	..
BIP-Deflator des privaten Konsums	1,1	0,5	0,1	0,1	1,1	..	..	x	x	x	x
Lohnstückkosten (nominell)	1,8	4,6	2,7	3,3	1,5	..	..	x	x	x	x
Arbeitnehmerentgelt (nominell)	2,0	-0,6	0,7	0,9	2,0	..	..	x	x	x	x
Arbeitsproduktivität (nominell)	0,1	-4,9	-2,0	-2,3	0,5	..	..	x	x	x	x
Produzentenpreis (Industrie)	0,6	-2,6	-2,7	-1,7	2,1	9,2	..	9,6	10,2	12,1	..
Rohstoffpr. o. Energ; in EUR, 2010=100	108,1	111,6	112,3	122,7	144,8	163,3	..	169,0	166,3	165,9	..
Rohölpreis (Brent in EUR je Barrel)	57,2	37,9	37,1	37,8	50,7	57,2	..	56,1	60,9	62,7	59,9
Rohölpreis (Brent in USD je Barrel)	64,1	43,4	43,3	45,3	61,1	68,9	..	68,1	73,3	74,2	70,5
	Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)										
BIP real	1,4	-6,4	12,4	-0,6	-0,3	2,0	..	x	x	x	x
Privater Konsum	1,3	-7,9	14,1	-2,9	-2,2	..	..	x	x	x	x
Öffentlicher Konsum	1,7	1,4	5,3	0,5	-0,2	..	..	x	x	x	x
Bruttoanlageinvestitionen	6,7	-7,4	13,0	2,6	0,1	..	..	x	x	x	x
	Beitrag zum Wachstum des realen BIP (in Prozentpunkten)										
Binnennachfrage (ohne Lager)	2,5	-5,6	11,4	-0,9	-1,2	..	..	x	x	x	x
Nettoexporte	-0,8	-0,4	2,5	-0,2	0,2	..	..	x	x	x	x
Veränderung der Lagerhaltung	-0,3	-0,5	-1,4	0,5	0,6	..	..	x	x	x	x
	Zahlungsbilanz (in Mrd EUR)										
Handelsbilanz	220,8	234,7	64,4	84,3	56,8	45,6	..	12,3	18,1	..	..
Leistungsbilanz	290,6	239,1	68,0	87,4	102,5	58,3	..	13,9	21,8	..	..
Leistungsbilanz in % des BIP	2,4	2,1	2,3	3,0	3,5	..	..	x	x	x	x
	Ausgewählte Indikatoren										
Economic Sentiment Indicator	103,7	88,2	88,5	91,4	95,3	114,3	..	114,5	117,9	119,0	117,5
Industrievertrauen (Saldo)	-5,2	-14,5	-13,6	-8,8	-2,4	11,7	..	11,5	12,8	14,5	13,7
Markit Einkaufsmanagerindex (Industrie)	47,4	48,6	52,4	54,6	58,4	63,1	..	63,1	63,4	62,8	61,4
ifo-Geschäftsklima (2005=100)	97,1	89,3	91,3	92,2	93,4	99,3	..	99,3	101,8	100,7	99,4
Ind. Produktion o. Bau (Ver. z. VJP in %)	-1,3	-8,6	-6,6	-1,2	3,0	22,2	..	20,7	10,0	..	..
Konsumentenvertrauen (Saldo)	-7,0	-14,3	-14,4	-15,6	-13,7	-5,5	..	-5,1	-3,3	-4,4	-5,3
Einzelhandelsumsätze (Ver. z. VJP in %)	2,4	-1,0	2,6	1,2	2,4	11,5	..	8,5	4,5	..	..
Kapazitätsausl. im Gewerbe in %	82,3	74,4	72,1	76,3	77,5	82,5	82,9	x	x	x	x
	Arbeitsmarktentwicklung										
Arbeitslose in % der Beschäftigten[1]	7,6	7,9	8,5	8,2	8,1	8,0	..	8,0	7,8	7,6	..
Beschäftigung gesamt (Vä z. VP in %)	1,2	−1,6	1,0	0,4	−0,2	0,5	..	x	x	x	x
	Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)										
Geldmenge M3	4,9	12,3	10,4	12,3	10,0	8,3	..	8,5	8,3	7,6	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	x	x	x	x	x	x	x	8,7	8,1	..	..
Buchkredite an den privaten Sektor	3,5	3,5	3,5	3,5	3,8	4,5	..	4,4	4,5	4,5	..
Leitzinssatz (Periodenendstand)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	..	0,00	0,00	0,00	0,00
3-Monats Zinssatz (%)	-0,36	-0,43	-0,47	-0,52	-0,54	-0,54	..	-0,54	-0,54	-0,54	-0,55
10-Jahres Zinssatz (%)	0,58	0,21	0,17	-0,05	0,05	0,30	..	0,38	0,30	0,16	0,06
Zinsabstand; 10-J. Zins minus 3-M. Zins	0,94	0,64	0,64	0,47	0,59	0,84	..	0,92	0,85	0,71	0,61
Corporate Bond Spreads (in Bp; Euro)[2]	117,9	125,6	119,8	106,0	91,9	84,9	..	83,5	83,7	80,8	84,0
Aktienkurse (DJ-Euro Stoxx-Index)	373,8	360,0	361,0	375,9	412,1	446,3	..	443,8	455,3	453,8	468,5
Wechselkurs USD je EUR	1,12	1,14	1,17	1,19	1,21	1,20	..	1,21	1,20	1,18	1,18
nom. effekt. Wechselkurs des EUR[3]	98,1	99,6	101,1	101,2	100,7	100,5	..	100,8	100,2	99,7	99,3
real effektiver Wechselkurs des EUR[3]	93,1	93,4	94,7	94,6	94,6	94,1	..	94,3	93,7	93,5	93,2
	Finanzierung des öffentlichen Haushaltes in % des BIP										
Budgetsalden	-0,6	-7,2	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Staatsschuldenquoten	85,8	100,0	x	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Macrobond, HWWI, Markit, ifo. **) Schnellschätzung.*

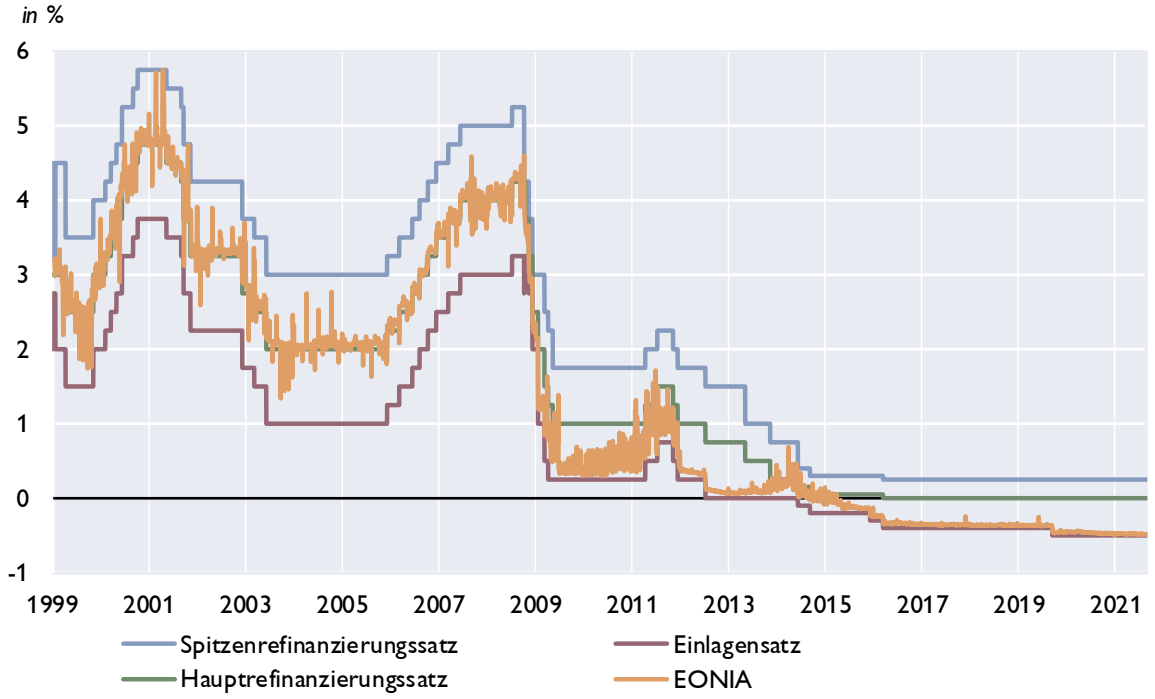
[1] *ILO-Definition.*

[2] *Renditeabstand von 7- bis 10-jährigen Unternehmensanleihen zu 7- bis 10-jährigen Staatsanleihen (Merrill Lynch).*

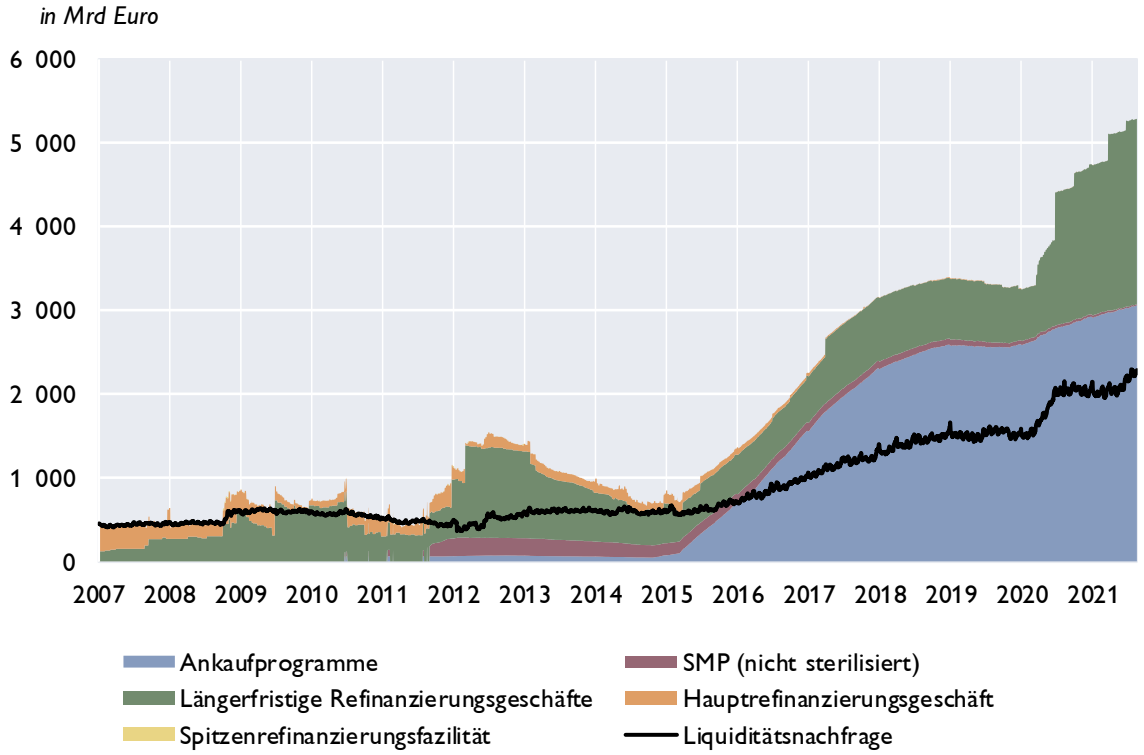
[3] *Enger Länderkreis, real effektiver Wechselkurs, berechnet anhand des VPI (1999 Q1=100).*

Euroraum: Leitzinssätze und Bereitstellung von Liquidität

EZB-Leitzinssätze und EONIA



Liquiditätsbereitstellung im Euroraum

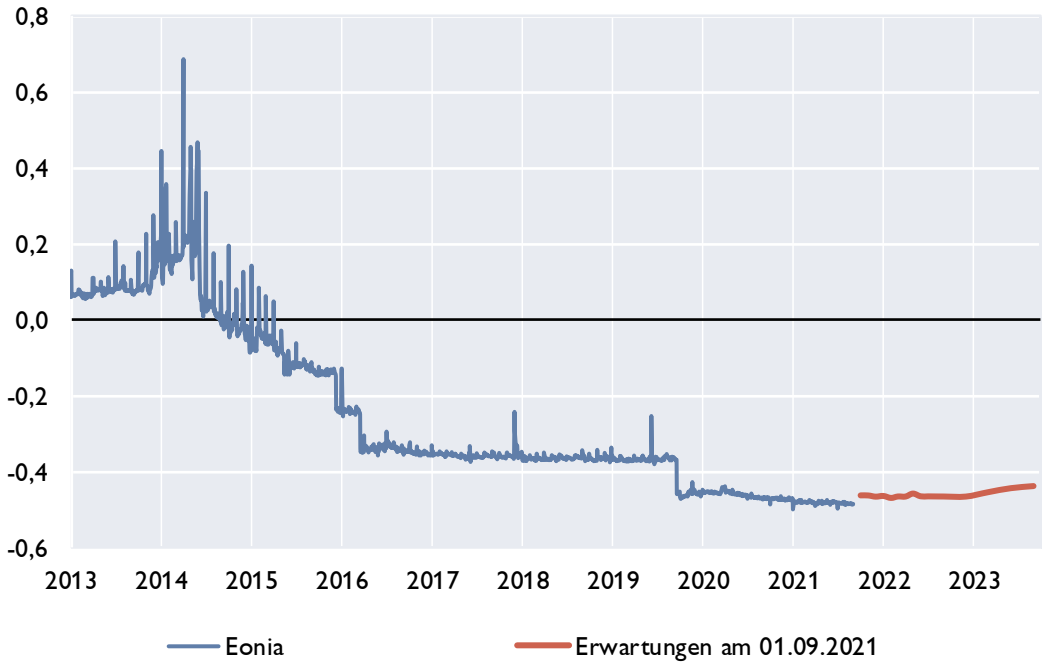


Quelle: EZB, OeNB, Macrobond.

Euroraum: Zinserwartungen

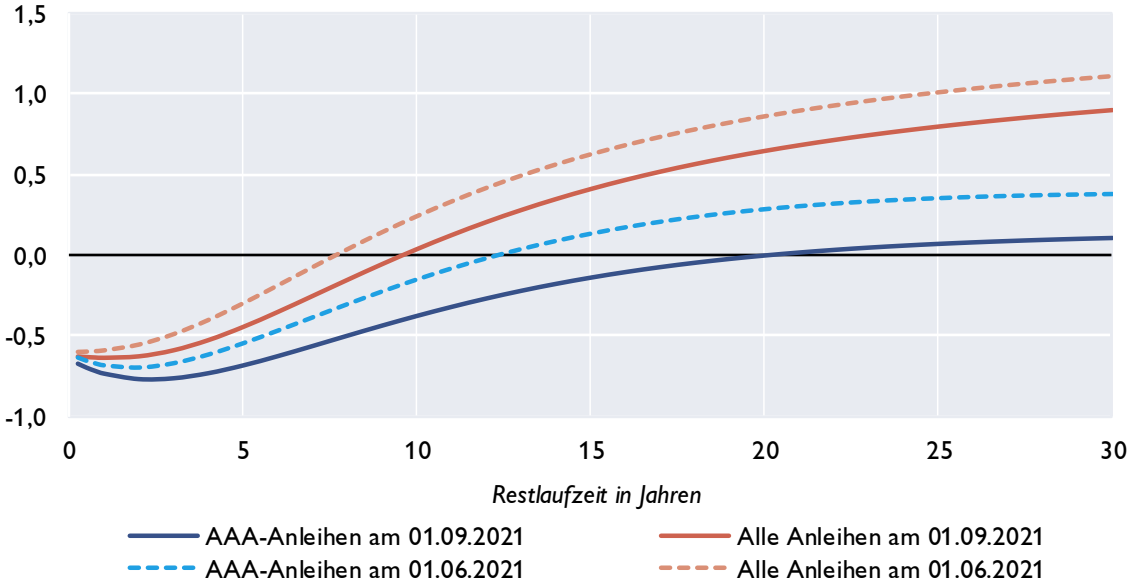
Markterwartungen über den Verlauf des Eonia

berechnet aus Overnight Index Swaps, in %



Zinsstrukturkurve für Staatsanleihen im Euroraum

in %

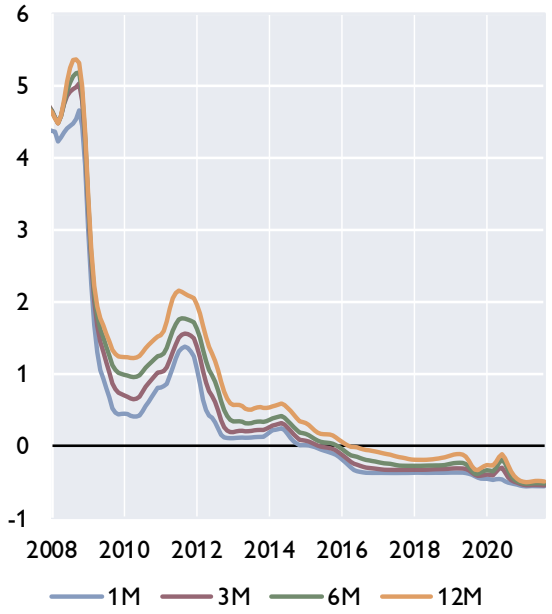


Quelle: EZB, Macrobond, eigene Berechnungen.

Euroraum: Geldmarktzinsen und Renditen von Staatsanleihen

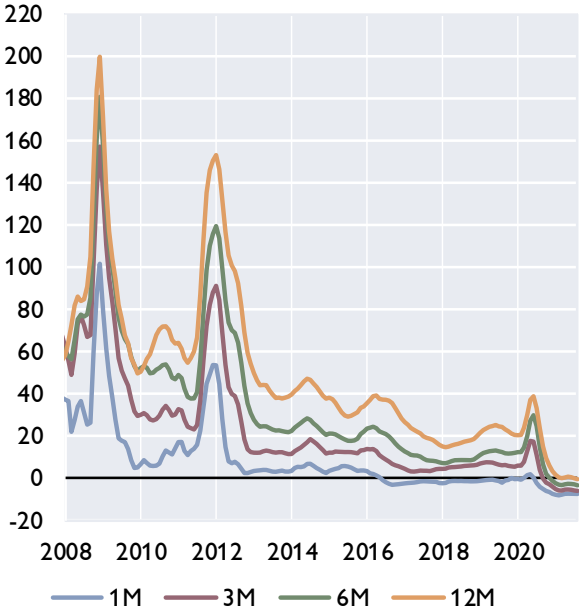
Euribor-Sätze

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate



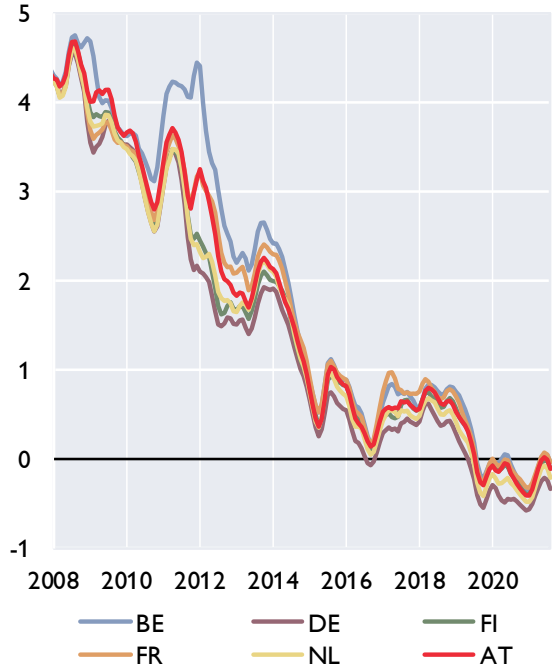
Risikoaufschläge am Interbankenmarkt

Euribor minus Overnight Index Swap in Basispunkten, Durchschnitt der letzten drei Monate



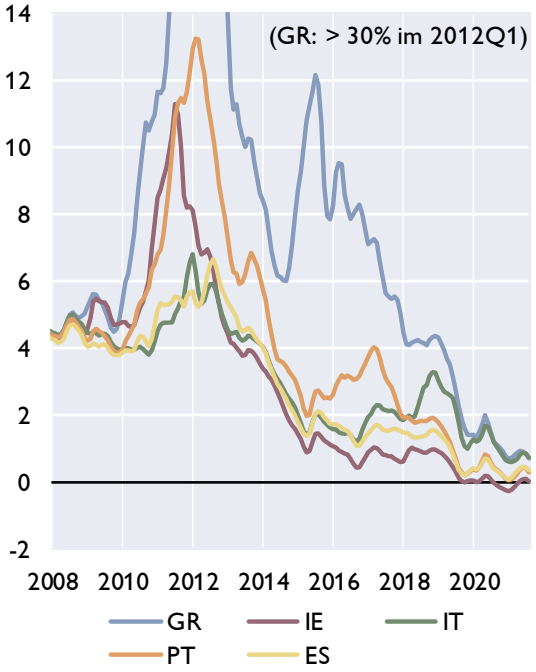
Renditen 10-jähriger Staatsanleihen, Niedrigzinsländer

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate



Renditen 10-jähriger Staatsanleihen, (ehemalige) Hochzinsländer

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate

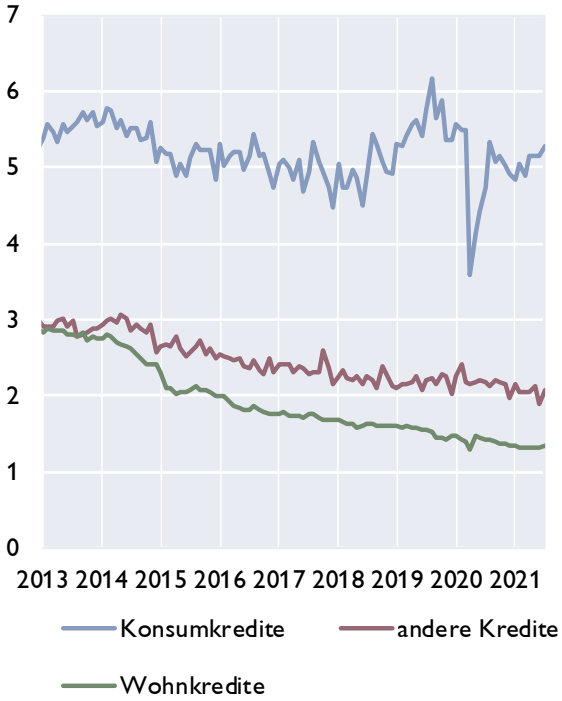


Quelle: EZB, Macrobond.

Euroraum: Renditen und Kreditzinsen

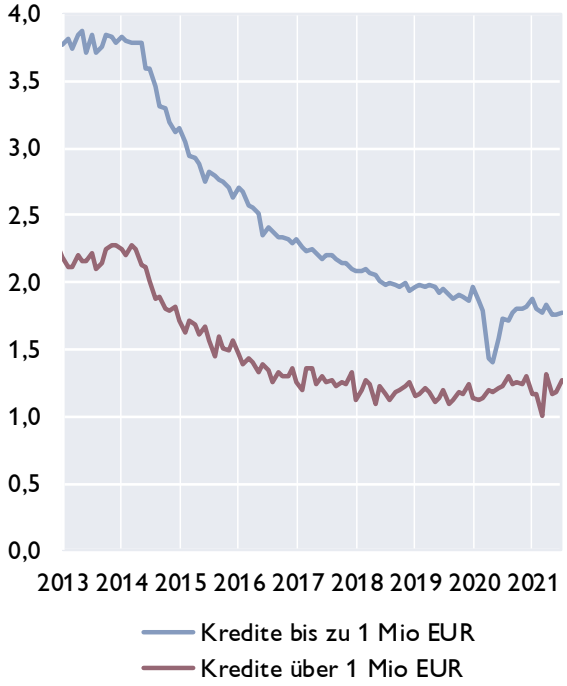
Kreditzinssätze für private Haushalte

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



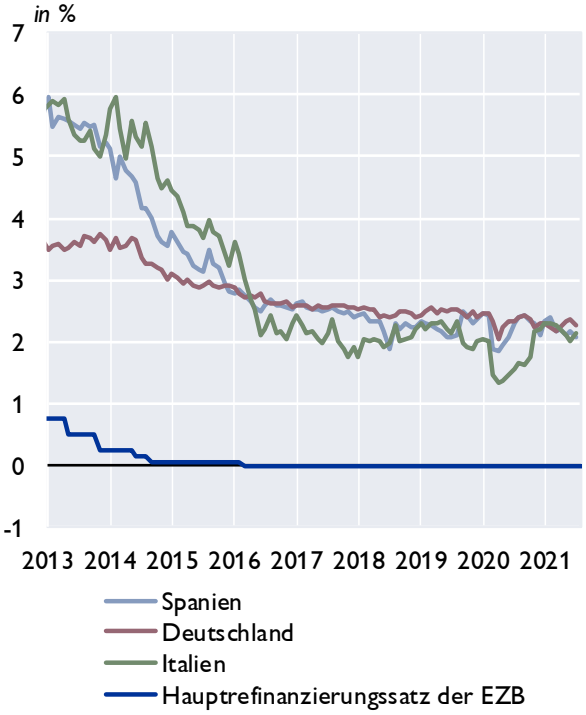
Kreditzinssätze für Unternehmen

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



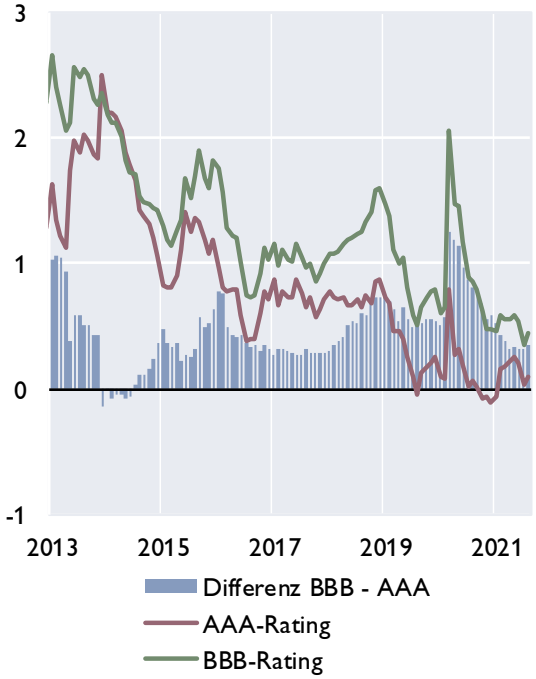
Kreditzinssätze für Unternehmen in ausgewählten Ländern und Leitzinssatz des Euroraums

in %



Renditen für Anleihen nicht-finanzieller Unternehmen

in %

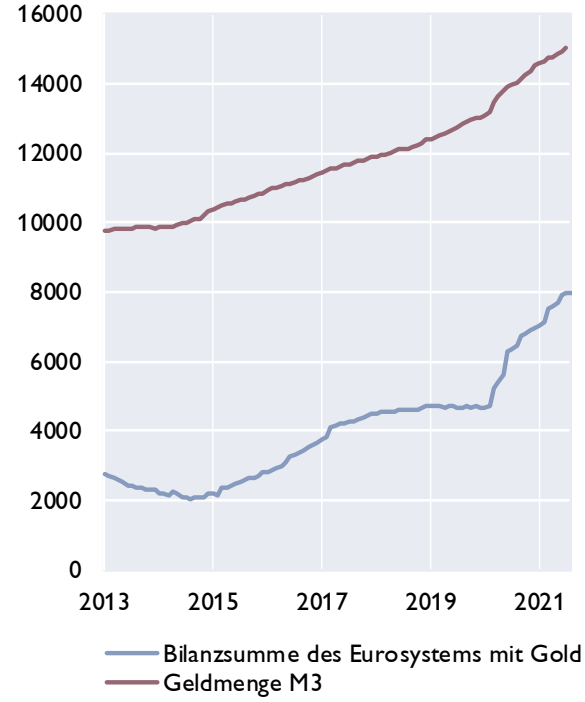


Quelle: Macrobond, EZB.

Euroraum: Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation

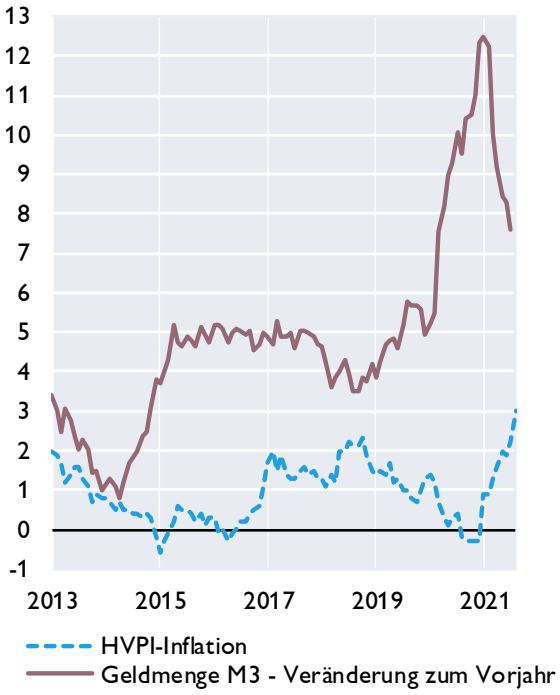
Bilanz im Eurosystem und Geldmenge M3

in Mrd EUR



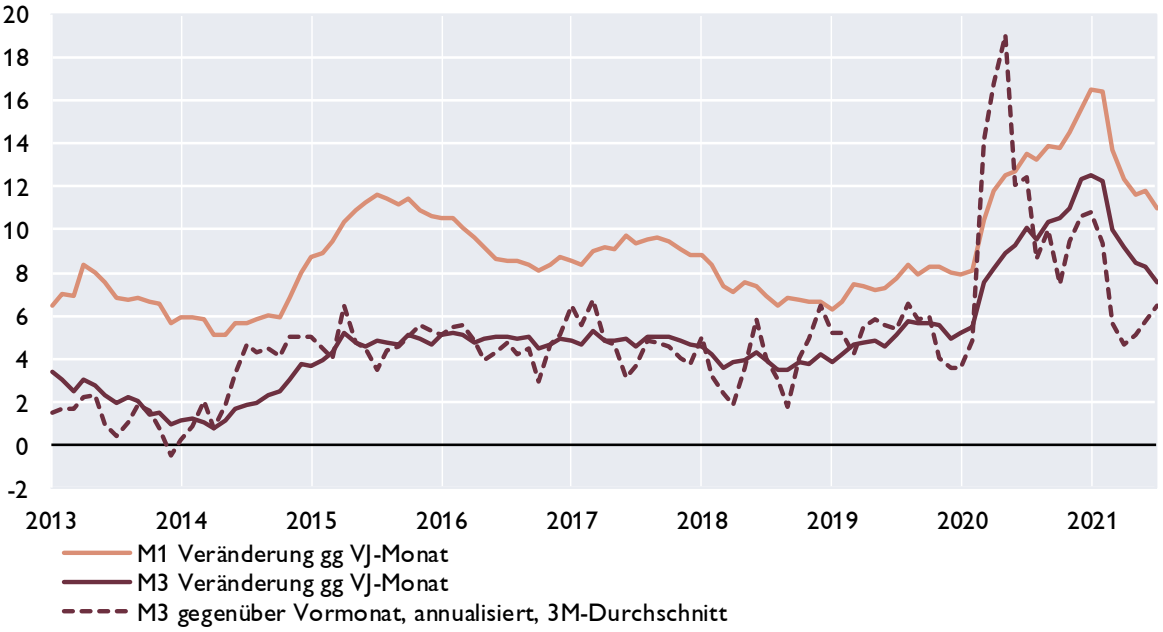
Geldmenge M3 und Inflation

in %



Geldmenge M1 und M3

in %



Quelle: EZB, Eurostat, Macrobond.

Euroraum: Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt

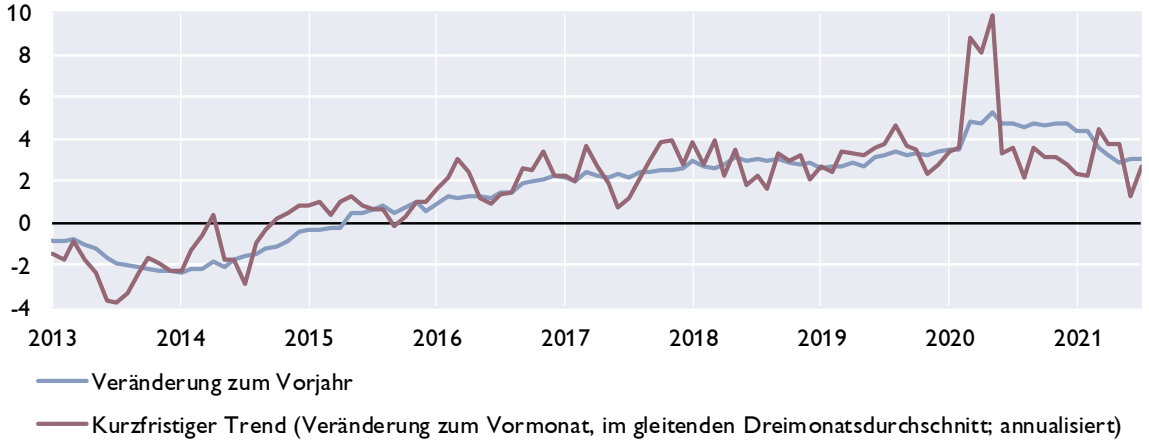
Gegenposten der Geldmenge M3

Veränderung zum Vorjahr in %

	arbeitstägig und saisonal bereinigt	2019	2020	Feb.21	Mär.21	Apr.21	Mai.21	Jun.21	Jul.21
Aktiva	Kredite	2,0	9,7	9,9	9,0	7,7	6,7	6,2	6,0
	Kredite an öffentliche Haushalte	−1,9	22,3	24,0	21,9	18,0	15,4	13,1	12,4
	Kredite an sonstige Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet	3,4	5,3	5,0	4,6	4,0	3,5	3,6	3,4
	davon: Buchkredite an den privaten Sektor [1)]	*3,4*	*4,7*	*4,4*	*3,6*	*3,3*	*2,8*	*3,1*	*3,0*
	Aktiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	3,2	5,8	2,4	0,7	2,1	3,2	4,4	4,0
Passiva	Passiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	−2,6	8,8	5,6	3,2	3,2	4,8	6,7	5,7
	Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs	1,6	−0,5	−0,9	−0,3	−0,3	−0,9	−0,6	−0,6

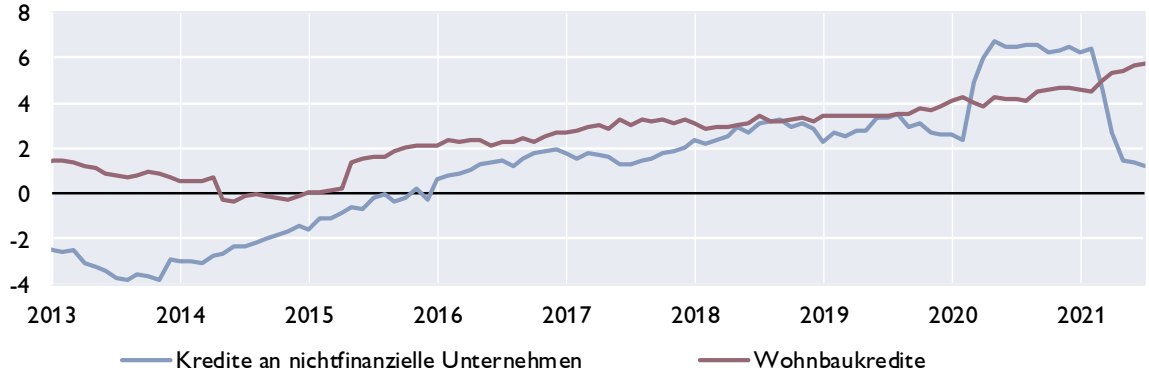
Entwicklung der Buchkredite an den privaten Sektor[1]

in %



Kreditentwicklung

Veränderung zum Vorjahr in %



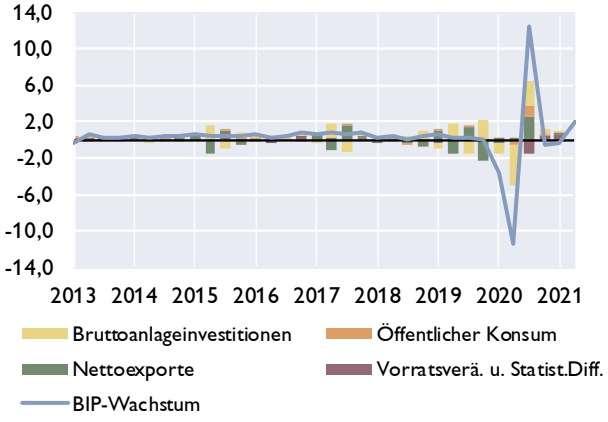
Quelle: EZB.

[1] *Nichtfinanzielle Unternehmen ohne öffentlichen Sektor.*

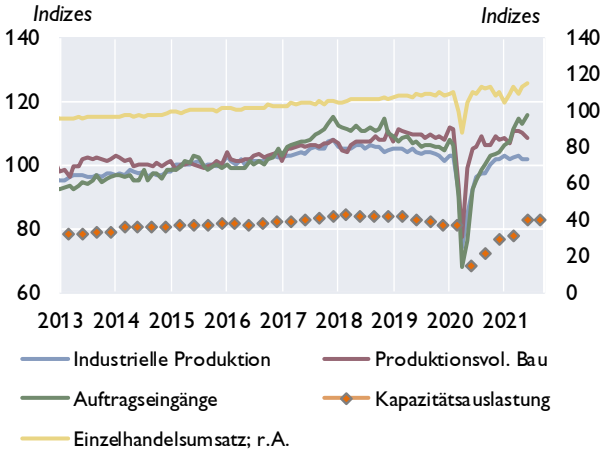
Euroraum: Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren

Wachstumsbeiträge zum realen BIP

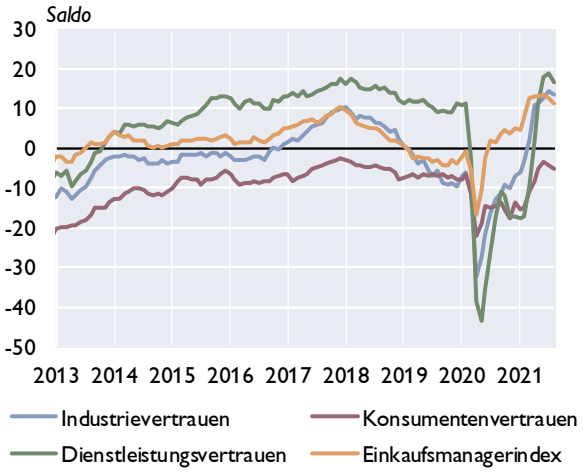
Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



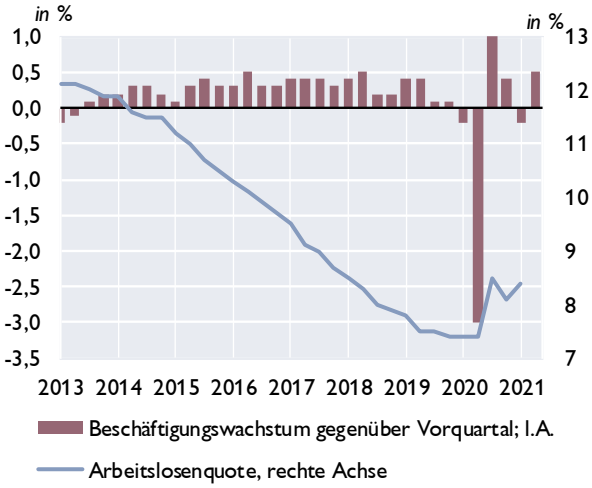
Frühindikatoren zum BIP-Wachstum



Geschäftsklimaindikatoren



Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



Zahlungsbilanz

Salden	2018	2019	2020	2Q20	3Q20	4Q20	1Q21	2Q21
Leistungsbilanz	346,2	282,2	247,7	29,7	84,7	98,2	72,6	61,6
Güter	288,5	314,7	340,8	56,6	94,7	113,1	92,9	74,0
Dienstleistungen	117,8	63,9	36,6	13,8	20,5	15,1	16,1	29,5
Einkommen	92,4	56,5	32,7	−5,0	0,1	18,5	20,8	−9,0
Laufende Transfers	−152,5	−152,9	−162,4	−35,7	−30,5	−48,5	−57,2	−32,9
Vermögensübertragungen	−37,3	−26,2	−3,3	−4,7	1,1	−0,9	3,4	4,9
Kapitalbilanz	303,5	200,3	256,7	23,8	98,0	125,8	84,8	95,9
Direktinvestitionen	137,1	−95,4	−181,6	−108,6	27,0	−111,4	62,8	−39,4
Portfolioinvestitionen	206,8	−41,7	604,9	174,6	17,4	594,9	94,3	192,1
Finanzderivate	39,9	1,1	0,5	40,8	−31,8	−19,6	7,2	12,5
Sonstige Investiitionen	−105,3	333,1	−180,4	−86,2	81,9	−340,2	−76,5	−76,8
Währungsreserven	25,1	3,2	13,2	3,2	3,4	2,1	−3,0	7,5
Statistische Differenz	−5,4	−55,7	12,3	−1,2	12,2	28,6	8,8	29,5
Leistungsbilanz in % des BIP[1]	3,5	3,1	3,0	1,0	2,3	3,0	3,5	..

[1] *Quartale: Saisonbereinigte Daten.*

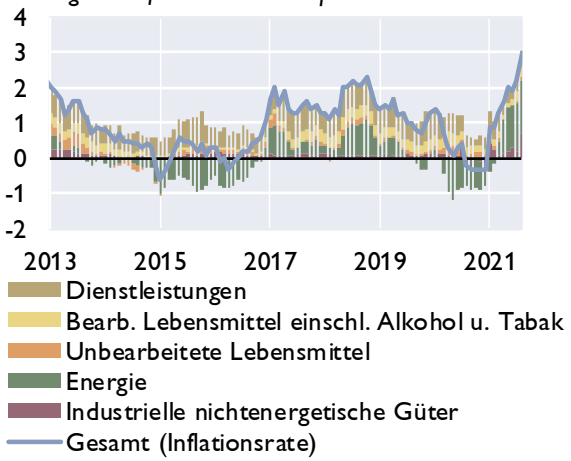
Quelle: EZB, Eurostat, Europäische Kommission, Markit.

Euroraum: Inflation und Arbeitskosten

HVPI	2021	2019	2020	Mai.21	Jun.21	Jul.21	Aug.21
COICOP[1]-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	Veränderung zum Vorjahr in %					
Gesamt-HVPI	100,0	1,2	0,3	2,0	1,9	2,2	3,0*)
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	17,3	1,4	2,0	0,1	0,2	1,4	..
Alkoholische Getränke und Tabak	4,5	3,1	3,4	2,3	1,9	2,2	..
Bekleidung und Schuhe	5,3	0,7	0,0	0,4	1,8	−3,3	..
Wohnung, Wasser, Energie	17,7	1,7	−0,8	3,5	3,7	4,7	..
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	6,8	0,4	0,5	0,8	1,0	1,3	..
Gesundheitspflege	5,0	0,8	0,6	0,2	0,2	0,3	..
Verkehr	13,7	1,1	−2,2	6,6	6,0	6,8	..
Nachrichtenübermittlung	3,2	−2,1	−1,7	−1,1	−1,0	−0,1	..
Freizeit und Kultur	8,0	0,3	0,2	1,4	−0,4	−1,4	..
Bildungswesen	1,0	0,2	0,5	0,3	0,2	0,2	..
Hotels, Cafes und Restaurants	7,5	2,0	1,1	0,2	0,6	1,7	..
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	10,0	1,6	1,5	1,7	1,9	1,9	..

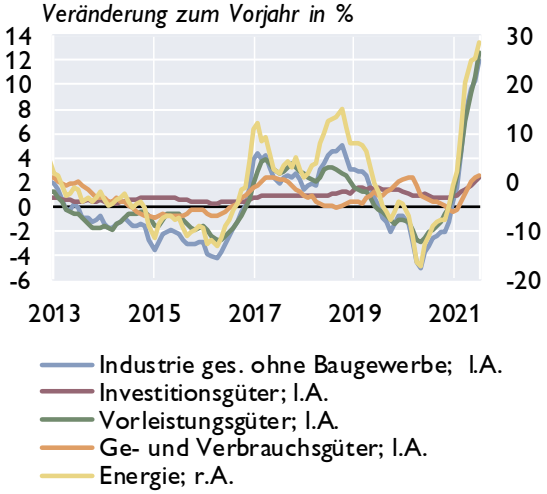
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



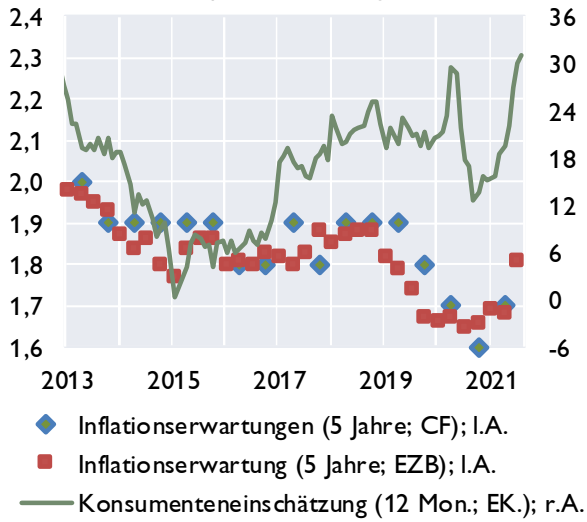
Erzeugerpreise

Veränderung zum Vorjahr in %



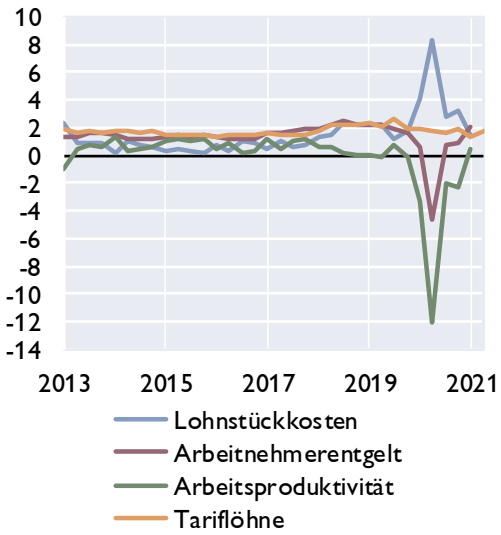
Umfragebasierte Inflationserwartungen

in % *Saldo aus positiven und negativen Antworten*



Arbeitskosten

Veränderung zum Vorjahr in %



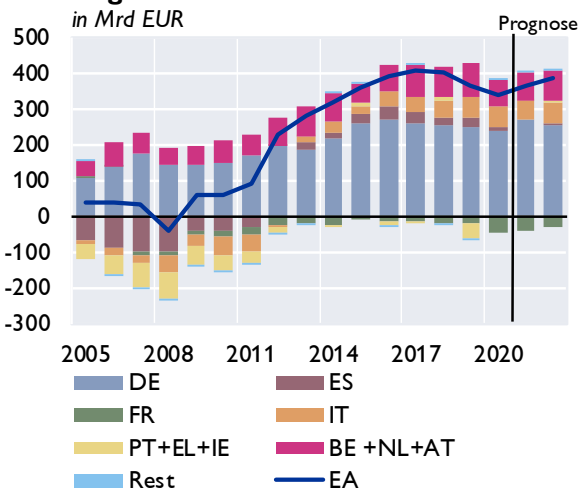
Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Consensus Forecasts.

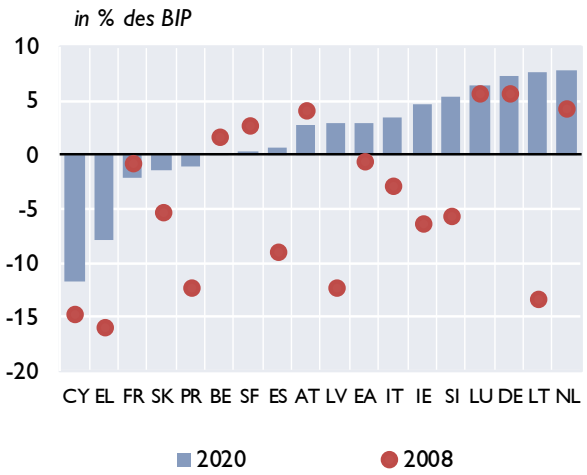
[1] Classification of Individual Consumption by Purpose

*) Schnellschätzung.

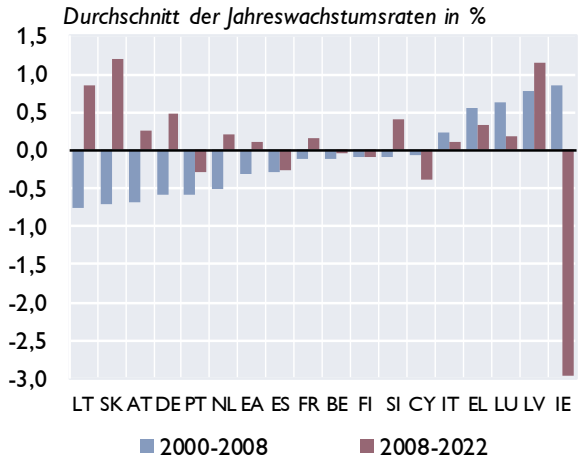
Euroraum: Makroökonomische Ungleichgewichte

Leistungsbilanzsalden[1]

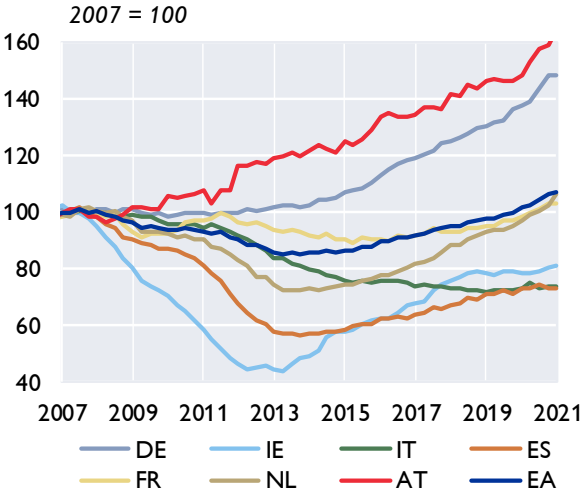




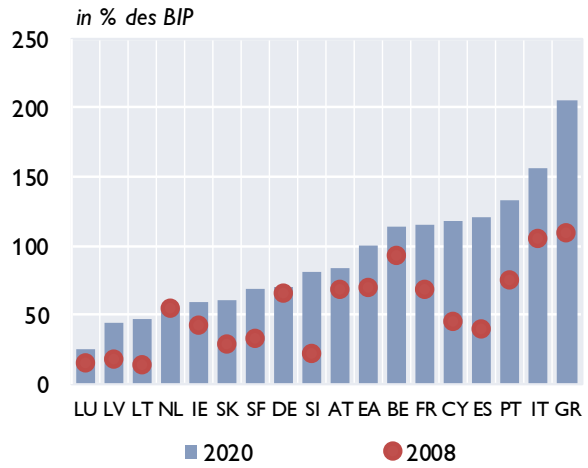
Lohnstückkosten[1]



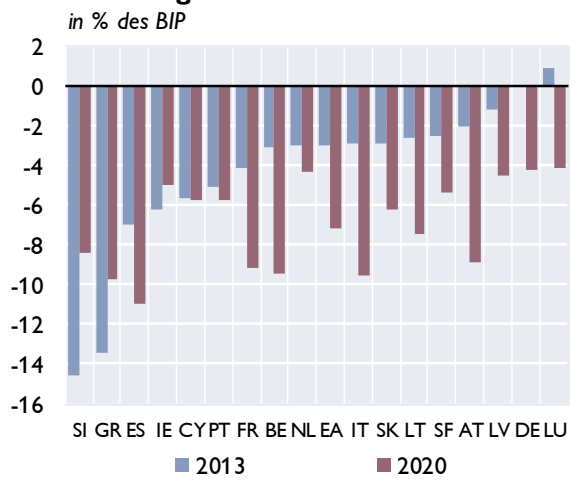
Immobilienpreisindizes



Verschuldung des Gesamtstaates



Finanzierungssaldo des Gesamtstaates



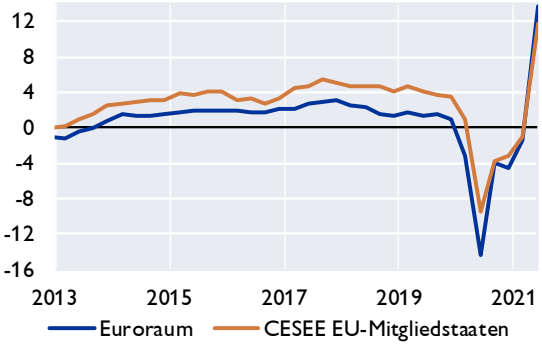
Quelle: Europäische Kommission, Macrobond. - [1] Prognose: EK-Prognose Mai 2021.

Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren

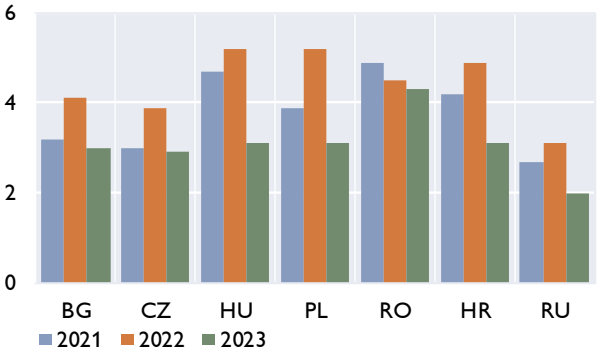
Reales BIP-Wachstum

in % gegenüber der Vorjahresperiode



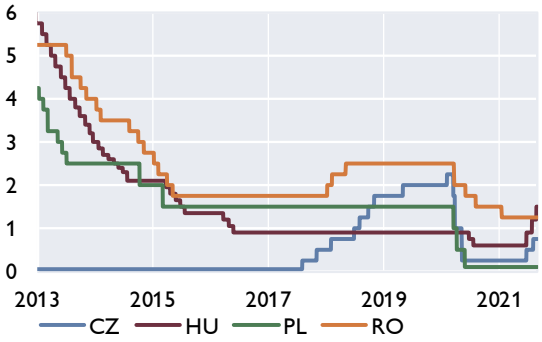
OeNB-BOFIT[1] Prognose April 2021

reales BIP-Wachstum in %



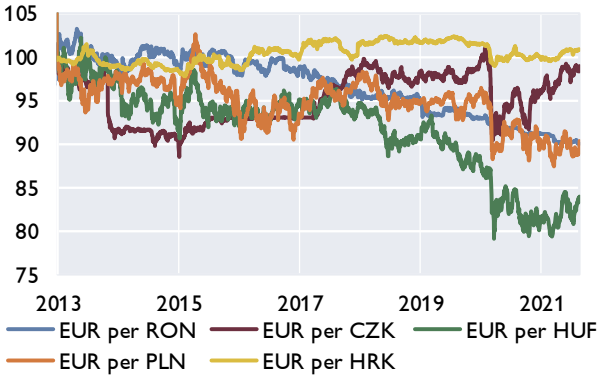
Leitzinsen

in %



Wechselkursentwicklung

Jan. 2013=100, Anstieg = Aufwertung



Prognosen zum Wirtschaftswachstum

	OeNB-BOFIT		EU-Kommission		IWF		wiiw	
	April 2021		Juni 2021		April 2021		Juli 2021	
	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022
Bulgarien	3,2	4,1	4,6	4,1	4,4	4,4	3,0	3,5
Estland	×	×	4,9	3,8	3,4	4,2	4,2	4,5
Kroatien	4,2	4,9	5,4	5,9	4,7	5,0	5,1	5,3
Lettland	×	×	3,8	6,0	3,9	5,2	3,2	5,0
Litauen	×	×	3,8	3,9	3,2	3,2	3,0	4,0
Polen	3,9	5,2	4,8	5,2	3,5	4,5	4,0	4,5
Rumänien	4,9	4,5	7,4	4,9	6,0	4,8	5,2	4,5
Russland	2,7	3,1	×	×	3,8	3,8	3,5	3,0
Slowakei	×	×	4,9	5,3	4,7	4,4	4,0	4,4
Slowenien	×	×	5,7	5,0	3,7	4,5	4,0	4,3
Tschechische Republik	3,0	3,9	3,9	4,5	4,2	4,3	3,0	3,9
Ungarn	4,7	5,2	6,3	5,0	4,3	5,9	4,9	4,5

[1] *Bank of Finland Institute for Economies in Transition.*

Quelle: Eurostat, OeNB, Macrobond, Europäische Kommission, IWF, wiiw, BOFIT.

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts

	Prognose[1]							
	2020	2021	2022	2Q20	3Q20	4Q20	1Q21	2Q21
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	−6,3	5,4	3,7	−14,0	−4,3	−4,9	−0,5	14,9
Deutschland	−4,6	3,6	4,6	−11,3	−3,7	−2,9	−3,1	9,4
Estland	−2,9	4,9	3,8	−5,6	−3,5	−1,3	5,0	..
Irland	5,9	7,2	5,1	1,4	11,2	4,3	9,9	..
Griechenland	−8,2	4,3	6,0	−13,9	−10,0	−6,9	−2,3	..
Spanien	−10,8	6,2	6,3	−21,6	−8,6	−8,9	−4,2	19,8
Frankreich	−7,9	6,0	4,2	−18,7	−3,6	−4,2	1,7	18,7
Italien	−8,9	5,0	4,2	−18,2	−5,2	−6,5	−0,7	17,3
Zypern	−5,1	4,3	3,8	−12,5	−4,6	−4,4	−1,6	..
Lettland	−3,6	3,8	6,0	−8,6	−2,8	−1,8	−1,2	..
Litauen	−0,9	3,8	3,9	−4,7	0,1	−1,1	1,4	9,2
Luxemburg	−1,3	4,8	3,3	−8,0	−0,1	1,7	4,9	..
Malta	−7,8	5,6	5,8	−15,0	−10,6	−7,9	−1,6	13,3
Niederlande	−3,8	3,3	3,3	−9,1	−2,6	−3,1	−2,3	10,0
Österreich	−6,3	3,8	4,5	−13,2	−3,4	−5,9	−4,5	11,4
Portugal	−7,6	3,9	5,1	−16,4	−5,6	−6,1	−5,3	..
Slowenien	−5,5	5,7	5,0	−13,1	−2,9	−4,8	2,3	..
Slowakische Republik	−4,8	4,9	5,3	−10,5	−2,7	−2,7	0,3	10,2
Finnland	−2,9	2,7	2,9	−7,0	−2,7	−1,9	−1,4	7,0
Euroraum	−6,4	4,8	4,5	−14,4	−4,0	−4,6	−1,3	13,6
Bulgarien	−4,2	4,6	4,1	−8,6	−5,2	−3,8	−1,8	..
Tschechische Republik	−5,8	3,9	4,5	−10,9	−5,4	−5,3	−2,5	8,2
Dänemark	−2,1	3,0	3,4	−6,6	−1,3	−0,5	−0,8	..
Kroatien	−8,0	5,4	5,9	−14,6	−10,1	−6,9	−1,0	16,1
Ungarn	−5,0	6,3	5,0	−13,3	−5,2	−3,9	−1,6	..
Polen	−2,7	4,8	5,2	−7,9	−2,0	−2,7	−1,4	..
Rumänien	−3,9	7,4	4,9	−9,4	−5,4	−2,3	−0,4	13,6
Schweden	−2,8	4,6	3,6	−8,2	−1,9	−1,8	−0,2	9,5
EU	−6,0	4,8	4,5	−13,6	−3,9	−4,3	−1,3	13,2
Türkei	1,8	5,2	4,2	−10,3	6,3	5,9	7,0	..
Vereinigtes Königreich	−9,8	5,0	5,3	−21,4	−8,5	−7,3	−6,1	22,2
USA	−3,4	6,3	3,8	−9,1	−2,9	−2,3	0,5	12,2
Japan	−4,7	3,1	2,5	−10,1	−5,5	−0,9	−1,3	7,6
Schweiz	−2,9	2,7	2,5	−7,5	−1,4	−1,7	−0,5	..
Russland	−3,0	2,7	2,3	−7,8	−3,5	−1,8	−0,7	..
Brasilien	−4,1	3,4	1,8	−10,9	−3,9	−1,1	1,0	..
China	2,0	7,9	5,4	3,2	4,9	6,5	18,3	7,9
Indien	−7,0	10,5	6,5	−24,4	−7,4	0,5	1,6	..

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter, EK, Macrobond.

[1] EK Interimsprognose Juli 2021 (ausschließlich EU-Länder); restliche Länder: Prognose Mai 2021.

Entwicklung der Verbraucherpreise[1]

	2020	Prognose[2] 2021	2022	Apr.21	Mai.21	Jun.21	Jul.21	Aug.21
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	0,4	2,1	1,7	2,1	2,5	2,6	1,4	4,7
Deutschland	0,4	2,8	1,6	2,1	2,4	2,1	3,1	3,4
Estland	−0,6	2,2	2,4	1,6	3,2	3,7	4,9	5,0
Irland	−0,5	1,5	1,2	1,1	1,9	1,6	2,2	3,1
Griechenland	−1,3	−0,4	0,5	−1,1	−1,2	0,6	0,7	1,2
Spanien	−0,3	2,1	1,4	2,0	2,4	2,5	2,9	3,3
Frankreich	0,5	1,6	1,2	1,6	1,8	1,9	1,5	2,4
Italien	−0,1	1,4	1,2	1,0	1,2	1,3	1,0	2,6
Zypern	−1,1	1,4	1,3	1,2	1,5	2,2	2,7	3,3
Lettland	0,1	2,0	2,1	1,7	2,6	2,7	2,8	3,6
Litauen	1,1	2,3	2,0	2,4	3,5	3,5	4,3	4,9
Luxemburg	0,0	2,5	1,7	3,3	4,0	3,4	3,3	3,5
Malta	0,8	1,1	1,6	0,1	0,2	0,2	0,3	0,3
Niederlande	1,1	1,8	1,5	1,7	2,0	1,7	1,4	2,7
Österreich	1,4	2,1	1,9	1,9	3,0	2,8	2,8	3,1
Portugal	−0,1	0,8	1,1	−0,1	0,5	−0,6	1,1	1,3
Slowenien	−0,3	1,4	1,7	2,2	2,2	1,7	2,0	2,1
Slowakische Republik	2,0	2,1	2,2	1,7	2,0	2,5	2,9	3,3
Finnland	0,4	1,5	1,6	2,2	2,3	1,9	1,8	1,8
Euroraum	0,3	1,9	1,4	1,6	2,0	1,9	2,2	3,0*)
Bulgarien	1,2	1,9	2,5	2,0	2,3	2,4	2,2	..
Tschechische Republik	3,3	2,7	2,3	3,1	2,7	2,5	2,7	..
Dänemark	0,3	1,5	1,3	1,5	1,9	1,9	1,7	..
Kroatien	0,0	1,5	1,3	2,1	2,4	2,2	2,7	..
Ungarn	3,4	4,4	3,3	5,2	5,3	5,3	4,7	..
Polen	3,7	4,2	3,1	5,1	4,6	4,1	4,7	..
Rumänien	2,3	3,2	2,9	2,7	3,2	3,5	3,8	..
Schweden	0,7	2,1	1,2	2,8	2,4	1,8	1,8	..
EU	0,7	2,2	1,6	2,0	2,3	2,2	2,5	..
Türkei	12,3	15,7	12,5	17,1	16,6	17,5	18,9	..
Vereinigtes Königreich	0,9	1,6	1,8	1,5	2,1	2,5	2,0	..
USA	1,2	2,2	2,0	4,2	4,9	5,3	5,3	..
Japan	−0,0	0,3	0,9	−1,1	−0,8	−0,5	−0,3	..
Schweiz	−0,8	1,5	1,4	−0,1	0,3	0,5	0,5	..
Russland	3,4	4,7	4,3	5,5	6,0	6,5	6,4	..
Brasilien	3,2	4,6	4,0	6,8	8,1	8,3	9,0	..
China[4]	2,5	3,1	2,2	0,9	1,3	1,1	1,0	..
Indien	5,6	4,9	4,1	5,1	5,3	5,6	..	..

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter. **) Schnellschätzung.*

[1] *EU, Türkei, Schweiz: HVPI; restliche Länder nationaler VPI.*

[2] *EK Interimsprognose Juli 2021 (ausschließlich EU-Länder); restliche Länder EK Prognose Mai 2021; Brasilien u. Indien: IWF WEO Prognose April 202*

[4] *China Prognose: GDP-Deflator.*

Arbeitslosenquoten[1]

	2020	Prognose[2] 2021	2022	Mär.21	Apr.21	Mai.21	Jun.21	Jul.21
	in %							
Belgien	5,6	6,7	6,5	6,8	6,7	6,5	6,2	5,9
Deutschland	3,8	4,1	3,4	3,8	3,8	3,7	3,7	3,6
Estland	6,8	7,9	6,3	6,8	6,5	6,8	6,6	6,5
Irland	5,7	10,7	8,1	7,7	7,4	7,0	6,7	6,5
Griechenland	16,3	16,3	16,1	16,8	17,1	15,6	14,8	14,6
Spanien	15,5	15,7	14,4	15,4	15,5	15,4	15,0	14,3
Frankreich	8,0	9,1	8,7	8,1	8,3	8,3	8,0	7,9
Italien	9,2	10,2	9,9	10,0	10,2	9,9	9,4	9,3
Zypern	7,6	7,5	7,2	7,9	9,7	10,5	8,2	5,2
Lettland	8,1	8,2	6,9	7,7	7,7	7,8	7,8	7,6
Litauen	8,5	8,3	7,1	6,5	7,2	7,7	7,8	7,5
Luxemburg	6,8	7,4	7,3	6,3	6,3	6,2	5,9	5,7
Malta	4,3	4,3	3,8	3,8	3,6	3,4	3,4	3,3
Niederlande	3,8	4,3	4,4	3,5	3,4	3,3	3,2	3,1
Österreich	5,4	5,0	4,8	6,7	7,1	6,7	6,2	6,2
Portugal	6,9	6,8	6,5	6,6	7,0	7,0	6,8	6,6
Slowenien	5,0	5,0	4,8	5,0	4,7	4,5	4,2	4,0
Slowakische Republik	6,7	7,4	6,6	7,2	7,0	6,9	6,7	6,6
Finnland	7,8	7,6	7,2	7,6	8,5	8,2	7,7	7,8
Euroraum	7,9	8,4	7,8	8,1	8,2	8,0	7,8	7,6
Bulgarien	5,1	4,8	3,9	6,2	6,1	6,1	6,0	5,9
Tschechische Republik	2,6	3,8	3,5	3,4	3,3	3,1	2,8	2,8
Dänemark	5,6	5,5	5,2	5,7	5,4	5,1	4,6	4,3
Kroatien	7,5	7,2	6,6	7,4	7,7	8,0	7,5	7,3
Ungarn	4,3	4,3	3,8	3,9	4,5	3,9	4,0	4,3
Polen	3,2	3,5	3,3	4,0	3,9	3,8	3,6	3,4
Rumänien	5,0	5,2	4,8	5,8	5,5	5,3	5,0	5,1
Schweden	8,3	8,2	7,5	9,4	9,1	9,1	9,4	8,4
EU	7,1	7,6	7,0	7,4	7,5	7,3	7,1	6,9
Türkei	13,2	13,5	14,1	13,2	13,8	13,2	..	..
Vereinigtes Königreich	4,5	5,6	5,9	4,8	4,8	4,7	..	..
USA	8,1	4,6	3,4	6,0	6,1	5,8	5,9	5,4
Japan	2,8	2,9	2,6	2,6	2,8	3,0	2,9	2,8
Schweiz	3,1	5,0	4,7	3,3	3,2	3,2	3,1	..
Russland	5,8	5,7	5,7	5,4	5,2	4,9	4,8	..
Brasilien	13,2	14,5	13,2	14,7	14,7	14,6	14,1	..
China	4,0	3,6	3,6	4,2	3,9	3,9	3,9	..
Indien	10,3	x	x	6,5	8,0	11,9	9,2	7,0

Quelle: Eurostat, Macrobond, EK, IWF.

[1] *EU: saisonal bereinigte Arbeitslosenquoten.*

[2] *EK-Prognose Mai 2021; BR, CN: IWF-Prognose April 2021.*

Leistungsbilanzsalden

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	Prognose[1] 2021	2022
	in % des BIP									
Belgien	1,8	1,5	1,4	0,6	0,7	−0,8	0,3	0,1	−0,2	−0,5
Deutschland	6,6	7,4	8,7	8,7	8,0	7,6	7,3	7,2	7,8	6,9
Estland	0,3	0,7	1,8	1,2	2,3	0,9	1,9	−1,0	1,9	1,7
Irland	1,6	1,1	4,4	−4,2	0,5	6,0	−11,4	4,6	4,5	4,2
Griechenland	−1,7	−1,4	−1,5	−2,3	−2,2	−3,6	−2,2	−7,8	−7,6	−5,4
Spanien	2,0	1,7	2,0	3,2	2,8	1,9	2,1	0,7	−0,1	0,3
Frankreich	−1,0	−1,2	−0,5	−0,6	−0,7	−0,9	−0,8	−2,0	−1,7	−1,2
Italien	1,1	1,9	1,4	2,6	2,5	2,5	3,2	3,5	2,9	3,2
Zypern	−1,5	−4,1	−0,5	−4,2	−5,3	−3,9	−6,3	−11,8	−11,0	−8,9
Lettland	−2,5	−1,6	−0,6	1,6	1,3	−0,3	−0,7	3,0	−0,4	−0,5
Litauen	1,7	3,5	−2,4	−1,1	0,6	0,3	3,3	7,6	6,0	5,8
Luxemburg	−1,4	−1,0	0,3	0,2	−0,9	−0,0	−1,1	6,5	7,9	8,6
Malta	0,1	5,7	2,7	3,7	11,1	11,1	5,3	−1,3	−1,9	0,1
Niederlande	10,1	9,5	6,3	8,1	10,8	10,8	10,0	7,8	8,1	8,7
Österreich	1,9	2,5	1,9	2,9	1,5	1,4	3,0	2,7	2,2	2,7
Portugal	1,0	−0,1	−0,0	0,6	1,0	0,3	0,2	−1,1	−0,8	−0,4
Slowenien	2,3	5,1	3,9	4,8	6,4	6,0	5,7	5,4	4,3	3,3
Slowakische Republik	3,1	2,6	−0,6	−2,0	−0,9	−0,2	−1,8	−1,5	−0,3	−0,4
Finnland	−2,0	−1,4	−0,8	−2,0	−0,8	−1,9	−0,4	0,3	0,1	0,5
Euroraum	2,8	3,1	3,4	3,6	3,7	3,5	3,1	3,0	3,1	3,1
Bulgarien	2,0	0,4	0,6	5,3	6,1	5,0	5,6	4,1	6,0	7,5
Tschechische Republik	−1,5	−1,3	−1,7	−0,3	0,8	−0,6	−0,9	0,1	−0,3	−0,8
Dänemark	7,8	8,9	8,2	7,8	8,0	7,0	8,9	7,8	8,0	8,4
Kroatien	−1,1	0,5	3,9	2,6	3,9	2,4	3,1	−1,1	−2,0	−0,7
Ungarn	3,5	1,2	2,3	4,6	1,9	0,4	−0,4	−0,3	−0,6	−0,5
Polen	−1,0	−1,9	−0,1	−0,3	−0,3	−1,0	0,9	3,1	2,8	2,1
Rumänien	−0,7	−0,0	−0,3	−1,2	−3,2	−4,4	−4,7	−5,0	−4,9	−4,7
Schweden	4,8	4,1	3,1	2,4	2,8	2,5	5,1	5,4	6,0	6,7
EU	2,8	3,0	3,3	3,4	3,4	3,1	3,0	3,0	3,1	3,1
Türkei	−6,5	−4,6	−3,6	−3,8	−5,5	−3,5	1,2	−5,2	−3,9	−3,1
Vereinigtes Königreich	−4,9	−4,9	−5,0	−5,4	−3,8	−3,7	−3,1	−3,5	−5,0	−4,8
USA	−2,0	−2,1	−2,2	−2,1	−1,9	−2,2	−2,2	−3,1	−3,4	−3,4
Japan	0,9	0,8	3,1	3,9	4,1	3,5	3,7	3,4	3,3	3,2
Schweiz	11,1	8,0	10,9	9,1	6,1	7,8	10,1	4,8	4,9	5,3
Russland	1,4	2,6	4,9	2,0	2,1	6,8	3,8	3,2	5,4	5,8
Brasilien	−3,2	−4,1	−3,0	−1,3	−0,7	−2,2	−2,7	−0,9	−0,6	−0,8
China	1,5	2,2	2,8	1,8	1,5	0,2	0,7	1,9	1,5	1,3
Indien	−1,7	−1,3	−1,1	−0,6	−1,8	−2,1	−0,9	1,0	−1,2	−1,6

Quelle: Europäische Kommission, IWF.

[1] *EK-Prognose Mai 2021; BR, IN: IWF-Prognose April 2021.*

Fiskaldaten

	Budgetsalden						Staatsschulden					
				Prognose[1]						Prognose[1]		
	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2017	2018	2019	2020	2021	2022
	in % des BIP											
Belgien	−0,7	−0,8	−1,9	−9,4	−7,6	−5,0	102,0	99,8	98,1	114,1	115,3	115,6
Deutschland	1,4	1,8	1,5	−4,2	−7,5	−2,5	65,1	61,8	59,7	69,8	73,0	72,2
Estland	−0,7	−0,6	0,1	−4,9	−5,6	−3,3	9,1	8,2	8,4	18,2	21,3	24,0
Irland	−0,3	0,1	0,5	−5,0	−5,0	−2,9	67,0	63,0	57,4	59,5	61,4	59,7
Griechenland	0,6	0,9	1,1	−9,7	−10,0	−3,2	179,2	186,2	180,5	205,7	208,8	201,5
Spanien	−3,0	−2,5	−2,9	−11,0	−7,6	−5,2	98,6	97,4	95,5	120,0	119,6	116,9
Frankreich	−3,0	−2,3	−3,1	−9,2	−8,5	−4,7	98,3	98,0	97,6	115,7	117,4	116,4
Italien	−2,4	−2,2	−1,6	−9,5	−11,7	−5,8	134,1	134,4	134,6	155,8	159,8	156,6
Zypern	1,9	−3,5	1,5	−5,7	−5,1	−2,0	93,5	99,2	94,0	118,2	112,3	106,6
Lettland	−0,8	−0,8	−0,6	−4,5	−7,3	−2,0	39,0	37,1	37,0	43,5	47,3	46,4
Litauen	0,5	0,6	0,5	−7,4	−8,2	−6,0	39,1	33,7	35,9	47,3	51,9	54,1
Luxemburg	1,3	3,0	2,4	−4,1	−0,4	−0,1	22,3	21,0	22,0	24,9	27,0	26,9
Malta	3,2	1,9	0,4	−10,1	−11,8	−5,5	48,5	44,8	42,0	54,3	64,7	65,5
Niederlande	1,3	1,4	1,8	−4,3	−5,0	−1,8	56,9	52,4	48,7	54,5	57,9	56,8
Österreich	−0,8	0,2	0,6	−8,9	−7,6	−3,0	78,5	74,0	70,5	83,9	87,2	85,0
Portugal	−3,0	−0,4	0,1	−5,7	−4,7	−3,4	126,1	121,5	116,8	133,6	127,2	122,3
Slowenien	−0,1	0,7	0,4	−8,4	−8,5	−4,7	74,2	70,3	65,6	80,9	79,0	76,7
Slowakische Republik	−1,0	−1,0	−1,3	−6,2	−6,5	−4,1	51,5	49,6	48,2	60,6	59,5	59,0
Finnland	−0,7	−0,9	−1,0	−5,4	−4,6	−2,1	61,2	59,7	59,5	69,2	71,0	70,1
Euroraum	−0,9	−0,5	−0,6	−7,2	−8,0	−3,8	89,7	87,7	85,8	100,0	102,4	100,8
Bulgarien	1,2	2,0	2,1	−3,4	−3,2	−1,9	25,3	22,3	20,2	25,0	24,5	24,0
Tschechische Republik	1,5	0,9	0,3	−6,2	−8,5	−5,4	34,2	32,1	30,3	38,1	44,3	47,1
Dänemark	1,8	0,7	3,8	−1,2	−2,1	−1,4	35,9	34,0	33,3	42,2	40,2	38,8
Kroatien	0,8	0,2	0,3	−7,4	−4,6	−3,2	77,6	74,3	72,8	88,7	85,6	82,9
Ungarn	−2,4	−2,1	−2,1	−8,1	−6,8	−4,5	72,2	69,1	65,5	80,5	78,6	77,2
Polen	−1,5	−0,2	−0,7	−7,0	−4,3	−2,3	50,6	48,8	45,6	57,5	57,1	55,1
Rumänien	−2,6	−2,9	−4,4	−9,3	−8,0	−7,1	35,1	34,7	35,3	47,3	49,7	52,7
Schweden	1,4	0,8	0,6	−3,1	−3,3	−0,5	40,7	38,9	35,0	39,9	40,8	39,4
EU	−0,8	−0,4	−0,5	−6,9	−7,5	−3,7	83,3	81,2	79,2	92,4	94,4	92,9
Türkei	−2,8	−2,8	−4,5	−4,5	−4,0	−3,6	28,1	30,4	32,7	39,5	41,3	42,0
Vereinigtes Königreich	−2,4	−2,2	−2,3	−12,3	−11,8	−5,5	86,3	85,8	85,2	102,1	108,2	108,5
USA	−4,3	−6,2	−6,6	−16,1	−16,0	−6,8	105,6	106,6	108,2	127,4	135,6	133,7
Japan	−2,9	−2,2	−2,9	−13,2	−9,5	−4,1	231,6	232,6	234,8	256,2	259,0	255,2
Schweiz	1,1	1,3	1,4	−3,6	−2,5	−0,5	33,5	31,2	25,9	28,1	29,4	28,8
Russland	−0,6	3,2	2,6	−4,6	−3,6	−2,4	14,3	13,5	14,0	19,4	20,5	20,9
Brasilien	−7,9	−7,1	−5,9	−13,4	−8,3	−7,2	83,6	85,6	87,7	98,9	98,4	98,8
China	−3,8	−4,7	−6,3	−11,4	−9,6	−8,7	51,7	53,8	57,1	66,8	69,6	73,7
Indien	−6,4	−6,3	−7,4	−12,3	−10,0	−9,1	69,5	70,2	73,9	89,6	86,6	86,3

Quelle: Europäische Kommission, IWF.
[1] EK-Prognose Mai 2021; BR, CN, IN: IWF-Prognose April 2021.

Prognose und Szenarien wichtiger Wirtschaftsindikatoren für Österreich

Aktuelle Prognose	OeNB			WIFO		IHS		OECD		IWF		EU-Kommission	
	Juni 2021			Juni 2021		Juni 2021		Mai 2021		April 2021		Mai bzw. Juli 2021	
	2021	2022	2023	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022
	Veränderung zum Vorjahr in %												
BIP, real[5]	3,9	4,2	1,9	4,0	5,0	3,4	4,5	3,4	4,2	3,5	4,0	3,8	4,5
Privater Konsum, real	4,0	5,8	1,8	5,0	5,5	4,2	4,9	3,0	4,9	×	×	3,0	5,3
Öffentlicher Konsum, real	2,1	0,5	0,8	2,1	−1,4	1,5	0,5	1,3	1,1	×	×	3,3	1,1
Bruttoanlageinvestitionen, real	4,7	3,3	1,8	6,9	4,3	5,9	3,8	4,6	4,1	×	×	4,8	3,3
Exporte, real	7,1	6,4	3,4	5,2	8,7	7,2	8,5	7,2	7,8	5,1	7,2	7,5	7,2
Importe, real	7,4	6,3	3,0	8,7	7,1	8,7	7,3	7,9	7,3	5,9	6,9	8,2	6,6
Arbeitsproduktivität[1]	2,8	2,8	1,2	−0,5	0,8	1,3	2,7	2,4	3,0	×	×	2,6	1,4
BIP Deflator	2,3	1,9	1,6	2,4	2,3	1,9	1,9	1,1	1,5	1,7	1,4	1,3	1,7
VPI	×	×	×	2,2	2,0	2,2	2,0	×	×	×	×	×	×
HVPI[5]	2,0	1,8	1,8	2,3	2,1	2,3	2,0	2,0	1,9	1,6	1,8	2,1	1,9
Lohnstückkosten	−0,6	0,1	1,4	−1,2	−0,8	0,2	−0,5	−0,3	−0,8	×	×	−1,5	−1,1
Beschäftigte[2]	1,1	1,4	0,7	2,1	1,6	2,0	1,8	1,1	1,3	0,8	0,8	1,2	1,3
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition												
Arbeitslosenquote[3]	5,2	4,8	4,6	8,5	8,0	5,3	5,1	5,1	4,8	5,5	5,3	5,0	4,8
	in % des nominellen BIP												
Leistungsbilanz	2,1	2,2	2,4	0,2	0,4	×	×	1,6	2,3	2,4	2,5	2,2	2,7
Finanzierungssaldo des Staates	−6,9	−2,8	−2,0	−6,6	−2,3	−7,4	−3,7	−7,3	−3,1	−6,5	−3,6	−7,6	−3,0
	Prognoseannahmen												
Erdölpreis in USD/Barrel[5]	65,8	64,6	61,9	68,0	67,0	68,0	68,0	64,0	65,0	58,5	54,8	68,7	68,3
Kurzfristiger Zinssatz in %[5]	−0,5	−0,5	−0,3	−0,5	−0,3	−0,5	−0,5	−0,5	−0,5	−0,5	−0,5	−0,5	−0,5
USD/EUR-Wechselkurs[5]	1,21	1,21	1,21	1,20	1,15	1,21	1,21	1,20	1,20	1,22	1,24	1,20	1,20
	Veränderung zum Vorjahr in %												
BIP, real Euroraum[5]	4,6	4,7	2,1	4,2	4,5	4,4	4,2	4,3	4,4	4,4	3,8	4,8	4,5
BIP, real USA	6,6	3,8	2,3	6,7	3,8	6,5	3,8	6,9	3,6	6,4	3,5	6,3	3,8
BIP, real Welt	6,0	4,3	3,5	×	×	5,5	4,4	5,8	4,4	6,0	4,4	5,6	4,3
Welthandel[4]	10,0	5,5	3,7	×	×	10,0	3,5	8,2	5,8	8,4	6,5	8,7	6,1

[1] OeNB, WIFO: Produktivität je geleisteter Arbeitsstunde. IHS, OECD, EU-Kommission: Produktivität je Beschäftigtem. - [2] WIFO und IHS: Unselbstständig aktiv Beschäftigte.
[3] Wifo: in % der unselbstständigen Erwerbspersonen. Nationale Definition. - [4] IHS: Waren laut CPB, EK: Weltimporte. - [5] EU-Kommission: Interim-Sommerprognose 2021.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (I)

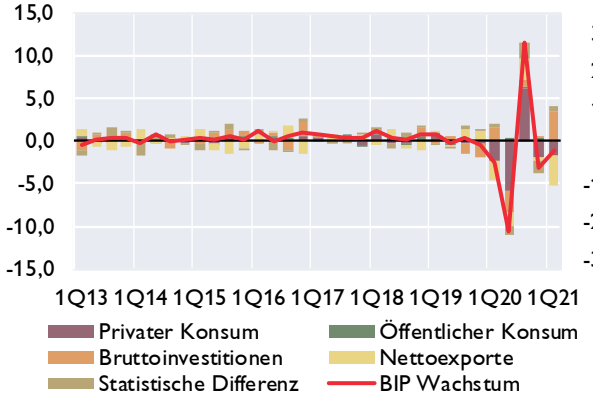
	2019	2020	2020 Q3	2020 Q4	2021 Q1	2021 Q2	2021 Q3	2021 Mai	2021 Juni	2021 Juli	2021 Aug.
	Veränderung zum Vorjahr in %										
HVPI gesamt	1,5	1,4	1,4	1,1	1,5	2,6	..	3,0	2,8	2,8	3,1*)
Kerninflation (o.Energie u.unb.Lebensmittel)	1,6	2,0	2,1	0,6	1,7	2,0	..	2,3	2,2	2,0	..
Nationaler VPI	1,5	1,4	1,5	1,3	1,3	2,5	..	2,9	2,8	2,9	..
Deflator des privaten Konsums	1,9	1,2	1,0	1,1	1,3	2,2	..	×	×	×	×
BIP Deflator	1,7	1,6	1,5	1,5	1,1	1,6	..	×	×	×	×
Erzeugerpreisindex	0,1	−1,6	−1,9	−1,3	1,1	5,8	..	6,0	6,9	8,6	..
Großhandelspreisindex	0,0	−4,1	−4,5	−3,9	3,0	10,3	..	10,9	11,2	12,1	..
Tariflohnindex	3,0	2,3	2,2	2,4	1,7	1,7	..	1,7	1,7	1,6	..
BIP je Erwerbstätigen	1,9	−2,9	−0,9	−2,4	−1,9	8,2	..	×	×	×	×
Lohnstückkosten Gesamtwirtschaft	2,6	5,2	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Lohnstückkosten Sachgütererzeugung	3,8	5,9	×	×	×	×	×	×	×	×	×
	Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)										
BIP real	1,4	−6,4	11,0	−2,5	−0,2	3,6	..	×	×	×	×
Privater Konsum	0,8	−8,1	14,8	−6,0	−1,6	3,2	..	×	×	×	×
Öffentlicher Konsum	1,4	2,4	1,1	1,7	1,2	2,9	..	×	×	×	×
Bruttoanlageinvestitionen	3,9	−5,3	7,7	−1,2	4,7	1,8	..	×	×	×	×
Exporte	2,9	−11,5	17,5	1,2	−2,9	7,1	..	×	×	×	×
Importe	2,5	−9,0	11,8	5,4	2,3	−2,1	..	×	×	×	×
	Beitrag zum Wachstum des nichtsaisonbereinigten realen BIP (in Prozentpunkten)										
BIP real (Veränderung zum Vorjahr in %)	1,4	−6,2	−3,7	−5,4	−4,8	12,0	..	×	×	×	×
Binnennachfrage (ohne Lager)	1,1	−4,5	−1,7	−3,8	−2,2	7,7	..	×	×	×	×
Nettoexporte	0,4	−1,4	0,2	−3,5	−5,3	3,1	..	×	×	×	×
Vorratsveränderung u. stat. Differenz	−0,1	−0,3	−2,1	2,0	2,8	1,2	..	×	×	×	×
	Außenhandel - Waren lt. Statistik Austria (Veränderung z.VJP. in %)										
Exporte	2,3	−7,1	−4,1	−2,0	4,3	..	..	31,5	..	..	..
Importe	1,1	−8,5	−7,8	−1,0	7,5	..	..	34,1	..	..	..
	Zahlungsbilanz (in Mrd EUR) - Transaktionsbilanz										
Güter- und Dienstleistungen	12,8	13,1	3,7	2,3	1,0	..	..	×	×	×	×
Reiseverkehr	10,1	8,0	2,5	0,0	0,1	..	..	×	×	×	×
Leistungsbilanz	11,3	9,5	2,9	1,6	−0,8	..	..	×	×	×	×
Leistungsbilanz in % des BIP	2,8	2,5	3,0	1,6	−0,9	..	..	×	×	×	×
	Ausgewählte Indikatoren										
Economic Sentiment Indicator	103,4	87,5	88,2	88,0	95,3	118,9	..	118,0	125,3	123,7	121,7
Industrievertrauen (%-Saldo)	−5,3	−16,1	−17,3	−12,4	−4,2	15,6	..	14,3	20,3	16,1	16,9
Ind. Produktion o. Bau (Vä z. VJP in %)	0,4	−5,6	−2,8	−7,4	2,2	21,3	..	21,3	11,7	..	..
Kapazitätsauslastung - Industrie in %	86,6	79,2	77,2	80,8	82,2	87,1	89,7	×	×	×	×
Bauvertrauen (%-Saldo)	11,7	0,4	−2,7	−0,8	7,1	22,5	..	19,2	27,5	19,4	24,0
Dienstleistervertrauen (%-Saldo)	16,4	−12,3	−10,3	−12,5	−7,9	23,4	..	23,5	31,2	33,0	26,4
Konsumentenvertrauen (%-Saldo)	−2,7	−10,1	−9,2	−13,1	−10,1	−4,1	..	−2,3	−2,0	−0,3	−0,3
Einzelhandelsvertrauen (%-Saldo)	−11,5	−26,4	−22,1	−28,9	−30,5	0,8	..	−1,2	11,9	10,1	9,4
Einzelhandelsumsätze (Vä z. VJP in %)	1,2	0,7	5,0	0,4	2,6	7,8	..	0,8	4,7	..	..
	Arbeitsmarktentwicklung										
Unselbstständig Beschäftigte (Vä z.VJP in %)	1,5	−2,1	−1,5	−2,0	−0,9	4,4	..	4,6	3,8	2,6	2,0
Vorgemerkte Arbeitslose (Vä z. VJP in %)	−3,5	35,9	34,0	29,0	7,8	−31,8	..	−33,0	−30,4	−26,4	−23,0
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	7,4	9,9	8,8	9,8	10,5	7,8	..	7,7	7,0	6,8	6,9
Arbeitslosenquote (gem. ILO-Definition)	4,8	6,1	6,5	6,3	7,0	6,7	..	6,7	6,2	6,2	..
	Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)										
Geldmenge M3 (österr. Beitrag)	4,6	9,6	7,7	9,0	8,5	7,2	..	6,3	7,3	5,9	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	×	×	×	×	×	×	×	7,8	7,2	6,5	..
Kredite an im Euroraum Ansässige	2,8	−7,5	−7,8	3,0	3,6	2,2	..	2,6	2,2	..	..
3-Monats Zinssatz (Stand in %)	−0,4	−0,4	−0,5	−0,5	−0,5	−0,5	..	−0,5	−0,5	−0,5	−0,5
10-Jahres Zinssatz (Stand in %)	0,1	−0,2	−0,3	−0,4	−0,2	0,0	..	0,1	0,0	−0,1	−0,2
ATX (Stand; 2.1.1991=1000)	3 032	2 412	2 231	2 411	3 030	3 366	..	3 384	3 491	3 441	3 589
	Finanzierung lt. Maastricht in % des BIP										
Finanzierungssaldo des Bundessektors	0,4	−7,8	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Finanzierungssaldo des Staates	0,6	−8,9	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Schulden des Staates	70,5	83,9	×	×	×	×	×	×	×	×	×

Quelle: OeNB, WIFO, Statistik Austria, AMS, HSV, Eurostat, Macrobond, OeKB, EU-Kommission, EZB. **) Schnellschätzung.*

Österreich: Wirtschaftsindikatoren – aktuelle Entwicklung (II)

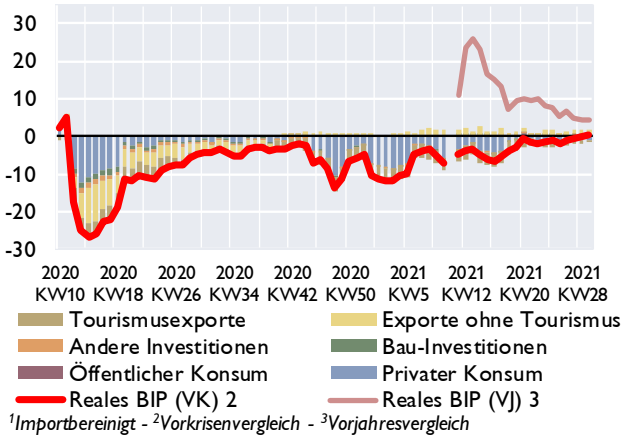
Wachstumsbeiträge zum realen BIP

Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



Wöchentlicher BIP-Indikator 2020/2021

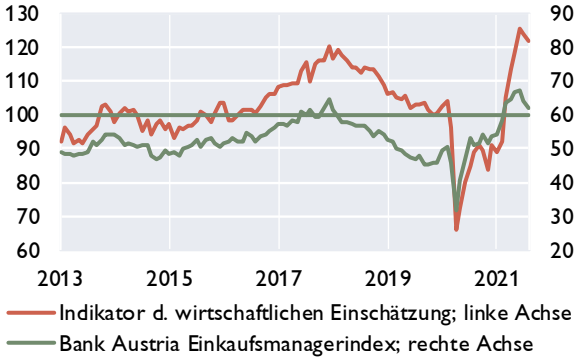
Veränderung d. realen BIP z.VJ in %; Wachstumsbeiträge[1] in %Pkt



[1]Importbereinigt - [2]Vorkrisenvergleich - [3]Vorjahresvergleich

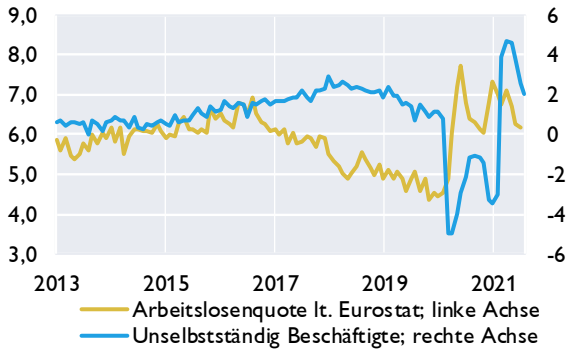
Vertrauensindikatoren (saisonbereinigt)

Langzeitdurchschnitt = 100 *Wachstumsschwelle = 50[1]*



Arbeitsmarkt

in % *Veränderung zum Vorjahr in %*



Zahlungsbilanz[2]

Salden	2018	2019	2020	1Q20	2Q20	3Q20	4Q20	1Q21
	in Mrd EUR							
Leistungsbilanz	4,8	11,3	9,5	5,0	−0,1	2,9	1,6	−0,8
Güter	2,1	3,0	5,3	1,2	1,0	1,5	1,5	0,9
Dienstleistungen	10,0	9,8	7,9	5,1	−0,1	2,1	0,8	0,1
Primäreinkommen	−3,5	2,0	−0,3	−0,2	−0,1	−0,3	0,3	−0,4
Sekundäreinkommen	−3,7	−3,5	−3,3	−1,1	−0,8	−0,4	−1,0	−1,4
Vermögensübertragungen	−2,3	−0,3	−0,6	−0,2	0,0	−0,1	−0,3	−0,1
Kapitalbilanz	6,8	16,9	5,2	4,8	−2,8	4,5	−1,3	2,9
Direktinvestitionen	1,8	6,7	10,5	2,2	−1,3	6,7	2,8	0,5
Portfolioinvestitionen	3,5	−5,3	−14,5	−8,4	−12,7	6,7	−0,1	−6,5
Finanzderivate	−0,8	1,4	1,1	−0,4	0,3	0,6	0,6	0,3
Sonstige Investiitionen	0,2	14,4	6,6	10,5	11,3	−9,4	−5,8	8,9
Währungsreserven[3]	2,1	−0,2	1,5	0,9	−0,5	−0,1	1,2	−0,4
Statistische Differenz	4,3	5,9	−3,7	−0,1	−2,7	1,7	−2,7	3,7
Leistungsbilanz in % des BIP	1,3	2,8	2,5	5,4	−0,1	3,0	1,6	−0,9

Quelle: OeNB, WIFO, AMS, HSV, Europäische Kommission, Bank Austria.

[1] *Werte über 50 signalisieren Wachstum.*

[2] *Transaktionen; bis 2017 endgültige Daten, 2018 und 2019 revidierte Daten, 2020 und 2021 provisorische Daten.*

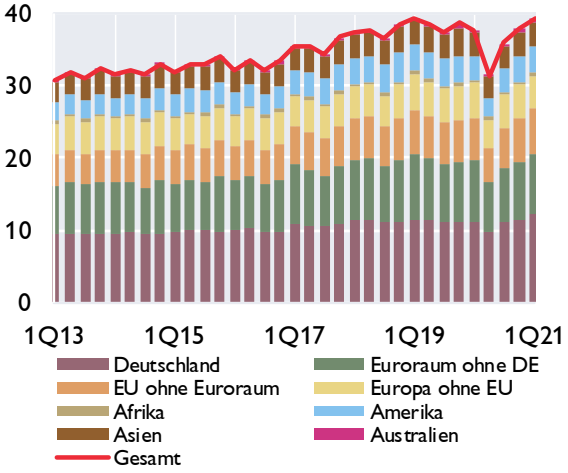
[3] *OeNB: Gold, Devisen, IWF- Positionen, Sonderziehungsrechte etc; Zunahme: - / Abnahme: +.*

Österreich: Außenhandel mit Waren

	Exporte	Importe	Saldo	Exporte	Importe
	in Mio EUR			*Veränderung zum Vorjahr in %*	
2018	150 071	156 056	−5985,1	5,7	5,8
2019	153 502	157 817	−4315,6	2,3	1,1
2020	142 566	144 421	−1854,8	−7,1	−8,5
Jän.-Mai 20	57 345	58 346	−1000,9	−12,4	−13,9
Jän.-Mai 21	66 068	69 561	−3493,5	15,2	19,2
Dez. 20	11 416	11 609	−193,7	3,3	2,1
Jän. 21	11 182	11 566	−384,3	−9,4	−8,6
Feb. 21	12 708	13 022	−314,1	3,7	4,7
März 21	15 291	16 245	−954,5	18,1	26,2
Apr. 21	13 911	14 879	−968,4	40,0	48,1
Mai 21	12 976	13 848	−872,2	31,5	34,1

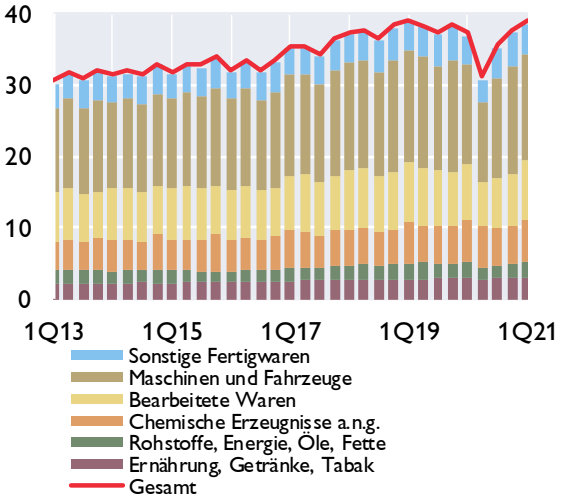
Exporte nach Regionen

in Mrd EUR



Exporte nach Warengruppen

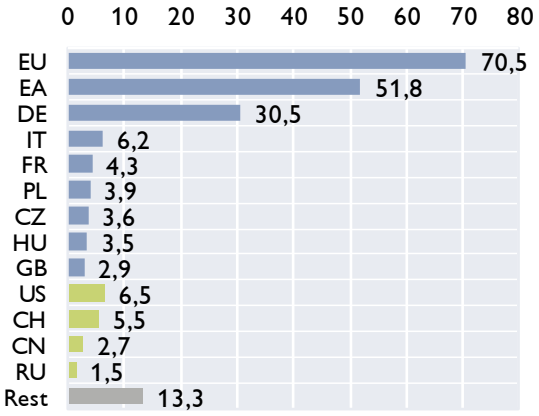
in Mrd EUR



Anteile der wichtigsten Handelspartner im Jahr 2020

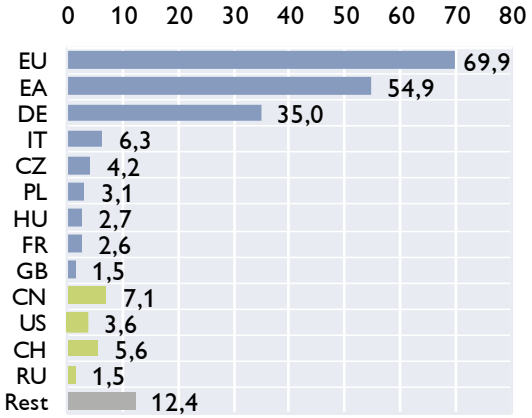
Exporte

Anteil am Gesamtexport in %



Importe

Anteil am Gesamtimport in %



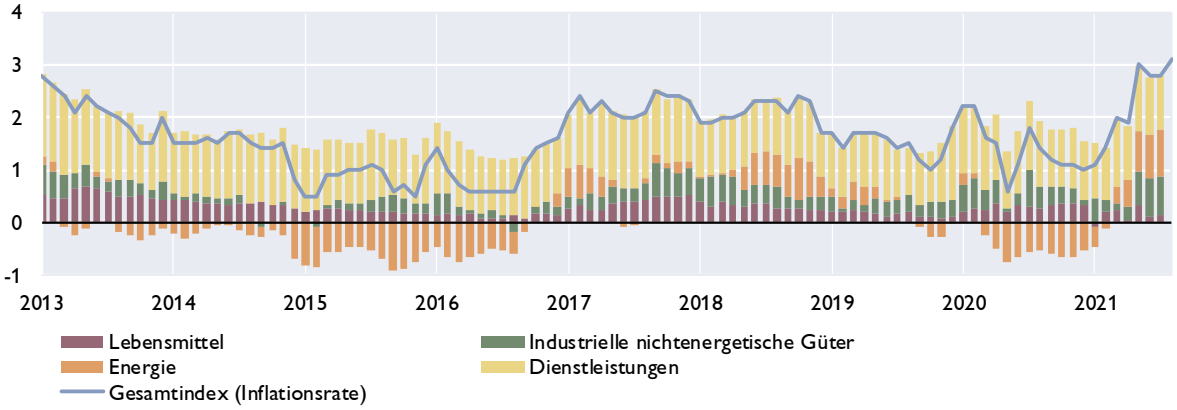
Quelle: Statistik Austria.

Österreich: Inflation und Wettbewerbsindikatoren

HVPI	2021	2019	2020	Apr.21	Mai.21	Jun.21	Jul.21	Aug.21
COICOP[1]-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	*Veränderung zum Vorjahr in %*						
Gesamt-HVPI	100,0	1,5	1,4	1,9	3,0	2,8	2,8	3,1*)
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	13,0	1,1	2,3	0,0	1,7	0,0	0,1	..
Alkoholische Getränke und Tabak	4,0	1,0	1,1	1,2	2,6	2,9	3,7	..
Bekleidung und Schuhe	5,5	0,8	−0,1	0,2	2,6	4,6	3,0	..
Wohnung, Wasser, Energie	15,3	2,7	2,1	2,9	2,9	2,5	2,5	..
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	8,5	1,4	1,0	1,4	2,9	3,2	2,2	..
Gesundheitspflege	5,8	1,2	2,1	1,3	1,6	1,4	1,3	..
Verkehr	12,7	0,2	−1,9	2,3	4,5	5,6	6,7	..
Nachrichtenübermittlung	2,4	−2,7	−2,7	−2,5	−2,1	−2,2	−2,8	..
Freizeit und Kultur	9,9	1,3	1,9	2,6	3,5	2,4	1,9	..
Bildungswesen	1,2	2,6	1,9	1,9	2,0	2,1	1,9	..
Hotels, Cafes und Restaurants	13,4	2,8	3,4	3,5	4,4	4,1	3,7	..
Verschiedene Waren u. Dienstleistungen	8,2	1,8	2,0	1,3	1,6	1,0	1,1	..

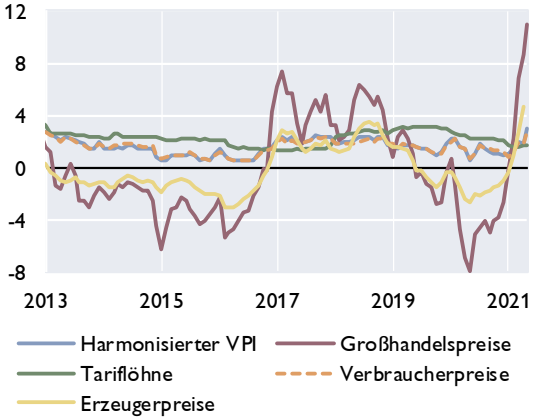
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



Ausgewählte Inflationsindikatoren

Veränderung zum Vorjahr in %



Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit

Veränderung zum Vorjahr in %

	2017	2018	2019	2020
Arbeitsproduktivität[1]	0,7	0,8	0,1	−4,5
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	1,6	2,7	2,9	0,6
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit[2]	1,0	1,7	−1,1	1,8
Lohnstückkosten				
Gesamtwirtschaft	0,9	2,0	2,6	5,2
Sachgütererzeugung	−1,0	0,7	3,8	5,9

[1]In der Gesamtwirtschaft.
[2]Real-effektiver Wechselkursidex Industriewaren, export- und importgewichtet, deflationiert mit dem HVPI.

Quelle: Statistik Austria, WIFO. [1] Classification of Individual Consumption by Purpose. **) Schnellschätzung.*

Österreich: Tourismus und Reiseverkehr

Übernachtungen in Österreich

in 1.000	2018	2019	2020	2Q20	3Q20	4Q20	1Q21	2Q21
Gesamt	**149 819**	**152 709**	**97 876**	**6 269**	**43 464**	**6 170**	**2 704**	**11 392**
Inländer	39 390	39 944	31 596	3 673	16 240	3 714	1 952	5 928
Ausländer	110 430	112 765	66 280	2 596	27 224	2 456	753	5 464
darunter								
Deutschland	56 114	56 683	38 508	1 836	19 112	1 152	194	3 916
Osteuropa	12 499	13 216	7 679	385	1 846	542	376	758
Niederlande	9 988	10 355	7 416	76	2 599	103	14	149
Schweiz	4 895	4 931	3 143	133	1 365	351	23	204
Vereinigtes Königreich	3 845	3 679	1 477	11	97	27	12	25
Italien	2 842	2 886	996	34	542	70	30	86
Belgien	2 818	2 897	1 737	22	680	17	4	41
Frankreich	1 815	1 809	791	12	322	36	11	44
Dänemark	1 573	1 649	1 058	4	109	7	4	14
USA	1 874	2 050	326	8	47	19	12	28
Veränderung zum Vorjahr in %								
Gesamt	**3,7**	**1,9**	**−35,9**	**−77,9**	**−13,7**	**−76,3**	**−93,6**	**81,7**
Inländer	2,2	1,4	−20,9	−59,9	18,5	−51,3	−75,5	61,4
Ausländer	4,2	2,1	−41,2	−86,5	−25,8	−86,6	−97,8	110,5

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Einnahmen nach Regionen

in Mio EUR	2018	2019	2020	1Q20	2Q20	3Q20	4Q20	1Q21
Deutschland	9 007	9 224	6 288	2 895	346	2 744	303	97
Niederlande	1 262	1 349	1 002	699	10	277	16	4
Schweiz	1 402	1 432	970	455	35	374	106	12
Italien	779	850	351	146	24	150	32	26
CESEE[1]	3 000	3 217	1 929	1 057	196	467	208	195
Restl. Europa	2 394	2 506	1 298	1 035	24	201	38	24
Rest der Welt	1 715	1 915	435	336	19	48	32	19
Gesamt	**19 559**	**20 493**	**12 273**	**6 623**	**654**	**4 261**	**735**	**377**

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Ausgaben nach Regionen

in Mio EUR	2018	2019	2020	1Q20	2Q20	3Q20	4Q20	1Q21
Deutschland	2 260	2 398	1 103	426	88	422	167	101
Italien	1 508	1 443	574	117	34	328	96	15
Kroatien	879	992	270	39	39	175	18	1
Europäische Mittelmeerländer[2]	1 099	1 164	462	92	17	241	113	24
Restl. Europa	2 847	2 977	1 380	466	118	532	261	142
Rest der Welt	1 426	1 390	493	339	9	70	74	37
Gesamt	**10 019**	**10 364**	**4 282**	**1 479**	**305**	**1 768**	**729**	**320**

[1] *Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kosovo, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Weißrussland.*

[2] *Albanien, Griechenland, Malta, Montenegro, Spanien, Türkei, Zypern.*

Quelle: Statistik Austria, OeNB.

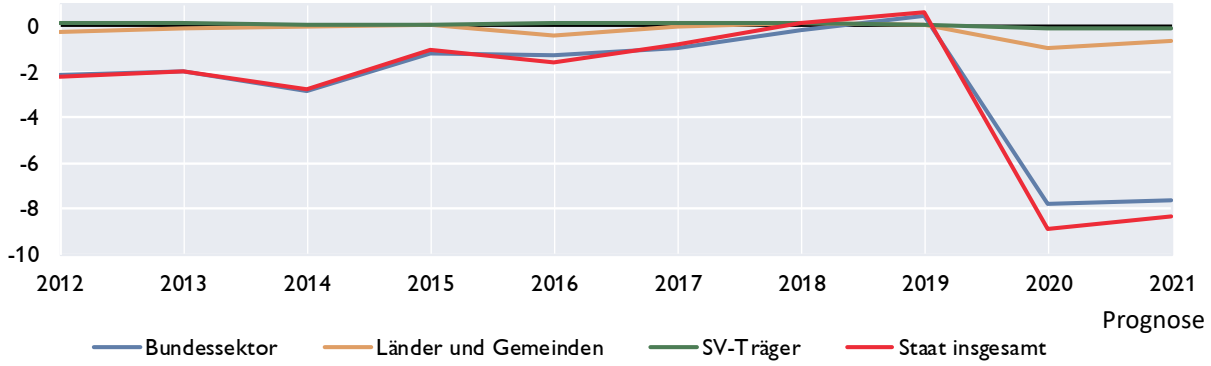
Österreich: Öffentliche Haushalte

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2017	−3,4	−0,1	0,5	−3,0	−0,9	−0,0	0,1	−0,8
2018	−0,5	0,7	0,5	0,7	−0,1	0,2	0,1	0,2
2019	1,8	0,4	0,2	2,4	0,4	0,1	0,0	0,6
2020	−29,3	−3,7	−0,2	−33,2	−7,8	−1,0	−0,1	−8,9
2021 *)	−29,6	−2,5	−0,2	−32,3	−7,7	−0,7	−0,0	−8,4

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

in % des BIP

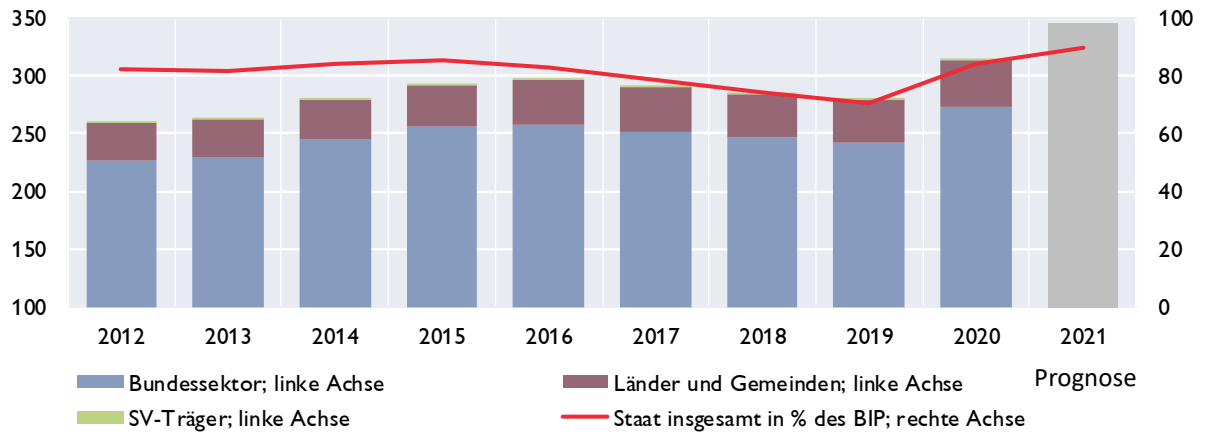


Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2017	251,2	37,8	0,9	289,9	68,0	10,2	0,2	78,5
2018	246,2	37,8	1,3	285,3	63,9	9,8	0,3	74,0
2019	241,9	37,4	1,0	280,3	60,8	9,4	0,3	70,5
2020	272,8	40,3	2,0	315,2	72,6	10,7	0,5	83,9
2021 *)	.	.	.	345,8	.	.	.	89,6

Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

in Mrd EUR *in % des BIP*



**) 2021: BMF-Prognose (budgetäre Notifikation, April 2021).*

Quelle: Statistik Austria, BMF.

Österreich: Bundeshaushalt

Gebarung des Bundes

Finanzierungshaushalt[1]	Jänner bis Juli		Bundes-rechnungs-abschluss (BRA)	Bundesvor-anschlag (BVA)	Veränderung BVA 2021 / BRA 2020
Allgemeine Gebarung	2020	2021	2020	2021	
	in Mio EUR				in %
Auszahlungen	55 090	59 863	100 334	103 249	2,9
Einzahlungen	41 142	45 747	77 855	72 521	−6,9
Nettofinanzierungsbedarf[2]	−13 948	−14 116	−22 480	−30 728	−36,7

Abgaben des Bundes

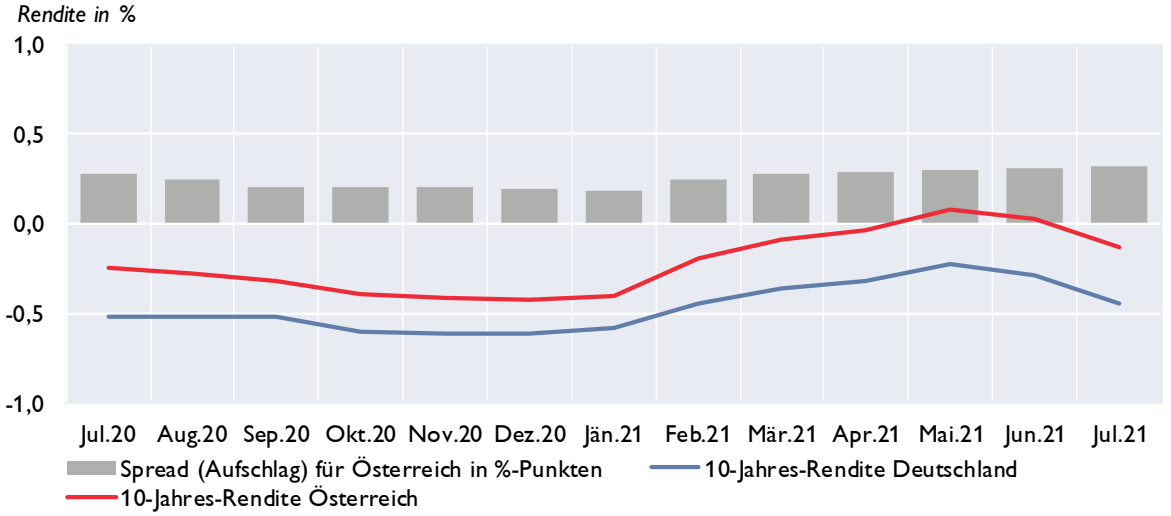
	Jänner bis Juli		Bundes-rechnungs-abschluss (BRA)	Bundesvor-anschlag (BVA)	Veränderung BVA 2021 / BRA 2020
	2020	2021	2020	2021	
	in Mio EUR				in %
Einkommen- und Vermögensteuern	20 166	24 435	39 460	39 350	−0,3
davon:					
veranlagte Einkommensteuer	*523*	*1 401*	*2 982*	*2 500*	*−16,1*
Körperschaftsteuer	*2 058*	*3 693*	*6 334*	*6 000*	*−5,3*
Lohnsteuer	*16 030*	*16 966*	*27 254*	*28 100*	*3,1*
Kapitalertragsteuern	*1 305*	*2 261*	*2 580*	*2 550*	*−1,2*
Verbrauchs- und Verkehrssteuern	22 272	24 831	40 951	42 182	3,0
davon: Umsatzsteuer	*15 033*	*17 023*	*27 563*	*28 000*	*1,6*
Öffentliche Abgaben brutto	43 253	50 491	81 807	82 050	0,3
Überweisungen an öffentliche Rechtsträger (Länder, Gemeinden, Fonds)	17 813	18 693	30 045	30 642	2,0
Überweisungen an die Europäische Union	2 033	2 379	3 478	3 700	6,4
Öffentliche Abgaben netto[3]	23 406	29 419	48 285	47 708	−1,2

[1] *Entspricht der Liquiditätsplanung und stellt die erwarteten Aus- und Einzahlungen dar.*

[2] *Budgetüberschuss (+) oder Budgetdefizit (-) des Bundes.*

[3] *Steuereinnahmen des Bundes.*

10-Jährige Staatsanleihe (Benchmark) für Deutschland und Österreich



Quelle: BMF, EZB.

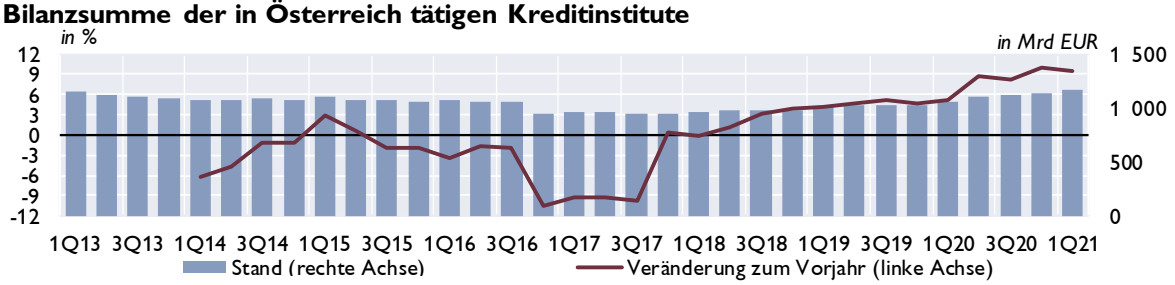
Aggregierte Vermögenslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute[1]

Vermögenslage	1. Quartal 2020	1. Quartal 2021	Differenz zur Vergleichsperiode	
AKTIVA	*in Mio EUR*			*in %*
Kassenbestand und Guthaben bei Zentralbanken	97 860	191 201	93 341	95,4
Darlehen und Kredite	744 363	764 202	19 839	2,7
Schuldverschreibungen	133 932	134 850	918	0,7
Eigenkapitalinstrumente	6 200	8 587	2 387	38,5
Derivate inklusive für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert	25 460	19 793	−5 667	−22,3
Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert werden	20 803	21 153	350	1,7
Materielle Vermögenswerte	11 650	10 943	−707	−6,1
Immaterielle Vermögenswerte	2 835	2 918	83	2,9
Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte	17 894	7 937	−9 957	−55,6
SUMME AKTIVA / PASSIVA	1 060 997	1 161 586	100 589	9,5
PASSIVA				
Einlagen von Zentralbanken	30 138	89 848	59 710	198,1
Einlagen von Kreditinstituten	108 829	112 211	3 382	3,1
Einlagen von Nichtbanken	623 394	667 940	44 546	7,1
Begebene Schuldverschreibungen	150 224	151 497	1 273	0,8
Derivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert	17 968	13 089	−4 879	−27,2
Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers	711	809	98	13,8
Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital[2)]	0	0	-	-
Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten[2)]	382	28	−354	−92,7
Steuerschulden und sonstige finanzielle und nichtfinanzielle Verbindlichkeiten	25 302	16 382	−8 920	−35,3
Rückstellungen	12 861	12 831	−30	−0,2
Eigenkapital und Minderheitenanteile	91 189	96 950	5 761	6,3
**hievon: Kumuliertes sonstiges Ergebnis [2)]*	*−8 417*	*−8 522*	*−105*	*−1,2*
**hievon: Minderheitenanteile*	*6 252*	*6 624*	*372*	*6,0*
SUMME AKTIVA / PASSIVA	1 060 997	1 161 586	100 589	9,5

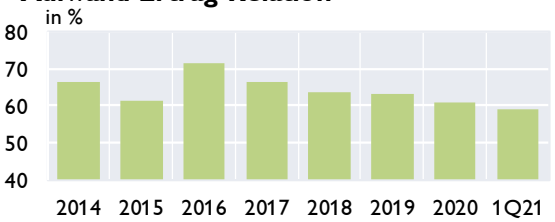
Ab Berichtstermin März 2021 sind Unternehmen, die bloß nach BWG (aber nicht nach CRR) Kreditinstitute sind (u.a. Kapitalanlagegesellschaften, Immobilien-Kapitalanlagegesellschaften und Betriebliche Vorsorgekassen) nicht mehr enthalten.

1) Zusammenführung von Meldedaten von konsolidierten Kreditinstitutsgruppen und von unkonsolidierten Einzelkreditinstituten unter Berücksichtigung von Verflechtungen aufgrund regulatorischer Konsolidierung. Die im obenstehenden Schema ausgewiesenen Positionen können im Zeitablauf der Veröffentlichung zu Meldeterminen vor Q1/2018 anders benannt gewesen sein bzw. kann es bei der Definition einzelner Positionen über die angeführten Differenzen hinaus zu Abweichungen zwischen verschiedenen Meldestichtagen kommen. - 2) Für diese Positionen werden lediglich Daten von nach IFRS bilanzierenden Kreditinstitutsgruppen dargestellt.

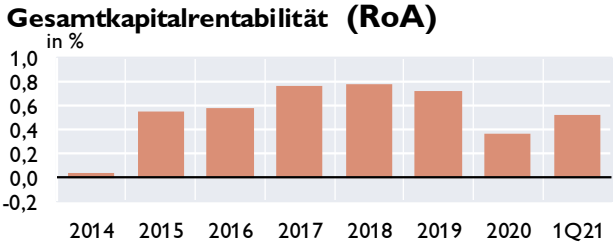
Bilanzsumme der in Österreich tätigen Kreditinstitute



Aufwand-Ertrag-Relation



Gesamtkapitalrentabilität (RoA)



Quelle: OeNB. *Anmerkung: RoA nach Steuern, vor Minderheitenanteilen (unterjährig annualisiert).*

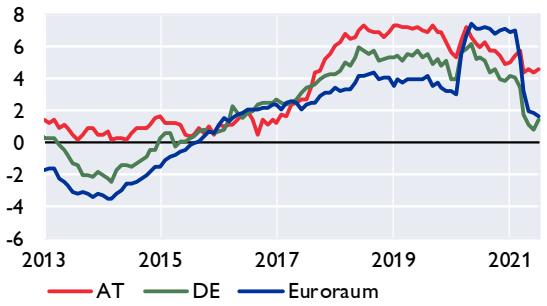
Österreich: Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kredite an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen in allen Währungen

	Private Haushalte				Nichtfinanzielle Unternehmen			
	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum
	Volumen in Mrd EUR		Veränderung z. Vorjahr in %		Volumen in Mrd EUR		Veränderung z. Vorjahr in %	
2018	161,9	5 747	3,5	3,2	153,0	4 393	6,9	4,1
2019	168,8	5 938	4,2	3,6	162,9	4 463	6,2	3,2
2020	174,5	6 126	3,6	3,1	169,8	4 710	5,0	7,1
Okt.20	173,4	6 096	3,8	3,2	170,6	4 732	5,8	6,8
Nov.20	174,0	6 119	4,0	3,1	171,5	4 742	5,4	7,0
Dez.20	174,5	6 126	3,6	3,1	169,8	4 710	5,0	7,1
Jän.21	174,4	6 128	3,5	3,0	170,4	4 716	5,0	6,9
Feb.21	174,4	6 139	3,6	3,0	171,7	4 727	5,5	7,0
Mär.21	175,6	6 166	3,9	3,3	174,9	4 777	5,7	5,2
Apr.21	175,8	6 179	4,4	3,8	174,2	4 756	4,3	3,2
Mai.21	177,0	6 204	4,8	3,9	175,0	4 759	4,6	1,9
Jun.21	178,2	6 246	4,7	4,0	175,1	4 754	4,4	1,8
Jul.21	179,0	6 280	4,7	4,2	176,0	4 762	4,5	1,7

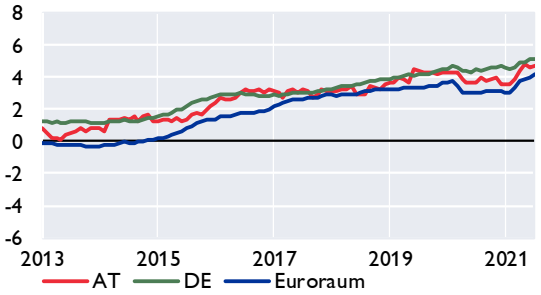
Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen

Veränderung zum Vorjahr in %



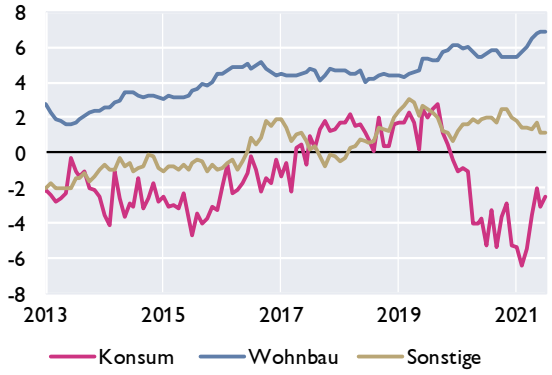
Kredite an private Haushalte

Veränderung zum Vorjahr in %



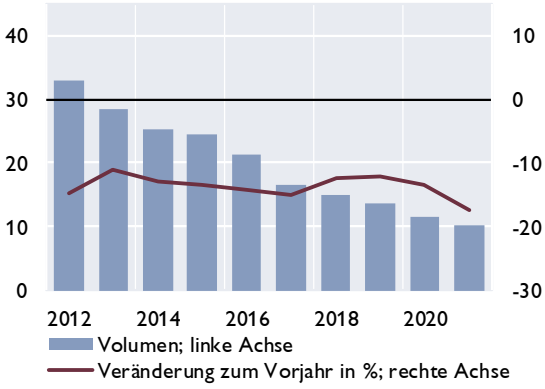
Kredite an private Haushalte in Österreich nach Verwendungszweck

Veränderung zum Vorjahr in %



Fremdwährungskredite an private Haushalte in Österreich

in Mrd EUR in %

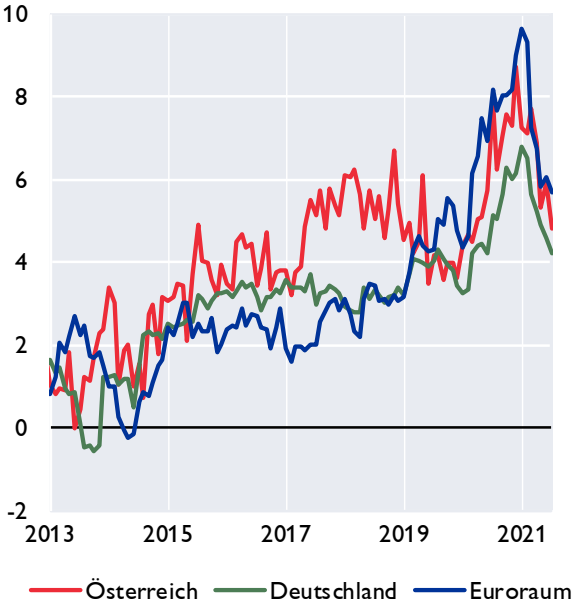


Quelle: OeNB, EZB.

Österreich: Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

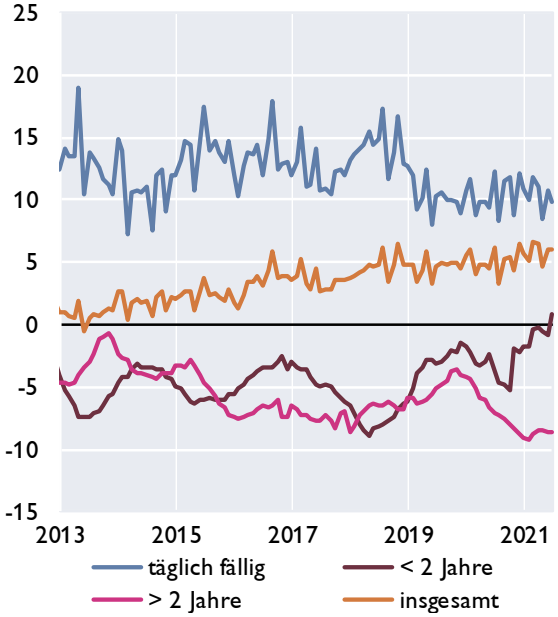
Einlagen von Nichtbanken

Veränderung zum Vorjahr in %



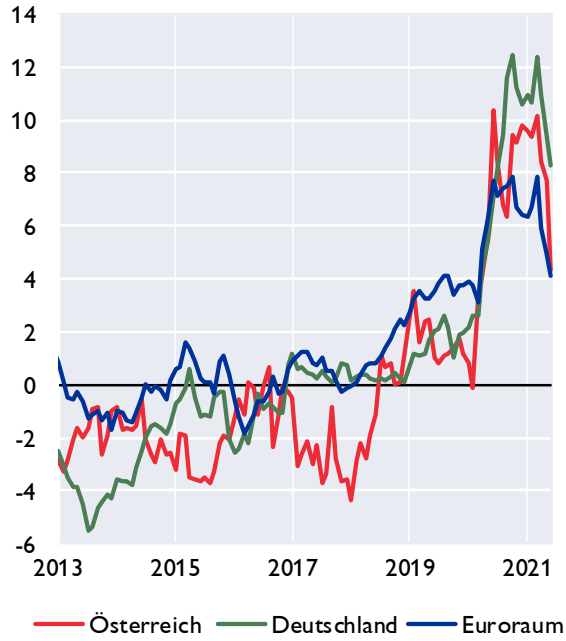
Einlagen von österreichischen Nichtbanken nach Fristigkeiten

Veränderung zum Vorjahr in %



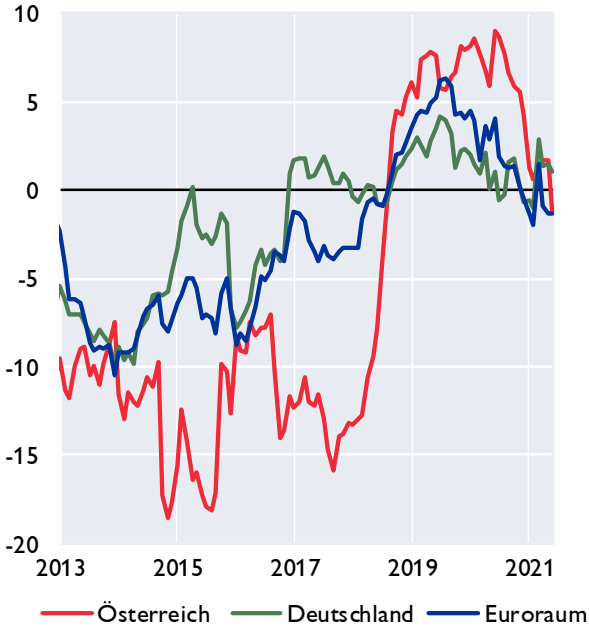
Wertpapierumlauf

Veränderung zum Vorjahr in %



Wertpapierumlauf vom Bankensektor

Veränderung zum Vorjahr in %

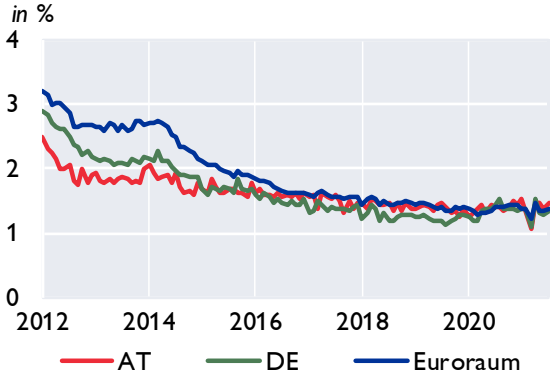


Quelle: OeNB, EZB

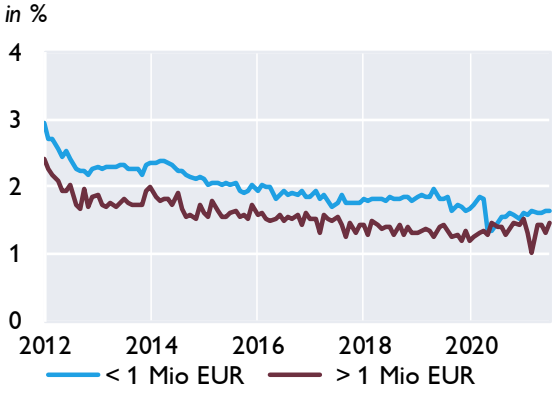
Österreich: Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kreditzinssätze für nichtfinanzielle Unternehmen

Österreich, Deutschland und Euroraum

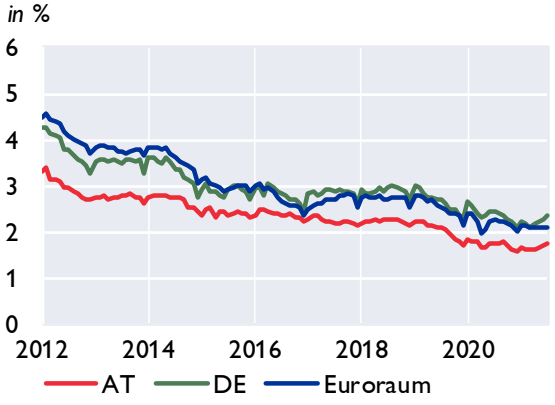


Nach Kredithöhe in Österreich

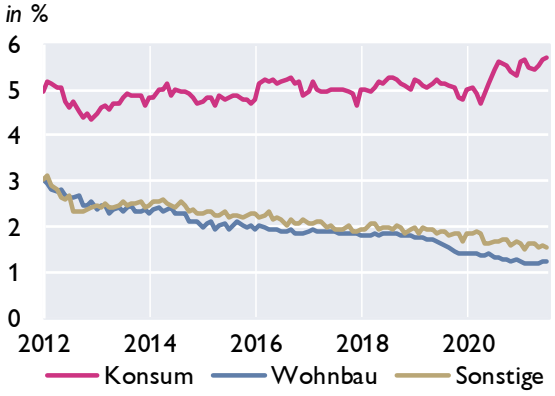


Kreditzinssätze für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum

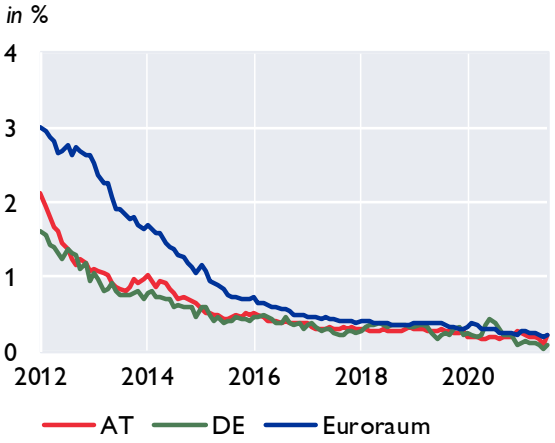


Nach Verwendungszweck in Österreich

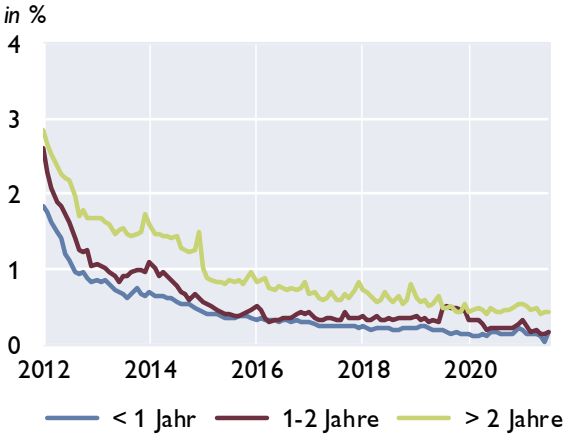


Einlagenzinssätze mit Bindungsfrist für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum



Nach Bindungsfrist in Österreich



Quelle: OeNB, EZB

Aggregierte Ertragslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute[1]

Ertragslage	1. Quartal 2020 in Mio EUR	1. Quartal 2021	Differenz zur Vergleichsperiode	in %
Zinsergebnis, netto	3 964	3 755	−209	−5,3
**hievon: Zinsen und ähnliche Erträge*	*5 919*	*5 266*	*−653*	*−11,0*
**hievon: (Zinsen und ähnliche Aufwendungen)*	*1 955*	*1 511*	*−444*	*−22,7*
(Auf Anforderung rückzahlbare Aufwendungen für Aktienkapital)[2]	0	0	-	-
Dividendenerträge	59	61	2	3,4
Provisionsergebnis, netto	1 870	1 877	7	0,4
**hievon: Provisionserträge*	*2 473*	*2 435*	*−38*	*−1,5*
**hievon: (Provisionsaufwand)*	*604*	*558*	*−46*	*−7,6*
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung von nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto	−39	24	63	A
Gewinne oder (-) Verluste aus Ausbuchungen von Anteilen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, netto für UGB-Banken	0	0	-	-
Gewinne oder (-) Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto	376	116	−260	−69,1
Gewinne oder (-) Verluste aus nicht zum Handelsbestand gehörenden finanziellen Vermögenswerten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind, netto[2]	−179	16	195	A
Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS und nGAAP FINREP	−525	116	641	A
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung nicht finanzieller Vermögenswerte, netto	10	10	-	-
Sonstige betriebliche Erträge	836	863	27	3,2
(Sonstige betriebliche Aufwendungen)	857	680	−177	−20,7
Betriebserträge, netto	**5 515**	**6 159**	**644**	**11,7**
(Verwaltungsaufwendungen)	3 660	3 309	−351	−9,6
**hievon: (Personalaufwendungen)*	*2 080*	*2 048*	*−32*	*−1,5*
**hievon: (Sachaufwendungen)*	*1 580*	*1 261*	*−319*	*−20,2*
(Barbeiträge zu Abwicklungsfonds und Einlagensicherungssystemen)[3]	x	336	-	-
(Abschreibungen)	335	339	4	1,2
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht finanziellen Vermögenswerten)	28	−6	−34	R
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen)	184	41	−143	−77,7
Betriebsergebnis	**1 308**	**2 141**	**833**	**63,7**
(Zahlungsverpflichtungen gegenüber Abwicklungsfonds und Einlagensicherungssystemen)[3]	x	262	-	-
(Rückstellungen oder (-) Wertaufholung für Kreditrisiko)	37	−6	−43	R
(Sonstige Rückstellungen)	29	29	-	-
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung für mit Anschaffungskosten bewerteten Darlehen, Kredite und Schuldtitel)	555	181	−374	−67,4
(Sonstige Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert und nicht zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten)	22	−6	−28	R
Erfolgswirksam erfasster negativer Geschäfts- oder Firmenwert	0	0	-	-
Anteil des Gewinns oder (-) Verlusts aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert sind	−46	211	257	A
Gewinn oder (-) Verlust aus als zur Veräußerung gehalten eingestuften langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen, die nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung als aufgegebene Geschäftsbereiche erfüllen[2]	0	−5	−5	-
Änderungsgewinne oder -verluste (-), netto für IFRS[2]	−17	−6	11	64,7
Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	**603**	**1 881**	**1 278**	**211,9**
(Ertragssteuern)	266	385	119	44,7
Periodenergebnis nach Steuern und vor Minderheitenanteilen	**337**	**1 496**	**1 159**	**343,9**
Außerordentlicher Gewinn oder (-) Verlust nach Steuern für UGB/BWG Melder	1	3	2	200,0
Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern[2]	0	1	1	-
(Den Minderheitenanteilen zurechenbar)	46	115	69	150,0
Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	**293**	**1 385**	**1 092**	**372,7**

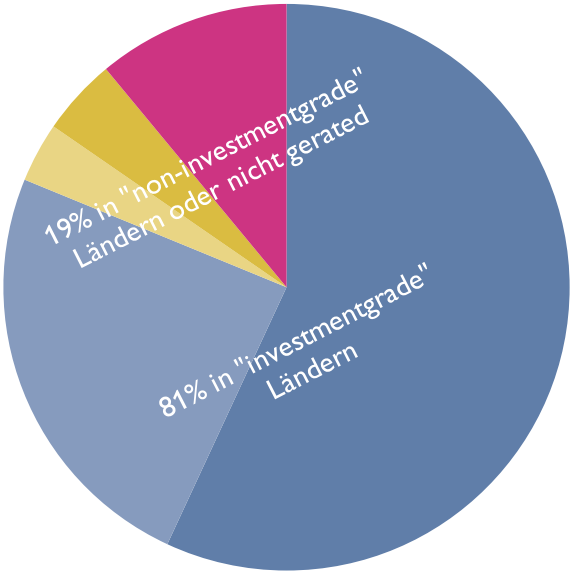
Werte für das gesamte bisherige Geschäftsjahr in Mio Euro - Abzugsposten sind in Klammern dargestellt

Quelle: OeNB.

Ab Berichtstermin März 2021 sind Unternehmen, die bloß nach BWG (aber nicht nach CRR) Kreditinstitute sind (u.a. Kapitalanlagegesellschaften, Immobilien-Kapitalanlagegesellschaften und Betriebliche Vorsorgekassen) nicht mehr enthalten.

1) Zusammenführung von Meldedaten von konsolidierten Kreditinstitutsgruppen und von unkonsolidierten Einzelkreditinstituten unter Berücksichtigung von Verflechtungen aufgrund regulatorischer Konsolidierung. Die im obenstehenden Schema ausgewiesenen Positionen können im Zeitablauf der Veröffentlichung zu Meldeterminen vor Q1/2018 anders benannt gewesen sein bzw. kann es bei der Definition einzelner Positionen über die angeführten Differenzen hinaus zu Abweichungen zwischen verschiedenen Meldestichtagen kommen. - 2) Für diese Positionen werden lediglich Daten von nach IFRS bilanzierenden Kreditinstitutsgruppen dargestellt.. - 3) In dieser Position sind nur Daten von Kreditinstitutsgruppen bzw. Einzelkreditinstituten, die gemäß Artikel 9 der Durchführungsverordnung 680/2014 oder Artikel 5, 7 und 11 der EZB-VO 2015/534 (mit Ausnahme jener nach Artikel 11 Absatz 6) melden, enthalten.

Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE



AA- - A- BBB+ - BBB- BB+ - BB- B+ - B- not rated

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	21Q1
	in Mio EUR						
Tschechische Republik	48 558	55 827	69 914	75 815	77 843	78 868	87 733
Slowakei	29 261	30 149	31 127	33 256	35 985	40 627	44 868
Rumänien	23 498	24 454	24 555	25 737	27 531	30 367	29 056
Ungarn	14 263	14 485	15 901	16 817	18 590	21 240	22 781
Kroatien	18 167	17 147	16 841	17 328	17 811	19 202	19 833
Polen	19 121	16 574	16 311	7 985	8 460	8 446	8 214
Slowenien	4 716	4 488	4 805	4 823	6 155	7 227	7 292
Republik Serbien	4 029	4 210	4 579	5 376	5 344	5 387	5 922
Bulgarien	3 368	3 476	3 759	4 173	4 624	4 931	4 973
Bosnien Herzgowina	3 238	3 277	3 337	3 620	3 800	3 990	3 958
Mazedonien	292	330	345	396	1 107	1 237	1 236
Republik Montenegro	346	405	811	892	954	964	960
Türkei	889	924	859	737	642	616	583
Lettland	77	132	119	140	148	317	344
Litauen	131	124	164	171	253	318	304
Aserbeidschan	239	293	267	244	213	149	131
Estland	14	17	14	14	37	46	58
Andere	16 190	16 958	16 504	19 553	23 778	19 636	20 803
Gesamt	186 397	193 269	210 215	217 078	233 275	243 569	259 049

Anmerkung: Werte ab 1Q17 sind brutto dargestellt und somit nur bedingt mit den vorhergehenden Werten vergleichbar.

Nur Forderungen von Banken in mehrheitlich österreichischem Besitz dargestellt.

Quelle: OeNB, Bloomberg.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen

im 1. Quartal 2021	Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	*davon Monetäre Finanzinstitute*	*davon Investmentfonds*	*davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute*	*davon Versicherungen*	*davon Pensionskassen*	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Geldvermögen	*Bestände in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR	x	14 973	*14 973*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	2 098
Bargeld	933	11 387	*11 338*	*0*	*47*	*1*	*0*	27 366	0	4 719
Täglich fällige Einlagen	75 189	228 477	*206 764*	*7 389*	*10 395*	*3 425*	*503*	186 765	7 286	76 527
Sonstige Einlagen	21 210	223 661	*210 792*	*1 051*	*11 147*	*325*	*345*	95 351	1 434	46 900
Kurzfristige Kredite	35 275	65 748	*55 872*	*23*	*8 939*	*908*	*7*	2 433	0	27 472
Langfristige Kredite	105 427	463 343	*430 461*	*182*	*26 798*	*5 863*	*39*	141	12	84 620
Handelskredite	57 179	60	*7*	*0*	*53*	*0*	*0*	65	43	19 848
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	56	5 347	*4 968*	*357*	*11*	*10*	*0*	531	0	30 693
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	5 129	340 252	*201 478*	*83 784*	*2 650*	*51 411*	*930*	23 512	1 149	327 518
Börsennotierte Aktien	35 156	62 485	*4 710*	*39 274*	*16 958*	*1 543*	*0*	34 436	1 257	52 099
Nicht börsennotierte Aktien	39 818	67 188	*23 912*	*227*	*27 842*	*15 180*	*26*	6 367	6	22 597
Investmentzertifikate	16 217	172 642	*15 241*	*69 053*	*23 604*	*36 789*	*27 955*	74 712	3 110	27 440
Sonstige Anteilsrechte	168 028	99 662	*37 501*	*2 196*	*55 487*	*4 478*	*0*	154 440	2 366	129 100
Lebensversicherungsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*x*	80 700	x	1 720
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	3 372	3 622	*0*	*0*	*0*	*3 622*	*0*	4 291	0	1 024
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*0*	48 374	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	14 985	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	12 669	17 340	*6 650*	*1*	*8 640*	*1 347*	*701*	13 908	292	5 488
Finanzvermögen in Summe (Bestände)	575 658	1 776 186	*1 224 668*	*203 537*	*192 572*	*124 901*	*30 507*	768 376	16 957	859 862
Geldvermögensbildung	*über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR	x	1	*1*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	0
Bargeld	189	1 496	*1 473*	*0*	*23*	*0*	*0*	1 439	0	786
Täglich fällige Einlagen	12 988	85 207	*85 707*	*-1 599*	*856*	*601*	*-357*	19 956	597	-8 714
Sonstige Einlagen	3 399	43 868	*44 873*	*-410*	*-446*	*-102*	*-47*	-2 388	73	-1 308
Kurzfristige Kredite	122	-3 208	*-3 370*	*20*	*443*	*-304*	*2*	71	0	-6 196
Langfristige Kredite	-5 967	14 409	*19 134*	*-4*	*-5 341*	*625*	*-5*	14	0	-6 471
Handelskredite	-1 346	-16	*3*	*0*	*-19*	*0*	*0*	40	29	1 027
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	-4	2 328	*2 576*	*-228*	*-30*	*10*	*0*	-1 381	-5	18 925
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	352	30 260	*29 416*	*3 128*	*-228*	*-2 162*	*106*	-1 970	-48	6 850
Börsennotierte Aktien	38	5 614	*289*	*5 001*	*227*	*98*	*0*	2 338	40	659
Nicht börsennotierte Aktien	-1 338	-1 299	*-476*	*86*	*-1 761*	*872*	*-20*	-49	-8	1 022
Investmentzertifikate	2 065	7 333	*-401*	*5 169*	*1 679*	*-32*	*917*	6 199	138	2 885
Sonstige Anteilsrechte	-3 307	-2 178	*247*	*68*	*-2 369*	*-124*	*0*	3 832	-11	-11 187
Lebensversicherungsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*x*	-893	x	-87
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	51	315	*0*	*0*	*0*	*315*	*0*	65	0	65
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*0*	502	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	1 159	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	3 401	1 074	*-179*	*41*	*1 063*	*-171*	*319*	-864	175	-2 228
Geldvermögensbildung in Summe (Transaktionen)	10 642	185 205	*179 293*	*11 273*	*-5 902*	*-374*	*916*	28 071	979	-3 974
Nettogeldvermögen	-321 563	23 397	*39 332*	*-6 278*	*-27 147*	*11 610*	*5 880*	564 741	13 702	-50 032
Finanzierungssaldo	12 754	8 479	*4 869*	*-667*	*5 244*	*-1 567*	*600*	21 482	949	-3 233

Quelle: OeNB.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten

im 1. Quartal 2021	Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	*davon Monetäre Finanzinstitute*	*davon Investmentfonds*	*davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute*	*davon Versicherungen*	*davon Pensionskassen*	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Verbindlichkeiten	*Bestände in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR[1]	x	2 098	*2 098*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	14 973
Bargeld	x	41 081	*41 081*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	3 417
Täglich fällige Einlagen	x	582 891	*582 891*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	27 397
Sonstige Einlagen	x	306 374	*306 374*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	89 612
Kurzfristige Kredite	39 214	18 725	*0*	*145*	*17 263*	*1 316*	*1*	7 683	433	61 849
Langfristige Kredite	290 020	31 695	*0*	*182*	*29 570*	*1 935*	*7*	192 601	2 558	132 006
Handelskredite	51 126	59	*2*	*0*	*57*	*0*	*0*	173	1	22 984
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	527	5 782	*5 766*	*x*	*16*	*0*	*0*	x	x	5 446
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	47 996	157 796	*140 164*	*0*	*12 720*	*4 912*	*0*	x	x	195 183
Börsennotierte Aktien	98 823	32 449	*23 636*	*x*	*4 005*	*4 808*	*x*	x	x	74 448
Nicht börsennotierte Aktien	38 616	70 349	*52 488*	*619*	*7 341*	*9 600*	*301*	x	x	51 389
Investmentzertifikate	x	208 759	*0*	*208 759*	*0*	*0*	*x*	x	x	97 423
Sonstige Anteilsrechte	299 625	148 506	*17 699*	*91*	*130 642*	*74*	*0*	x	16	116 172
Lebensversicherungsansprüche	x	77 488	*x*	*x*	*0*	*77 488*	*x*	x	x	4 931
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	9 610	*x*	*x*	*0*	*9 610*	*x*	x	x	2 698
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	13 331	34 935	*8 088*	*x*	*0*	*2 530*	*24 318*	x	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	14 985	*0*	*0*	*14 985*	*0*	*0*	0	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	17 943	9 206	*5 050*	*19*	*3 120*	*1 019*	*0*	3 179	247	9 966
Verbindlichkeiten in Summe (Bestände)	897 222	1 752 788	*1 185 336*	*209 815*	*219 720*	*113 291*	*24 627*	203 636	3 255	909 894
Finanzierung	*über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR[1]	x	0	*0*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	1
Bargeld	x	3 653	*3 653*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	268
Täglich fällige Einlagen	x	120 147	*120 147*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	-3 647
Sonstige Einlagen	x	46 999	*46 999*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	-5 941
Kurzfristige Kredite	-5 227	-3 597	*0*	*-253*	*-3 133*	*-211*	*0*	-562	40	-1 575
Langfristige Kredite	3 871	-3 064	*0*	*22*	*-3 905*	*819*	*0*	6 937	-50	-4 996
Handelskredite	-1 922	26	*2*	*0*	*24*	*0*	*0*	97	1	1 431
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	65	-58	*-69*	*x*	*11*	*0*	*0*	x	x	2 387
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	9 900	-234	*3 325*	*x*	*-4 953*	*1 394*	*0*	x	x	4 401
Börsennotierte Aktien	1 688	275	*277*	*x*	*-2*	*0*	*0*	x	x	6 737
Nicht börsennotierte Aktien	1 058	-229	*-253*	*x*	*-31*	*-14*	*0*	x	x	-2 436
Investmentzertifikate	x	12 131	*0*	*12 131*	*0*	*0*	*0*	x	x	7 017
Sonstige Anteilsrechte	-8 059	812	*560*	*1*	*252*	*0*	*0*	x	4	-5 723
Lebensversicherungsansprüche	x	-1 207	*0*	*x*	*0*	*-1 207*	*0*	x	x	228
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	190	*0*	*x*	*0*	*190*	*0*	x	x	306
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	133	376	*31*	*x*	*0*	*30*	*315*	x	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	1 159	*0*	*0*	*1 159*	*0*	*0*	0	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-3 619	-653	*-247*	*-28*	*-569*	*191*	*0*	118	36	801
Finanzierung in Summe (Transaktionen)	-2 112	176 726	*174 424*	*11 940*	*-11 146*	*1 192*	*315*	6 589	30	-741
Nettogeldvermögen	-321 563	23 397	*39 332*	*-6 278*	*-27 147*	*11 610*	*5 880*	564 741	13 702	-50 032
Finanzierungssaldo	12 754	8 479	*4 869*	*-667*	*5 244*	*-1 567*	*600*	21 482	949	-3 233

Quelle: OeNB.

[1] *Auslandsposition der OeNB inklusive Barrengold, dem eine imputierte Verbindlichkeit des Auslandes gegenübergestellt wird.*